





Abschlussbericht des Bundesprogramms

TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN

Inhalt

I.	Ausgangslage und Prämissen	5	
II.	Programmstruktur und -umsetzung	9	
2.1	Programmausrichtung	10	
2.2	Programmstruktur	10	
2.3	Programmumsetzung, Programmbegleitung und Beratung	12	
2.4	Projektförderung, Erfahrungen und Ergebnisse	14	
III.	Zentrale Botschaften	21	
3.1	Resümee	22	
3.2	Schlussfolgerungen	25	
IV.	Aufbau BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus	29	
4.1	Ziele und Vorgehen	30	
4.2	Ergebnisse des qualifizierten Monitorings	32	

V.	Ergebnisse der wissenschaftlichen		
	Begleitungen und der Programmevaluation	41	
5.1	Lokale Aktionspläne	42	
5.2	Modellprojekte	52	
5.3	Landesweite Beratungsnetzwerke	60	
5.4.	Programmteilübergreifende Ergebnisse	69	
VI.	Anhang	81	
	Lokale Aktionspläne im Überblick	83	
	Statistiken zu den Einzelprojekten in den Lokalen Aktionsplänen	92	
	Modellprojekte im Überblick	95	
	Übersicht über die landesweiten Beratungsnetzwerke	100	
	Glossar	130	
	Statistiken zur Förderstruktur	132	



I.Ausgangslage und Prämissen

Kontinuierliches (jugend-)politisches Engagement

In der Jugendpolitik hat die Bundesregierung seit 2001 mit verschiedenen Aktions- und Bundesprogrammen einen Schwerpunkt bei der Prävention und Bekämpfung von rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Erscheinungen gesetzt. Die Entwicklung und Bewertung dieser vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) verantworteten Programme hat gezeigt, dass es neben einer konsequenten Verfolgung von Straftaten und einer funktionierenden Jugendarbeit vor allem darauf ankommt, dass der Staat (Bund, Länder und Kommunen) und die Akteure der Zivilgesellschaft gemeinsam neue Wege bei der Partizipation und bei der Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse gehen. Dementsprechend sind insbesondere die Vorgängerprogramme VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus und das aktuelle Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN auf die Förderung und Unterstützung von Demokratie, Vielfalt und Toleranz in lokalen, regionalen und landesweiten Netzwerken ausgerichtet. Ziel dieses gemeinsamen Engagements ist es, Kinder und Jugendliche auf präventiv-pädagogische Weise für die grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zu begeistern, dabei Rücksicht auf die individuellen Sichtweisen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu nehmen und ihnen und ihren Bezugspersonen (unter anderem Eltern, andere Erziehungsberechtigte, Lehrer/innen) beratend und unterstützend zur Seite zu stehen.

Ganzheitliche Perspektive und ausdifferenzierte Handlungskonzepte

Die Förderung des zivilen Engagements und des demokratischen Verhaltens sowie der Einsatz für Vielfalt und Toleranz können nur dann erfolgreich gelingen, wenn alle Akteure zusammenarbeiten. Im Bundesprogramm **TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN** geschieht dies in einem Dreiklang von Prävention, Erprobung und Beratung. Dafür stehen die drei Handlungskonzepte: Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und landesweite Beratungsnetzwerke.

In den Lokalen Aktionsplänen arbeiten die kommunal Verantwortlichen und die lokalen Akteure auf "Augenhöhe" zusammen – von den Vereinen, Verbänden, Initiativen über die Kirchen und Schulen bis zu hin zu engagierten Bürger/innen und Jugendlichen. Gemeinsam werden passgenaue lokale Strategien gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen vor Ort entwickelt und dann zusammen im lokalen Begleitausschuss in Aktionen, Projekten und Initiativen umgesetzt. Dazu gehören zum Beispiel Aufklärungsaktionen an Schulen, in Sportvereinen oder auf Volksfesten, aber auch Konzerte und Lesungen.

In den **Modellprojekten** werden ganz unterschiedliche Ansätze und Methoden zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus erprobt. Manche beschreiten neue Wege für eine intensive Begegnung mit der deutschen Vergangenheit. In Gesprächsforen diskutieren Jugendliche historische Fakten und die Folgen für unser heutiges Leben. Weitere Modellprojekte nehmen die individuellen Sichtweisen von Mädchen und Jungen unter die Lupe. Andere Modellprojekte fördern das interkulturelle und interreligiöse Lernen. Kinder mit und ohne Migrationshintergrund sollen möglichst konkret erfahren, wie sehr die Gesellschaft und unser Zusammenleben von Werten wie Vielfalt, Toleranz und Demokratie abhängen.

In den landesweiten Beratungsnetzwerken erhalten Bürgerinnen und Bürger fachkompetente Beratung und Hilfe bei rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Vorfällen. Die Anlässe, zu denen beraten wird, sind vielfältig. Die Beraterinnen und Berater unterstützen beispielsweise Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind, Schulleiter/innen oder Lehrer/innen, denen die Verbreitung von rechtsextremem Gedankengut auf dem Schulhof Sorgen bereiten, oder Eltern, die befürchten, ihr Sohn oder ihre Tochter könnten Mitglied einer rechtsextremistischen Organisation sein.

Synergien herstellen, um die präventive Wirkung zu erhöhen

Das Bundesprogramm unterstützt – ebenso wie die beiden Vorgängerprogramme – Initiativen und Netzwerke auf kommunaler, überregionaler und landesweiter Ebene. Dabei gilt es, bewährte Ziele, Vorgehensweisen und Strukturen zu stützen, qualitativ weiterzuentwickeln und Synergien zwischen den Programmbereichen Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und landesweite Beratungsnetzwerke zu nutzen. Mit der Zusammenführung dieser Handlungskonzepte in einem gemeinsamen Bundesprogramm und dem Ausbau des Programmbereichs Lokale Aktionspläne setzt **TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN** nicht nur eigene Akzente, sondern geht zusammen mit seinen Partnern in den Kommunen, Ländern, bei den Trägern und Institutionen den eingeschlagenen erfolgreichen Weg weiter. Nur so kann Vielfalt und Toleranz gefördert und Kompetenz gestärkt werden.



II.
Programmstruktur und -umsetzung

2.1 Programmausrichtung

Mit den Bundesprogrammen VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus hat die Bundesregierung in den Jahren 2007 bis 2010 ziviles Engagement, demokratisches Verhalten, den Einsatz für Vielfalt und Toleranz sowie die Bildung von landesweiten Beratungsnetzwerken erfolgreich unterstützt und gefördert. Dabei haben Bund, Länder und Kommunen erstmals ihr Engagement für ein demokratisches Zusammenleben gebündelt und gemeinsame Handlungsstrategien erarbeitet. Eng vernetzt arbeiteten Entscheidungsträger auf politischer Ebene mit Verwaltungen und Ämtern genauso wie mit zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Initiativen zusammen. Im 2011 gestarteten Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN wird diese erfolgreiche Arbeit gebündelt weitergeführt.

Die Umsetzung der Programmziele erfolgt anhand von Schwerpunkten, die übergreifende Aufgabenbereiche beschreiben:

- I Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft
- I Demokratie- und Toleranzerziehung
- I Soziale Integration
- I Interkulturelles und interreligiöses Lernen/antirassistische Bildungsarbeit
- I Kulturelle und geschichtliche Identität
- I Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen

Als Zielgruppen wurden die folgenden definiert:

- I Jugendliche
 - I Jugendliche in strukturschwachen Regionen
 - I männliche (aber auch weibliche) Jugendliche aus "bildungsfernen" Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit beziehungsweise gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
 - I rechtsextrem orientierte Jugendliche
- Kinder
- I Eltern und andere Erziehungsberechtigte
- I Erzieher/innen und Lehrer/innen
- I Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- I lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

2.2 Programmstruktur

Das Bundesprogramm hat drei zentrale Programmbereiche:

Erster Programmbereich: Lokale Aktionspläne

In einem Lokalen Aktionsplan finden sich die demokratischen Kräfte einer Stadt oder eines Landkreises zusammen, denn nur gemeinsam können gesellschaftliche Problemlagen bewältigt und Veränderungen erreicht werden. Bürger/innen sowie Verwaltung und Politik entwickeln gemeinsam eine Strategie für Toleranz und Vielfalt und unterstützten zivilgesellschaftliches Engagement durch die Förderung von Einzelprojekten vor Ort. Jeder Lokale Aktionsplan erhält

dazu eine jährliche Förderung. Lokale Koordinierungsstellen verwalten die Fördermittel. Die Einzelprojekte vor Ort können mit bis zu 20.000 Euro unterstützt werden. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung eines lokalen Begleitausschusses, dem mehrheitlich Personen aus lokalen Verbänden, Kirchen und Vereinen angehören. Ein begleitendes Coaching unterstützt die Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans. Von 2011 bis 2014 wurden bis zu 174 Lokale Aktionspläne gefördert, von denen 84 bereits im Vorläuferprogramm VIELFALT TUT GUT entwickelt wurden. Sie werden im Bundesprogramm weiter unterstützt, um die erworbenen Kenntnisse und die aufgebauten Strukturen in der Region zu festigen und somit die Nachhaltigkeit der Strategien zu sichern.

Zweiter Programmbereich: Modellprojekte

In Modellprojekten werden innovative Methoden und Ansätze in der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen erprobt. Die entwickelten Methoden und Materialien können nach erfolgreicher Erprobung in der pädagogischen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden. Die Modellprojekte sind einem der folgenden Themencluster sowie einem der Unterthemen zugeordnet:

Themencluster 1: Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus

- I Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust (erweitert um historisch-politisches Lernen in der Integrationsgesellschaft)
- Aktueller Antisemitismus in der Integrationsgesellschaft

Themencluster 2: Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

- I Geschlechterreflektierende Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen
- I Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen
- I Qualifizierte Elternarbeit

Themencluster 3: Zusammenleben in der Integrationsgesellschaft

I Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesellschaft

Themencluster 4: Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich

- I Historisches Lernen mit Grundschulkindern
- I Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich

Von 2011 bis 2014 wurden bis zu 52 Modellprojekte gefördert.

Dritter Programmbereich: landesweite Beratungsnetzwerke

In den 16 landesweiten Beratungsnetzwerken helfen Berater/innen Betroffenen bei rechtsextremistischen Vorfällen. Eng vernetzt arbeiten Entscheidungsträger auf politischer Ebene mit Verwaltungen und Ämtern genauso wie mit zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Initiativen

zusammen. Die Beratungsnetzwerke leisten schnelle, kompetente sowie passgenaue Hilfe und stehen den Bürger/innen als Ansprechpartner zur Verfügung. In allen 16 Beratungsnetzwerken wurde eine Landeskoordinierungsstelle eingerichtet. Das Bundesprogramm fördert nicht nur die Beratungstätigkeit selbst, sondern auch die Einführung qualitätsorientierter Verfahren sowie die Qualifizierung der Berater/innen, um eine dauerhaft hohe Qualität der Beratung sicherzustellen. Im Jahr 2014 wurde die Förderung der Beratungsnetzwerke zudem um Unterstützungsmaßnahmen bei Ausstiegs- und Distanzierungsprozessen im Bereich Rechtsextremismus erweitert.

Neben den Förderungen im Bereich der drei Programmschwerpunkte wurden verschiedene Sonderprojekte im Bundesprogramm unterstützt. Dazu zählt die VIELFALT-Mediathek, die beim Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA) angesiedelt ist. Ziel der VIELFALT-Mediathek ist die Dokumentation, Archivierung und Zurverfügungstellung der in dem Bundesprogramm entstandenen Materialien (sowohl Print- als auch audiovisuelle Materialien). Weitere Sonderprojekte sind das Projekt "Ausstieg aus dem Rechtsradikalismus – Exit Deutschland Case Management Jugendliche, Jungerwachsene, Familien, Kinder und Frauen aus bundesrelevanten Gruppen" des ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH, das Projekt "Arbeit mit rechtsextrem geprägten Eltern" von Violence Prevention Network, das Projekt "Rechtsextremismus im Internet mehrdimensional bekämpfen: Recherche, Maßnahmen, internationale Kooperation und Prävention" von jugendschutz.net sowie "BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus", das von der gsub-Projektegesellschaft mbH im Rahmen ihres bestehenden Beratungsprojekts aufgebaut wurde. Als Kennerin der aktuellen und vergangenen Projektelandschaft und Erfahrungsträgerin in der Koordinierung und Optimierung von Kommunikationsprozessen hat sie am 1. Juli 2012 die Arbeit aufgenommen (siehe Kapitel 4).

2.3 Programmumsetzung, Programmbegleitung und Beratung

Die Programmumsetzung erfolgt durch die Regiestelle beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). Zu ihren Hauptaufgaben gehört die Beratungs- und Prüfungstätigkeit im Zusammenhang mit Fördermittelanfragen, Mittelanforderungen und Berichterstattungen der Projektträger und der Verwendungsnachweisprüfung. Zudem stand sie allen Interessierten als Ansprechpartnerin für Fragen rund um das Bundesprogramm zur Verfügung. Die Regiestelle ist darüber hinaus für die Mittelplanung und für die administrative Umsetzung des Bundesprogramms verantwortlich. Die von ihr betreute Internetseite www.toleranz-foerdernkompetenz-staerken.de informiert über Ziele und Hintergründe des Bundesprogramms und gibt einen Überblick über die geförderten Projekte. Zu Beginn der Programmlaufzeit wurden von der Regiestelle für die neu ausgewählten Modelprojekte und Lokalen Aktionspläne Einführungsveranstaltungen organisiert, die das Ziel hatten, die Projektakteure über Programminhalte, Ziele sowie Vorgaben zur Programmumsetzung zu informieren und die den Teilnehmer/innen eine erste Gelegenheit zum Fach- und Erfahrungsaustausch gaben.

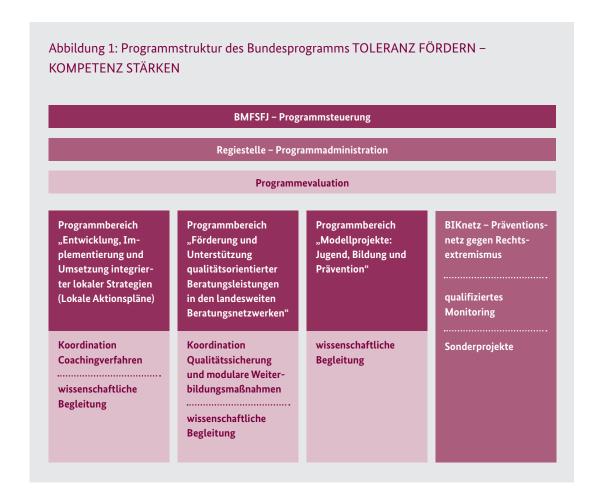
Bei der Kommunikation des Bundesprogramms und seiner Ergebnisse in die Öffentlichkeit unterstützt die Regiestelle das BMFSFJ und arbeitet dabei mit den Agenturen WE DO communication und neues handeln zusammen. Dabei wurden verschiedene Materialien, wie beispielsweise ein Flyer, ein Folder, einer umfassende Informationsbroschüre, ein Programmfilm und zahlreiche unterstützende Materialien zum Bundesprogramm, die von der Regiestelle auf

Messen und Fachveranstaltungen an einem eigenen Infostand verteilt wurden, erstellt. Um die Projekte bei ihrer Arbeit zu unterstützen, stellt ihnen die Regiestelle Arbeitshilfen, ein PR-Handbuch und eine Fundraising-Broschüre zur Verfügung. Mittels eines internen Newsletters werden die Fördermittelempfänger regelmäßig mit Neuigkeiten und wichtigen Informationen zur Programmumsetzung versorgt. Im Zuge des vom BMFSFJ am 16. April 2013 ausgerufenen Aktionstags "Wir für Demokratie – Tag und Nacht für Toleranz" fand darüber hinaus in Berlin eine Fachkonferenz statt, zu der alle wichtigen Akteure im Bereich Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention eingeladen waren. Gleichzeitig fanden in ganz Deutschland Aktionen und Veranstaltungen statt, mit denen Zeichen für Vielfalt und Toleranz gesetzt werden sollten. Hieran beteiligten sich auch viele der im Rahmen des Bundesprogramms geförderten Projekte.

Begleitet wird das Bundesprogramm durch das Beratungsprojekt der gsub-Projektegesellschaft "Koordination des Coachingverfahrens und Qualitätssicherung in den landesweiten Beratungsnetzwerken im Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN". Im Programmbereich Lokale Aktionspläne wird den Kommunen und Landkreisen für den Aufbau und die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans ein projektbegleitendes Coaching als Unterstützung zur Verfügung gestellt sowie ein prozessbegleitender bundesweiter Fachaustausch für die Coaches. Im Programmbereich landesweite Beratungsnetzwerke begleitet und berät das Beratungsprojekt die Länder bei der Entwicklung von Instrumenten, Strukturen und Verfahren der Qualitätssicherung und bei der Erarbeitung einheitlicher Qualitätsstandards. Dabei stellt sie den bundesweiten Austausch und Erfahrungstransfer sicher und bietet bedarfsorientierte Weiterbildungen an.

Zur übergreifenden Gesamtanalyse und -bewertung des Bundesprogramms wurde eine Programmevaluation beim Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI) eingerichtet. Sie untersucht, welche Potenziale den Handlungskonzepten beziehungsweise Programmbereichen Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und landesweite Beratungsnetzwerke bezüglich der Prävention von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie der Stärkung von Demokratie innewohnen. Zudem wird gefragt, wie sich die einzelnen Akteure und Programmbereiche zueinander verhalten. Wichtig ist dabei auch der Blick auf Kooperations- und Arbeitsbezüge der Programmakteure zur Kinder- und Jugendhilfe, die einen zentralen Bezugsrahmen für die programmgeförderten Aktivitäten darstellt. Vor allem für die Nachhaltigkeit der Programmaktivitäten spielen Transferprozesse in Regelangebote der Kinder- und Jugendhilfe eine zentrale Rolle. Ergänzend zu den Aufgaben der Programmevaluation wird durch das DJI im Programmbereich der Beratungsnetzwerke die wissenschaftliche Begleitung insbesondere der spezialisierten Opferberatung durchgeführt.

Unterstützt wird die Arbeit der Programmevaluation durch die wissenschaftlichen Begleitungen für die Lokalen Aktionspläne sowie für die Modellprojekte. Die Lokalen Aktionspläne werden vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS, Frankfurt am Main) und von Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH (Berlin) wissenschaftlich begleitet. Die wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte leistet Univation – Institut für Evaluation Dr. Beywl & Associates GmbH (Köln).



2.4 Projektförderung, Erfahrungen und Ergebnisse

Für das Bundesprogramm standen pro Jahr rund 24 Mio. Euro zur Verfügung. Die Förderung in den drei Programmbereichen erfolgt auf der Basis von Förderleitlinien.

Programmbereich Lokale Aktionspläne

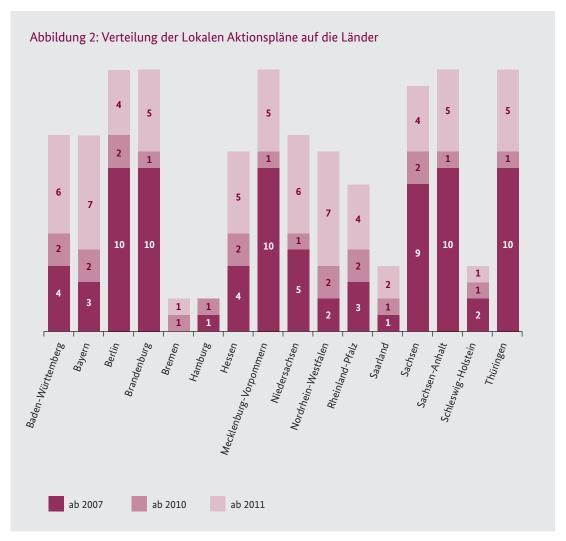
Im Programmbereich Lokale Aktionspläne gibt es zwei Förderbausteine mit unterschiedlichen Förderhöhen:

- I Entwicklung, Implementierung und Umsetzung 90 neuer Lokaler Aktionspläne (Förderhöhen pro Jahr zwischen 100.000 Euro und 80.000 Euro);
- I Sicherung der Nachhaltigkeit von 84 Lokalen Aktionsplänen aus des Vorgängerprogramm VIELFALT TUT GUT (Förderhöhen pro Jahr zwischen 20.000 Euro und 40.000 Euro).

Die ersten 23 neuen Lokalen Aktionspläne starteten bereits Mitte 2010. Sie wurden auf der Grundlage von Empfehlungen der Länder für dieses Vorverfahren ausgewählt. Das bundesweite Interessenbekundungsverfahren für das Hauptverfahren zur Auswahl von 67 weiteren Kommunen wurde noch vor der Einrichtung der Regiestelle beim BAFzA durch die frühere Regiestelle VIELFALT TUT GUT bei der gsub-Projektegesellschaft durchgeführt. Sie nahm eine Vorbewertung der 99 eingegangenen Interessenbekundungen vor. Diese Bekundungen wie auch die Vorbewertungen wurden dann den Ländern zur Bewertung in Abstimmung mit den kommunalen

Spitzenverbänden übergeben. Die endgültige Förderentscheidung erfolgte schließlich durch das BMFSFJ. Das anschließende Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie die gesamte administrative Umsetzung aller 174 Lokalen Aktionspläne erfolgte über die Regiestelle beim BAFzA.

In den 174 Lokalen Aktionsplänen wurden bis März 2014 über 6.000 Einzelprojekte gefördert. Die meisten Projekte wurden in den Förderschwerpunkten "Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft" (29,9%), "Demokratie- und Toleranzerziehung" (29,5%) und "Soziale Integration" (16,4%) durchgeführt. Die Projekte richteten sich in ihrer Mehrzahl an die Hauptzielgruppen "Jugendliche in strukturschwachen Regionen" (30,7%) und "Multiplikatorinnen und Multiplikatoren" (17,4%). 35,8% der Projekte wurde für die Gruppe der 13- bis 18-Jährigen durchgeführt. Bei den Projekttypen handelte sich unter anderem um Aktionstage (12,3%), um Projekte zum Aufbau von Netzwerken (10,4%), Diskussions- und Informationsveranstaltungen (10,3%) sowie um Projekte der außerschulischen Jugendbildung (10,3%). Weitere Details zur Verteilung der Förderschwerpunkte, dem Alter der Zielgruppen sowie den Projekttypen sind der Übersicht im Anhang zu entnehmen.



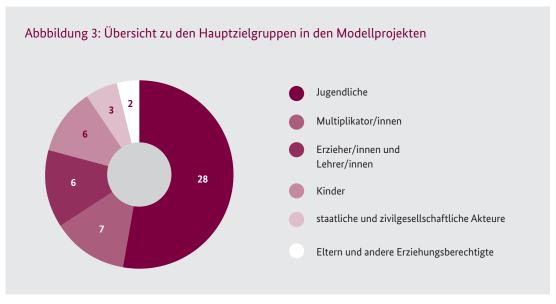
Anmerkung: Zum Ende des Jahres 2012 beschlossen die Landkreise Forchheim (Bayern) und Saarlouis (Saarland), keine Förderung für das Folgejahr zu beantragen. Keine Förderung für das Jahr 2014 wurde durch den Lokalen Aktionsplan im Hamburg-Altona beantragt. Im letzten Jahr der Programmlaufzeit werden somit noch 171 Lokale Aktionspläne mit Bundesmitteln gefördert.

Programmbereich Modellprojekte

Die Förderung der Modellprojekte wurde als Fehlbedarfsfinanzierung in Form von nicht rückzahlbaren Zuwendungen gewährt. Pro Jahr konnten durchschnittlich 100.000 Euro als Zuwendung beantragt werden. Eine wesentliche Voraussetzung für eine Förderung aus dem Bundesprogramm ist die Gewährung einer mindestens 50prozentigen Kofinanzierung durch Mittel der Kommunen und der Länder, sowie anderer Bundesressorts, weiterer Drittmittel (zum Beispiel von Stiftungen), EU-Mittel oder Eigenmittel. Darüber hinaus hatten die Projektträger eine befürwortende Stellungnahme der jeweils zuständigen Behörde vorzulegen.

Das bundesweite Interessenbekundungsverfahren für die Modellprojekte wurde 2010 ebenfalls durch die gsub-Projektegesellschaft durchgeführt. In einem Onlineverfahren gingen bei ihr 181 Projektangebote ein. Die Bewertung der Interessenbekundungen wurde parallel durch zwei Gutachter/innen unabhängig voneinander nach einem standardisierten Prüfkonzept durchgeführt. Für die Begutachtung wurde ein Expertengremium einberufen, das sich aus 16 Expert/innen aus Wissenschaft und Praxis zusammensetzte. Das Expertengremium wählte 52 Modellprojekte aus, die dann durch das BMFSFJ bestätigt und zur Antragstellung aufgefordert wurden. Jeweils 14 Träger führten ihre Vorhaben in den Themenclustern "Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus" und "Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen" durch, jeweils zwölf in den Themenclustern "Zusammenleben in der Integrationsgesellschaft" sowie "Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich". Die Förderung eines Modellprojekts wurde vorzeitig beendet, da es die Zielgruppe nicht erreichen konnte.

Die meisten Modellprojekte richten sich an die Hauptzielgruppe "Jugendliche". Auch die Gruppe der "Multiplikatorinnen und Multiplikatoren" wurde häufig berücksichtigt. Hingegen gab es verhältnismäßig wenig Modellprojekte, die sich mit "Eltern und anderen Erziehungsberechtigten" befassten.



Quelle: Angaben der Projektträger.

Eine ausführliche Übersicht der Modellprojekte ist dem Anhang zu entnehmen.

Programmbereich landesweite Beratungsnetzwerke

Die 16 landesweiten Beratungsnetzwerke konnten ursprünglich jährlich bis zu 250.000 Euro an Fördermitteln beantragen. Hierfür mussten sie eine Kofinanzierung in Höhe von 20 % erbringen. Darüber hinaus hatten die Länder in jedem Förderjahr die Möglichkeit, zusätzliche Bundesmittel zu beantragen. Zum Ende des Förderjahrs 2013 wurden die Förderleitlinien um Maßnahmen zur "Unterstützung bei Prozessen der Distanzierung vom Rechtsextremismus durch die landesweiten Beratungsnetzwerke" ergänzt. Die Länder hatten somit ab 2014 die Möglichkeit, zusätzlich bis zu 100.000 Euro (bei 20 % Kofinanzierung) für die Unterstützung von Ausstiegs- und Distanzierungsprozessen im Rahmen der Arbeit der Beratungsnetzwerke zu beantragen.

Während im Vorgängerprogramm "kompetent. für Demokratie" der Aufbau der landesweiten Beratungsnetzwerke in allen 16 Ländern im Vordergrund stand, war im aktuellen Bundesprogramm der Schwerpunkt die (Weiter-)Entwicklung und Durchführung eines qualitätsorientierten Verfahrens. Die Einführung und Weiterentwicklung dieser Verfahren werden von den jeweiligen Landeskoordinierungsstellen verantwortet. Sie initiieren, führen, leiten und lenken das qualitätsorientierte Verfahren für ihr landesweites Beratungsnetzwerk. Dabei wurden die Landeskoordinierungsstellen durch die gsub-Projektegesellschaft im Rahmen eines Beratungsprojekts unterstützt. Auf der Grundlage eines von ihr entwickelten Leitfadens für das qualitätsorientierte Verfahren konnte eine größtmögliche Standardisierung und Vergleichbarkeit von qualitätsorientierten Vorgaben, Strukturen und Instrumenten für alle am Beratungsprojekt teilnehmenden Beratungsnetzwerke sichergestellt werden. Fachaustausch sowie Erfahrungstransfer unterstützen und flankieren das qualitätsorientierte Verfahren und tragen damit maßgeblich zu seinem wirkungsvollen Gelingen und zur Nachhaltigkeit bei.

Der Fachaustausch auf Länderebene in Form von Vernetzungstreffen fördert Abstimmungen über konzeptionelle Ansätze, strukturelle Fragen und praxisnahe Erfahrungen bei der Umsetzung des Qualitätsprozesses. Dabei wird sichergestellt, dass die in den Ländern neu entwickelten qualitätssichernden Instrumente und Verfahren transparent und länderübergreifend nutzbar gemacht werden. Als konkretes Ziel sollen zum Ende der Förderphase auf Länderebene vereinbarte, verbindlich getragene und bundesweit gültige Qualitätsstandards im Themenfeld Rechtsextremismus vorliegen. Hierbei beteiligen sich bisher bundesweit insgesamt 43 Personen aus verschiedensten Institutionen und Initiativen der landesweiten Beratungsnetzwerke.

Zwischen 2011 und 2013 fanden fünf Vernetzungstreffen der Landeskoordinierungsstellen statt. Neben den Mitarbeitenden der Landeskoordinierungsstellen nahmen die Vertreter/innen des BMFSFJ, der Regiestelle, der wissenschaftlichen Begleitung sowie der Programmevaluation teil. Die Berater/innen der gsub-Projektegesellschaft begleiteten die Veranstaltungen konzeptionell und organisatorisch. Speziell für die Landeskoordinator/innen wurden zwei modulare Weiterbildungsreihen durchgeführt. Dabei stand die Beschäftigung mit Fragen des Netzwerksmanagements im Vordergrund.

Neben der Implementierung der qualitätsorientierten Verfahren, wurde es den landesweiten Beratungsnetzwerken ermöglicht, sich im Rahmen des standardisierten KQB-Verfahrens (Kundenorientierte Qualitätstestierung für Beratungsorganisationen) testieren zulassen. Zehn Länder haben sich an der Testierung beziehungsweise Retestierung beteiligt.

Auf der Grundlage der eingereichten Anträge erhielten die Lokalen Aktionspläne, Modellprojekte und landesweiten Beratungsnetzwerke einen Zuwendungsbescheid für die Dauer eines Jahres. Eine Weiterförderung der mehrjährigen Projekte war jeweils von der Beurteilung eines Ergebnisberichts abhängig, der der Regiestelle zum 31. August eines jeden Jahres übergeben werden musste.

Matrix: Beratungsnetzeerk Was rahlt out Beratung ein? Vernetzung Sknerning Shipporess Untersti hung "Unksti Mus BERATUNG & Kerry Festierungs rahmen neuland

III.Zentrale Botschaften

3.1 Resümee

Das Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN integriert seit 2011 unterschiedliche Handlungskonzepte in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Die geförderten Maßnahmen des Programms unterstützen Prozesse der politischen Sozialisation und der Entwicklung von demokratischem Verhalten und demokratischen Einstellungen bei Kindern, Jugendlichen sowie (jungen) Erwachsenen und fördern eine demokratische Zivilgesellschaft sowie professionelle Strukturen, die auf die Schaffung demokratieförderlicher Sozialisations- beziehungsweise Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen abzielen.

Lokale Aktionspläne haben sich insbesondere in der Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements in der Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bewährt. Durch Lokale Aktionspläne können sowohl Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure angeregt und bestärkt als auch das Zusammenwirken zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren spürbar verbessert werden. Lokale Aktionspläne bieten einen guten strukturellen Rahmen für die Verbesserung der Abstimmung und Zusammenarbeit der lokalen Akteure und eine politische und administrative Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements. Lokale Aktionspläne tragen zur Entwicklung von Fachlichkeit und zur Stärkung von Kompetenzen in den Handlungsfeldern Demokratie- und Toleranzförderung bei. Lokale Akteure werden in die Lage versetzt, Problemlagen und -zusammenhänge besser zu erkennen und lokal angemessene Handlungsstrategien zu entwickeln.

Eine breit angelegte Befragung jugendlicher Adressat/innen in pädagogischen Einzelprojekten der Lokalen Aktionspläne hat gezeigt, dass die dort durchgeführten Maßnahmen auf eine hohe Akzeptanz stoßen. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für deren Wirksamkeit gegeben.

Lokale Aktionspläne sind ein flexibles und non-direktives Förderinstrument im Bereich der Prävention von Rechtsextremismus, durch das situationsadäquate Handlungsstrategien erarbeitet werden. Trotz der in der Regel breit angelegten und präventiv ansetzenden Strategien erreichen sie besonders deutliche Impulse im Wirkungsbereich der Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Aktionspläne befördern die Sensibilisierung der kommunalen Akteure und die Situationskenntnis über lokale Ausprägungen von Rechtsextremismus und eine verstärkte öffentliche Positionierung lokaler Eliten.

Die Mehrzahl der Lokalen Aktionspläne verankert sich nachhaltig im kommunalen Kontext. Die Fortführung der etablierten Arbeitsgremien wird eingeplant und in knapp der Hälfte der Standorte gelingt es, neue Finanzierungsquellen für die Arbeit zu erschließen. Auch für die Sicherung der Nachhaltigkeit ist die Aufrechterhaltung und Anerkennung des zivilgesellschaftlichen Engagements eine zentrale tragende Säule.

Die **Modellprojekte** des Bundesprogramms liefern Antworten auf neue Herausforderungen in sich fortwährend verändernden Kontexten, sie haben innovative Lösungen für herausfordernde Arbeitsfelder entwickelt und Zugänge für schwierig zu erreichende Zielgruppen erprobt. Zugleich stellen sie Seismografen für neue Entwicklungen im Feld der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus dar. Eine wesentliche Aufgabe der Modellprojekte liegt darin, die unter-

schiedlichen Erfahrungen aus der Umsetzung und gelungene Handlungsansätze an die Regelpraxis zu vermitteln. Damit stellen Modellprojekte einen wichtigen Bestandteil in der Prävention von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit dar.

Sowohl die Praxis der Modellprojekte als auch die Forschungsergebnisse zeigen, dass die Entstehung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der biografischen Entwicklung angelegt ist und vom spezifischen Einfluss der unterschiedlichen Sozialisationsinstanzen des sozialen Umfeldes der Kinder und Jugendlichen (insbesondere Familie, Kindergarten und Schulen, Peer Groups, Partnerschaften, Medien und außerschulische Jugendarbeit) abhängen. Demzufolge setzen die Präventionsansätze im Rahmen des Programms auf zwei Ebenen an. Zum einen in der direkten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und zum anderen in der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Sozialisationsinstanzen.

Grundsätzlich bewährt haben sich fördernde Ansätze, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit ihren Ressourcen wahrnehmen und schätzen, Wissen und Kompetenzen vermitteln sowie neue Erfahrungsräume, zum Beispiel für Selbstwirksamkeit, eröffnen.

In allen Bundesländern existieren landesweite Beratungsnetzwerke mit stabilen, qualifizierten Beratungsstrukturen, aus denen heraus professionelle Beratungsleistungen erbracht werden. Die aus dem Bundesprogramm geförderten Netzwerke und Landeskoordinierungsstellen sind zusammen mit den Angeboten der Mobilen Beratung und der spezialisierten Opferberatung wichtige Instanzen für eine wirksame Interventions- und Präventionsarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Die Beratungsnetzwerke stellen in den Bundesländern zentrale Orte des Informations- und Ressourcenaustauschs sowie der vertrauensvollen Zusammenarbeit und Koordination der relevanten staatlichen und nicht-staatlichen Akteure im Handlungsfeld dar. In einer Reihe von Bundesländern ist die Beratungsarbeit inzwischen in ein Landesprogramm oder eine Landesinitiative zur Rechtsextremismusbekämpfung oder Demokratieförderung eingebettet.

Die Berater/innen der Opferberatung und der Mobilen Beratung sowie weiterer Beratungsfelder erbringen eine breite Palette an Unterstützungsleistungen für Personen und Organisationen, die von rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Erscheinungen, inklusive Gewalttaten, betroffen sind. Ihr Handeln zielt auf die Selbstermächtigung (Empowerment) der Ratsuchenden ab. Während die Angebote der Mobilen Beratung in allen Bundesländern weitgehend bedarfsangemessen etabliert sind, ist für das Angebot an spezialisierter Opferberatung noch nicht in allen Bundesländern geklärt, inwieweit es der artikulierten oder latenten Nachfrage nach qualifizierter Beratung entspricht.

Die im Programm umgesetzten Qualitätsentwicklungsprozesse in den Beratungsstrukturen haben wesentlich dazu beigetragen, dass in den Beratungsfeldern der Mobilen Beratung und der Opferberatung Grundprinzipien beraterischen Handelns bundesweit etabliert und vergleichbare Arbeitsstandards formuliert sind.

Mit der Einrichtung von BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus hat sich das BMFSFJ vor dem Hintergrund der Aufdeckung der rechtsextremen Terrorzelle "Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)" im November 2011 dazu entschlossen, die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus weiter zu stärken, indem unter anderem die Kompetenzentwicklung von pädagogischen Fachkräften aus der Jugendarbeit, Jugendhilfe und Schulsozialarbeit zu rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen zielgerichteter gefördert wird.

BIKnetz bietet dazu verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten und weist darauf hin, dass eine mit angemessenen Ressourcen ausgestattete Soziale Arbeit den rechtsextrem gefährdeten beziehungsweise orientierten Jugendlichen Möglichkeiten eines "Umstiegs", das heißt einer Distanzierung von rechtsextremen Szenen und Strukturen, bieten kann. Dabei ist es wichtig, auf Veränderungen von Erfahrungszusammenhängen zu setzen. Die Anwesenheit einer demokratischen Zivilgesellschaft im Sozialraum der Jugendlichen ist dabei eine unverzichtbare Voraussetzung, damit diese Arbeit gelingen kann.

Die Sichtung der Akteurslandschaft hat ergeben, dass gegenwärtig nur wenige pädagogische Fachkräfte beziehungsweise Träger über das notwendige Know-how verfügen. Bewährte Ansätze und Angebote müssen weiterentwickelt und in die Regelstrukturen transferiert werden. Dafür ist es wichtig, den Fachaustausch zwischen den Akteuren auszubauen sowie vorhandenes Wissen zu bündeln, systematisch aufzubereiten und der (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In der Gesamtschau der Erträge des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN wird deutlich, dass sich die unterschiedlichen Präventionsstrategien auf die verschiedenen Phänomene und Problemausprägungen von Rechtsextremismus richten und so ergänzen, dass sowohl Präventionsfelder, die auf Personen bezogen sind, als auch solche, die sich auf Strukturen beziehen, abgedeckt sind.

Innerhalb des Programms wird damit ein ganzheitlicher Anspruch von Prävention eingelöst. Dieser umfasst nicht nur die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, sondern auch mit unterschiedlichen, für die demokratische politische Sozialisation relevanten Akteuren sowie mit Opfern rechtsextremer Gewalt. Darüber hinaus werden durch die ganzheitliche Vorgehensweise zentrale Ansätze von Bildung, Beratung und Vernetzung demokratischer Akteure in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus beziehungsweise antidemokratischen Erscheinungen weiterentwickelt.

Bezüglich des Zusammenwirkens der einzelnen Programmbereiche zeigen sich vielfältige Synergiepotenziale. Kooperationsbezüge zwischen den Akteuren bestehen nicht nur innerhalb der einzelnen Programmbereiche, sondern programmbereichsübergreifend. Besonders deutlich ausgeprägt sind sie zwischen Akteuren der landesweiten Beratungsnetzwerke auf der einen und Akteuren der Lokalen Aktionspläne auf der anderen Seite.

In der Umsetzung des Programms stellt die Kinder- und Jugendhilfe eines der zentralen Bezugssysteme dar. Im Handlungskonzept Modellprojekte sind diese Bezüge am deutlichsten angelegt. Die Handlungskonzepte der Lokalen Aktionspläne und der landesweiten Beratungsnetzwerke weisen ebenfalls enge Verbindungen zur Kinder- und Jugendhilfe auf.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitungen und der Programmevaluation machen deutlich, dass von den Bundesprogrammaktivitäten vielfältige Impulse ausgehen, die auf kommunaler und Landesebene weiterführende nachhaltige Entwicklungen im Handlungsfeld (mit) anregen können.

3.2 Schlussfolgerungen

Da es sich bei den Erscheinungen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nach dem gegenwärtigen Forschungsstand um überall verbreitete (ubiquitäre) Begleiterscheinungen moderner Gesellschaften handelt, die das friedliche Zusammenleben auf demokratischer Grundlage stören können, ist eine Auseinandersetzung mit eben diesen Phänomenen auch weiterhin notwendig und gerechtfertigt.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Gesamtevaluation des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN lässt sich festhalten, dass sich die Programmelemente Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und landesweite Beratungsnetzwerke grundsätzlich bewährt haben und geeignete Handlungskonzepte zu einer solchen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus darstellen. Die besondere Stärke des Programms liegt in der großen Bandbreite der umgesetzten pädagogischen, beratenden und vernetzenden struktur- sowie verhaltensbezogenen Präventions- und Interventionspraxis. Diese ist auch deshalb angemessen, weil vorliegende Forschungsergebnisse eine hohe Verbreitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus konstatieren und damit verbundene Einstellungen (etwa "gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit") auch in der "Mitte der Gesellschaft" zu finden sind. Insofern sprechen die vorliegenden Befunde dafür, die drei Handlungskonzepte in einem nachfolgenden Bundesprogramm fortzuführen.

Ein Schwerpunkt des Programms sollte die Ausrichtung auf Kinder und Jugendliche bleiben. Angesichts der weiten Verbreitung von fremdenfeindlichen Anschauungen und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine stärkere Ergänzung um weitere, erwachsene Zielgruppen erwägenswert. Dies gilt insbesondere für Personen, die für Kinder und Jugendliche sozialisationsrelevant sind.

Inhaltlicher Weiterentwicklungsbedarf für sämtliche Programmbereiche leitet sich zunächst aus den Forschungsbefunden zur Wandlungsfähigkeit der Phänomene ab. Als Herausforderung stellt sich der Umgang mit neuen Manifestationsformen der Phänomene, beispielsweise Muslim- beziehungsweise Islamfeindlichkeit oder Antiziganismus, dar. Bedeutungsvoll ist ebenfalls die Auseinandersetzung mit Themen, die von rechtsextremen Akteuren aufgegriffen werden (zum Beispiel die Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen). Weiterentwicklungsbedarf besteht darüber hinaus in der Nutzung neuer sozialer Medien, der Entwicklung von Strategien für die Arbeit in problemverdichteten Räumen und den Prozessen der Rollenklärung in der Zusammenarbeit staatlicher sowie ehrenamtlich und hauptberuflich tätiger zivilgesellschaftlicher Akteure bei der gemeinschaftlichen Bearbeitung der Phänomene.

Bei der Ausgestaltung eines nachfolgenden Programms sind zudem Fragen der Organisation der programminternen und -externen Zusammenarbeit zu klären. So haben sich – sowohl für die Entfaltung von Synergiepotenzialen im Programm als auch für den Transfer von Programm-

ergebnissen – die gezielte, bedarfsorientierte Förderung von Fachaustausch sowie eine systematische Verknüpfung mit thematisch ähnlich ausgerichteten Landes- und Bundesprogrammen sowie der Regelpraxis der Kinder- und Jugendhilfe als unerlässlich erwiesen. Dazu gehört, bewusst und systematisch den Transfer von Wissen, das im Programm generiert wird, in die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe im Blick zu behalten und dabei gegebenenfalls auch innovative Wege zu beschreiten. Einen möglichen Ansatz hierzu stellen neben der Sensibilisierung der dort tätigen Fachkräfte für die Programmaktivitäten beispielsweise die Weiterqualifizierung von Fachkräften sowie die Aufnahme von Themenfeldern des Bundesprogramms in deren Ausbildungscurricula dar.



IV.

Aufbau BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus

4.1 Ziele und Vorgehen

Ausgangssituation

Mit der Aufdeckung der rechtsextremen Terrorzelle "Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)" im November 2011 hat sich das BMFSFJ nach einem Gespräch mit Expert/innen aus der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus dazu entschlossen, ein bundesweites Informations- und Kompetenznetz (BIKnetz) als Kontaktstelle in diesem Themenfeld zur Vermittlung von Praxis-Know-how für die (Fach-)Öffentlichkeit und Kompetenzentwicklung für pädagogische Fach-kräfte der Sozialen Arbeit aufzubauen.

Vor dem Entstehungshintergrund hat BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus den Fokus auf junge Menschen gelegt, die erkennbar Merkmale rechtsextremer Haltungen entwickeln und/oder Teil loser rechtsextrem orientierter Cliquen und Szenen sind. Diese Jugendlichen drohen in rechtsextreme Strukturen abzugleiten. Charakteristisch für sie ist, dass diese Jugendlichen für Pädagog/innen noch erreichbar sind.

Strategische Ausrichtung

Fokus: Präventiv-pädagogische Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten beziehungsweise orientierten Jugendlichen

Leitziel: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist im pädagogischen Alltagshandeln der Regelstrukturen angekommen.

Hauptzielgruppe: Pädagog/innen aus Jugendarbeit, Jugendhilfe und Schulsozialarbeit, vor allem Regelstrukturen nach § 11 bis 14 SGB VIII

Hauptaufgaben:

- I Die praktischen Erfahrungen der bisherigen Bundesprogramme des BMFSFJ bündeln, aufarbeiten und für die pädagogische Praxis nutzbar machen.
- I Die Sichtbarmachung von Praxiserfahrungen und des Forschungsstands sowie die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur präventiv-pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten beziehungsweise orientierten Jugendlichen.

Vorgehen:

Auf der Basis von Kriterien guter Praxis werden Wissensprodukte aus den bisher sieben Aktionsund Bundesprogrammen des BMFSFJ in eine **Wissensdatenbank** (WiDaBa) überführt. Bis Mai 2014 wurden 195 Wissensprodukte als Projekt, Ansatz, Methode, Material oder Arbeitshilfe vor allem zur präventiv-pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten beziehungsweise orientierten Jugendlichen in die Datenbank aufgenommen und können dort recherchiert werden. Damit werden an einem zentralen Ort Angebote, die auf die Bedarfe der pädagogischen Fachkräfte reagieren, bereitgestellt, sodass gelungenes Projektwissen nicht mehr verloren geht. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt von BIKnetz ist die Kooperation mit der Wissenschaft im Rahmen einer **AG Forschung** mit 14 Wissenschaftler/innen aus sechs Fachdisziplinen. Die von BIKnetz in Auftrag gegebenen und veröffentlichten **Expertisen**

- a) Soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen Identifizierung von Akteuren, Projekten und Ansätzen in allen pädagogischen Handlungsfeldern sowie
- b) Forschung zu rechtsextrem orientierten Jugendlichen Eine Bestandsaufnahme von Ursachen, Gefährdungsfaktoren und pädagogischen Interventionen

bildeten den Auftakt des gemeinsamen Diskussionsprozesses. Sie haben den aktuellen Sachund Erfahrungsstand systematisch und zeitnah auf den Punkt gebracht sowie dringenden Handlungsbedarf in diesem Feld aufgezeigt.

Zur (Weiter-)Entwicklung der Kompetenzen von pädagogischen Fachkräften der Sozialen Arbeit wurde auf der Grundlage der Expertise "Rahmencurriculum zur Umsetzung regionalisierbarer Fort- und Weiterbildungen zum Themenfeld 'Arbeit mit rechtsextrem orientierten beziehungsweise gefährdeten Jugendlichen" (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.) das **Rahmencurriculum** "HandlungsKOMPETENZ – ein Bildungsangebot zum Umgang mit rechtsextrem gefährdeten beziehungsweise orientierten Jugendlichen für pädagogische Fachkräfte" erstellt, mit der Fachwelt in einem Onlineforum diskutiert sowie weiterentwickelt und zur Erprobung durch Bildungsmaßnahmen freigegeben.

Die regionalen Bildungsträger wurden im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens mittels Gutachterverfahren und in Abstimmung mit den Ländern unter Berücksichtigung des verfügbaren Budgets in Höhe von 350.000 Euro für die Jahre 2013 und 2014 ermittelt. Die Resonanz auf die Ausschreibung war unerwartet groß. 49 Bildungsträger aus 14 Ländern haben für insgesamt 301 Bildungsmaßnahmen ihr Interesse bekundet. Bis Ende 2014 wird in einem gemeinsamen Kooperationsverbund mit 22 Bildungsträgern das Rahmencurriculum in einem Umfang von 40 Fort- und neun Weiterbildungsmaßnahmen mit ca. 600 Teilnehmer/innen bundesweit erprobt.

Die Bildungsmaßnahmen werden durch ein Monitoring begleitet, um die Entwicklung eines neuen Bildungsangebotes mit dem Schwerpunkt auf gezielte Reflexion und Anleitung für das pädagogische Alltagshandeln im Umgang mit rechtsextrem gefährdeten beziehungsweise orientierten Jugendlichen fundiert und belastbar zu unterstützen. Handlungsleitend für BIKnetz ist dabei die Tatsache, dass das Lernen in Hinblick auf antizipierte Verwendungssituationen erfolgen muss.

Das Hauptinstrument und gleichzeitig Fundament von BIKnetz ist die **Informations- und Kommunikationsplattform** www.biknetz.de mit der webbasierten WiDaBa, deren Entwicklung den Start der Aufbauphase geprägt hat. Mit der Kommunikationsplattform wird bundesweit den Akteuren in diesem Feld eine Austausch- und Vernetzungsressource zur Verfügung gestellt.

Internetbasierte Austauschmöglichkeiten und Social-Media-Aktivitäten werden durch BIKnetz vorerst über Twitter, YouTube sowie auf der Kommunikationsplattform mit Onlineforen und einem persönlichen Profil zur individuellen und geschützten Kontaktaufnahme mit anderen

Akteuren aus dem Themenfeld vorgehalten. Dieser Bereich wird von der Akteursszene zum Teil noch wenig angenommen, ist aber unabdingbar, da sich auch Jugendliche zunehmend dieser Medien bedienen und über "klassische" Angebote immer weniger erreicht werden.

Der direkte Fachaustausch wird im Rahmen einer **Dialogoffensive** mit dem Fachforum Praxis und der AG Forschung zur Professionalisierung und Weiterentwicklung der präventiv-pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten beziehungsweise orientierten Jugendlichen geführt. Im Fachforum Praxis wird in mehreren Workshops und auf der Basis eines offenen Austauschs zwischen Expertinnen und Experten aus den Regelstrukturen der Sozialen Arbeit und aus Sonderprojekten der Bundesprogramme eine pädagogische Handreichung als Einstieg und Informationsquelle zur präventiv-pädagogischen Arbeit mit diesen gefährdeten Jugendlichen für pädagogische Fachkräfte in den Regelstrukturen entwickelt.

4.2 Ergebnisse des qualifizierten Monitorings

Mit dem qualifizierten Monitoring von BIKnetz soll seine Pilotphase datenbasiert reflektiert werden. Ziel ist es, Stärken und Schwächen des Angebots im Abgleich mit externen Erwartungen von Praktiker/innen und Fachnetzwerken zu erkennen: Hindernisse und Chancen sollen benannt und ein klareres Verständnis entwickelt werden, wie das Angebot möglichst optimal umgesetzt und fortgeschrieben werden kann, um Fachkräfte in der präventiv pädagogischen Praxis mit rechtsextrem orientierten beziehungsweise gefährdeten Jugendlichen zu unterstützen.

Die erste Arbeitsphase erstreckte sich von Mitte Juni bis Dezember 2013 und umfasste unter anderem als zentrale Kernaufgaben: die Exploration spezifischer Erfahrungskonstellationen von Fachkräften in der Praxis mit rechtsextrem orientierten beziehungsweise gefährdeten Jugendlichen, um zentrale Fragestellungen und den Bedarf zu konturieren, und die Entwicklung von geeigneten Instrumenten für das Bildungscontrolling sowie die Datenerhebung und Auswertung zur ersten Revision der Fort- und Weiterbildungsangebote.

Das qualifizierte Monitoring erfolgte auf der Basis eines Multimethodendesigns. Es kamen unter anderem Leitfadeninterviews, vollstandardisierte quantitative Erhebungen und Expertenarbeitsgruppen zum Einsatz.

"Man kann mit dem Thema nicht alleine stehen, das geht überhaupt nicht." Bedarfe und Erwartungen von Fachkräften

Ausnahmslos alle Jugendarbeiter/innen beschreiben das Zusammentreffen mit rechtsextrem orientierten beziehungsweise gefährdeten Jugendlichen in ihren Einrichtungen als eine besondere Herausforderung. In keinem Interview beschrieben die Praktiker/innen eine Situation, in der sie die Sicherheit hatten, das Richtige zu tun. Ganz im Gegenteil, die Mehrzahl von ihnen sah sich mit den aufkommenden Unsicherheiten und Fragen auf sich selbst und – falls vorhanden – ihr Team zurückgeworfen. Diese Ausgangssituation macht deutlich, dass eine Notwendigkeit zur fachlichen Aufbereitung gelingender Handlungsansätze in der Jugendarbeit und zur Verbreitung zentraler Erkenntnisse besteht.

Der Bedarf an handlungsrelevanten Informationen zur präventiv-pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten beziehungsweise gefährdeten Jugendlichen ist breit über Regeleinrichtungen der Jugendarbeit hinweg zu verorten.

Jugendarbeiter/innen bestätigen einhellig die "Normalisierungsthese" und berichten, dass Heranwachsende in ihren Jugendclubs nur selten als klar erkennbare und homogen agierende Gruppe auftreten. Rechtsaffine Szenen durchmischen sich heutzutage jugendkulturell und verzichten zunehmend auf herkömmliche Erkennungszeichen beziehungsweise wandeln diese stetig ab. Damit sind sie oftmals auf den ersten Blick für Jugendarbeiter/innen nicht mehr eindeutig zuordenbar. Gleichzeitig werden die Praktiker/innen im Gefüge klassischer Besucherstrukturen immer häufiger aber auch mit einzelnen Jugendlichen konfrontiert, die über verfestigte rechtsextreme Einstellungen verfügen und diese anlassbezogen kundtun. Einschlägige Ideologiefragmente finden sich demnach einerseits als Alltagsphänomen innerhalb heterogener Besucherstrukturen. Andererseits bestehen vor allem in ländlichen Gebieten auch weiterhin Milieus, in denen einschlägige Haltungen weit verbreitet und sozio-kulturell akzeptiert sind.

Wo Jugendarbeiter/innen im Kontext von Regeleinrichtungen in Kontakt mit diesen Jugendlichen kommen, fühlen sie sich auf solche Situationen in den meisten Fällen schlecht vorbereitet. Die Auseinandersetzung mit der Zielgruppe ist für sie eine Herausforderung, der sie sich unter vielen anderen – oftmals auch unter restriktiven strukturellen Rahmenbedingungen – stellen müssen.

Fachkräfte benötigen Informationen, die es ihnen ermöglichen, eine professionelle Haltung aufzubauen und Handlungssicherheit zu gewinnen.

Alle Praktiker/innen berichten über große Unsicherheiten im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Beim Erstkontakt mit der Zielgruppe ist ihre dringendste Frage, ob und inwieweit sie bereit oder gar verpflichtet sind, mit der Zielgruppe zu arbeiten. Entsprechend stellen sie sich auch Fragen nach den rechtlichen Befugnissen ihres Arbeitsauftrags und sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, eine eigene Haltung im Spannungsfeld des Für und Wider der Arbeit mit diesen Jugendlichen zu entwickeln. Ohne Ausnahme sehen die Professionellen die Grenzen pädagogischer Arbeit bei jungen Menschen erreicht, die fest in Parteien oder Kameradschaften integriert sind. Zugleich wird aber ausnahmslos von der Schwierigkeit berichtet, eine entsprechende Zuordnung verlässlich vorzunehmen und die Zielgruppe angemessen einzuschätzen.

Neben dieser Grundsatzfrage schildern die Befragten zudem Unsicherheiten bezüglich der "richtigen" Vorgehensweisen und der möglichen Wirkungen ihrer Interventionen. Folglich gehen viele Unsicherheiten mit der Frage einher, ob und inwiefern pädagogisches Handeln eine tatsächliche Kontrolle der Situation zulässt, und münden in dem Wunsch nach einer methodischen Fundierung des eigenen Tuns. Letzterer gründet darüber hinaus auch in der Angst, vorhandene Einstellungen gegebenenfalls durch ungeeignete Ansätze weiter zu verstärken. Jugendarbeiter/innen schildern, dass sie angemessene Reaktionsweisen oftmals situativ oder in Konfliktsituationen entwickeln müssen und empfinden diesen Umstand als belastend.

Die Unsicherheiten der Praktiker/innen reduzieren sich jedoch nicht nur auf die eigene Haltung beziehungsweise die Auseinandersetzung mit der Zielgruppe an sich. In zahlreichen Interviews kommen Sorgen zur Sprache, die sich auf die Rechtfertigung der eigenen Bereitschaft zur pädagogischen Arbeit mit den Heranwachsenden oder der Wahl des Handlungsansatzes vor Kolleg/innen, Trägern oder Teilen der Zivilgesellschaft beziehen.

Um Handlungssicherheit zu gewinnen, wünschen sich Praktiker/innen daher auch einen Rückgriff auf hilfreiches Arbeitsmaterial und aktuelle Informationen.

Praktiker/innen benötigen breit zugängliche Informationen, die auf Erfahrungen anderer Praktiker/innen beruhen und auf ihren Arbeitskontext anwendbar sind.

Werden Praktiker/innen danach gefragt, welche Informationen sie aktiv unter anderem. auch im Internet suchen, dann wird deutlich, dass ihre Alltagsfragen eher in den Bereichen Grundinformationen, aktuelle Themen und praktische Anregungen liegen. Sehr viele Akteure – insbesondere Lehrer/innen aber auch Jugendarbeiter/innen, die zyklisch mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Kontakt kommen – suchen aktiv nach Informationen, die es ihnen erlauben, die Szenezuordnung der jungen Menschen einzuschätzen, mit denen sie es zu tun haben. Insofern ist es nach wie vor ein Hauptinteresse der Fachkräfte, aktuelle Informationen zu Symbolen, Styles, Codes und aktuellen, zum Teil auch regionalen jugendkulturellen Inszenierungen zu erhalten. Hierzu gehört auch der Bereich Musik und die Frage, ob diese indiziert ist. Gesucht werden auch Materialien zu Argumentationstechniken und zu Maßnahmen zur Toleranzförderung.

Werden die Praktiker/innen hingegen nach ihren Informationsbedarfen gefragt, so geben sie an, dass gerade der Austausch von Erfahrungen aus der Praxis zu möglichen Vorgehensweisen und Handlungsoptionen für sie der zentrale Bereich ist, in dem sie sich bessere Zugänge wünschen. Es geht also im Kern nicht nur darum, Materialien zu Projektansätzen zu erhalten, sondern insbesondere darum, diese im Kontext des eigenen Handlungsfelds einsetzen zu können und dabei auf Bewährtem aufzubauen. Praktiker/innen sehen in den verfügbaren Informationen das zentrale Defizit, dass sie nicht aus der fachlichen Perspektive der Jugendarbeit beziehungsweise Jugendsozialarbeit beziehungsweise für dieses Handlungsfeld aufbereitet sind.

Viele Fachkräfte schildern zudem, dass im Internet eine Fülle von Materialien beziehungsweise Informationen verfügbar sind, sie urteilen aber, dass sie speziell bei Fragen zum Umgang mit der Zielgruppe entweder eher zufällig oder nach einer sehr zeitaufwändigen Recherche an die richtigen Informationen gelangen. Einschlägige Seiten seien zum Teil nur Personenkreisen bekannt und zugänglich, die an Bundes- beziehungsweise Landesprogrammen partizipieren.

Jugendarbeiter/innen wünschen sich, in die direkte Kommunikation mit Kolleg/innen treten zu können.

Über die rezipierende Informationsgewinnung hinaus formulieren die Praktiker/innen auch ein ausgeprägtes Interesse an einem Erfahrungsaustausch zu möglichen Vorgehensweisen und Handlungsoptionen. Sie äußern den Wunsch, sich mit Fragen an Kolleg/innen wenden zu können, die bereits ähnliche Situationen bewältigt haben, und möchten von ihren Erfahrungen profitieren. Praktiker/innen formulieren somit den Wunsch nach Selbstvergewisserung im fach-

lichen Austausch mit erfahrenen Kolleg/innen. Sie fänden daher eine Plattform hilfreich, auf der sie passende Kommunikationspartner/innen für ein kollegiales Feedback finden.

Professionelle wünschen sich ferner Zugänge zu lokalen Ansprechpartner/innen, mit denen Fragen zum Umgang mit rechtsextrem orientierten beziehungsweise gefährdeten Jugendlichen thematisiert werden können. Sie arbeiten nicht selten unter restriktiven Bedingungen und ohne reflexive Netzwerke. Gerade in herausfordernden Situationen wie der Arbeit mit diesen Jugendlichen formulieren sie den Wunsch nach Rückhalt und Vergewisserung, dass sie das Richtige tun. Dementsprechend wünschen sie sich Verweise auf entsprechende Akteure.

Neben dem vielfach geäußerten Wunsch nach direkter Kommunikation und Vernetzung verweisen viele Befragte auch auf eine Reihe von Hemmnissen. Speziell in Bezug zur Nutzung eines Internetforums werden Bedenken bezüglich einer möglichen Offenbarung der eigenen Identität laut. Die Fachkräfte führen die Kontroverse um die internetbasierte Spionage der NSA als wichtigen Faktor an, der die Sorge um die Sicherheit personenbezogener Daten fördere und letztlich die Bereitschaft zur virtuellen Aktivität mindere. Darüber hinaus wird eine mögliche Frequentierung entsprechender Foren durch Angehörige der rechten Szene thematisiert. Gleichzeitig spielen die Qualität des Dialogs und eine entsprechende Diskussionskultur eine wichtige Rolle für die Motivation zur aktiven Beteiligung innerhalb von Foren. Gerade die Thematisierung fachlicher Unsicherheiten sehen manche Fachkräfte als schwierig an. Sie fürchten, sich an den Pranger gestellt zu sehen und betonen, dass eine Moderation der Angebote notwendig sei.

"Wenn ein Pädagoge sich auf eine solche Internetseite begibt, dann braucht er sofort Hilfe und Rat, weil da gerade ein Problem akut ist." Informationswege von Fachkräften und ihre Erwartungen an ein internetbasiertes Angebot

Eine zentrale Erkenntnis aus der Befragung der Fachkräfte ist, dass sie sich nur selten ohne Anlass grundsätzlich über rechtsextreme Erscheinungsformen informieren, sondern erst dann gezielt nach Informationen suchen, wenn sie akut mit entsprechenden Fragestellungen konfrontiert sind. Daraus folgt, dass ihre Suche nach hilfreichen Informationen vom Wunsch nach Befähigung zur angemessenen Reaktion auf rechtsextreme Erscheinungsformen getragen ist, selten aber zu einer zentralen Anlaufstelle führt. Stattdessen müssen Informationen Stück für Stück über viele Suchbewegungen zusammengetragen werden.

Wenig überraschend ist das Internet das vorrangige Informationsmedium der Fachkräfte aus Jugendarbeit und Schule. Das Angebot von BIKnetz ist bei den Befragten jedoch bisher kaum bekannt, die Fachkräfte berichten aber auch, dass sie bei ihrer Suche nach Informationen nur selten direkt spezielle Websites ansteuern. Stattdessen verlaufen Recherchen vorwiegend über suchmaschinengeleitete Navigationspfade.

Neben internetbasierten Informationskanälen finden die Informationsbestrebungen selbstverständlich auch auf nicht-virtuellem Wege statt. So kontaktieren die Praktiker/innen vorrangig regionale Ansprechpartner/innen in den Jugendämtern, aber auch Fachzusammenschlüsse wie unter anderem Präventionsräte. Einzelne Fachkräfte kennen das Angebot der Mobilen Beratung und nutzen dieses, um sich zum Beispiel über aktuelle Entwicklungen in den Szenen zu informieren.

Fachkräfte formulieren einen Bedarf an verlässlich aufbereiteten und aktuellen Informationen, die an einem Ort auffindbar sind.

Professionelle Akteure betonen, dass ihre Suche nach Information und Vernetzung meist anlassbezogen und unter hohem Problemdruck erfolgt. Sie wünschen sich daher eine Informationsquelle, die sie ohne großen Aufwand auffinden und die ihnen möglichst alle benötigten Wissensbestände an einem Ort kompakt erschließt. Folglich machen die Befragten eine übersichtliche Gestaltung und eingängige Navigation des Webportals sowie speziell die nutzerorientierte Organisation der Inhalte als wesentlichen Bestandteil der bedarfsgerechten Vermittlung relevanter Informationsbestände aus.

Praktiker/innen formulieren ebenfalls Erwartungen hinsichtlich der inhaltlichen Aufbereitung der Wissensbestände. Sie wünschen sich zunächst kurze und übersichtlich aufbereitete Texte, die ihnen eine schnelle Orientierung ermöglichen. Ergänzend hierzu sollten in einem zweiten Schritt vertiefende Recherchen zu praxisnahen Themen und Materialien möglich sein. Die Anwendbarkeit bereitgestellter Materialien im Rahmen ihrer konkreten Arbeit mit den Heranwachsenden stellt für die Fachkräfte ein wichtiges Qualitätskriterium dar. Hier wünschen sie sich eine Vielfalt von Materialien wie zum Beispiel Projektvorstellungen, Filme, Hörproben, Arbeitsblätter, Rollenspiele und fiktive Interviews. Einzelne Befragte, die sich auf der Internetplattform von BIKnetz informiert haben, stellten positiv heraus, dass die eingestellten Projektbeschreibungen und Materialien kommentiert sind.

Neben der Aufbereitungsform betonen die befragten Fachkräfte die Bedeutung klassischer inhaltsbezogener Qualitätskriterien. Zwar gebe es insbesondere im Internet eine Fülle an Informationsbeständen, die Bewertung dieser Quellen bereite jedoch zum Teil Schwierigkeiten. So wurde direkt auf die Bedeutung der Verlässlichkeit der Informationen hingewiesen. Es sei wichtig zu wissen, dass die Materialien professionell begutachtet und aufbereitet sind. Auch die Aktualität der Informationen stellt für die Praktiker/innen ein wichtiges Qualitätsmerkmal dar. Vor allem im Kontext regionaler Ereignisse, aber auch in Bezug zu den Entwicklungen in den Bereichen Musik, Symbolik und Erkennungsmerkmale wird dieses Kriterium hervorgehoben.

"Ich nehme eine Auffrischung mit und ich nehme Methoden mit, wie ich selber mit den Jugendlichen besser arbeiten kann." Ergebnisse des Bildungscontrollings

Die bundesweite Erprobung des Rahmencurriculums "HandlungsKOMPETENZ – ein Bildungsangebot zum Umgang mit rechtsextrem gefährdeten beziehungsweise orientierten Jugendlichen für Pädagoginnen und Pädagogen" ist eine zentrale Aufgabe von BIKnetz. Sowohl die hohe Beteiligung von Bildungsträgern am Interessenbekundungsverfahren für die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen als auch die Befunde des Bildungscontrollings der ersten im Jahr 2013 umgesetzten Fortbildungsangebote bilden eine positive Resonanz auf das Angebot und seine Umsetzung ab. Das qualifizierte Bildungscontrolling zielt darauf ab, den Wissenszuwachs der Fachkräfte durch die Teilnahme an den Qualifizierungsangeboten gezielt in den Blick zu nehmen sowie die Praxistauglichkeit des Rahmencurriculums zu überprüfen und empirisch fundierte Vorschläge zur Fortentwicklung des Angebots zu erarbeiten. Im Jahr 2013 wurden sechs Fortbildungen umgesetzt und anhand des Bildungscontrollings evaluiert.

Die Fortbildungsangebote erhielten von den Teilnehmenden positive Bewertungen.

Die besuchten Veranstaltungen wurden von 65 Teilnehmenden besucht und entweder als "sehr gute" oder "gute" Fortbildungsangebote bewertet, die sie weiterempfehlen können. Diese Bewertung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es den Bildungsträgern gelungen ist, ihre Fortbildungsangebote bedarfsgerecht an den Kenntnisstand der Zielgruppen anzupassen.

Den größten Wissenszuwachs erhielten die Teilnehmenden in den zwei Themenblöcken "Individuelle, soziale und strukturelle Risikofaktoren" sowie "Rechtliche Rahmenbedingungen" in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten beziehungsweise gefährdeten Jugendlichen. Diese Module der Fortbildungen – wie auch die Arbeitssequenz zu "Lokalen Anwerbestrategien" – wurden gleichzeitig als die zentralen praxisrelevanten Themenblöcke beurteilt. Die Fachkräfte berichteten, dass sie in diesen inhaltlichen Bereichen besonders viele neue Informationen erhalten haben.

Das Pflichtmodul – Rechtsextreme Ideologie, Erscheinungsformen und Erlebniswelt – wurde hingegen sowohl aus der Sicht der Teilnehmenden als auch der Seminarleiter/innen als zu theoriebetont und kontraproduktiv eingestuft. Die Fachkräfte seien gezwungen, zu viele inhaltliche Aspekte in zu kurzer Zeit passiv aufzunehmen.

Die durchgeführten Veranstaltungen wurden sowohl hinsichtlich der zur Verfügung gestellten Möglichkeiten zur Reflexion eigener Werte und Erfahrungen als auch ihrer abwechslungsreichen methodischen Ausgestaltung gelobt.

Die Grundarchitektur des Rahmencurriculums hat sich als praxistauglich erwiesen.

Mit den durch das Rahmencurriculum festgelegten Themenblöcken und Gestaltungsvorgaben konnten die Bildungsträger in der Regel gut arbeiten, sie erlauben aus ihrer Sicht auch in ausreichendem Maß erforderliche Anpassungen an die Bedarfe der Zielgruppe und die jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen.

Es hat sich als förderlich erwiesen, zwischen zwei Modulen eine Pause von drei bis vier Wochen einzuplanen, damit die Teilnehmenden über die Fortbildungsinhalte in ihren praktischen Erfahrungskontexten reflektieren können. Für die Seminarleiter/innen eröffnet sich damit die Möglichkeit, den Verlauf des ersten Moduls zu überprüfen und das zweite Modul gegebenenfalls stärker an die Bedürfnisse der Gruppe anzupassen. Problematisch war für die Bildungsträger die Tatsache, dass sie nur wenig Zeit für die Vorbereitung der Fortbildungen hatten und dementsprechend die Bewerbung des Fortbildungsangebots nur teilweise gelang.

Bildungsträger bewerten die Erprobung des Rahmencurriculums als gute Gelegenheit, ihre professionellen Möglichkeiten zu erweitern.

Die interviewten Seminarleiter/innen haben mehrere Aspekte hervorgehoben, die sie aus den gesammelten Erfahrungen für die Gestaltung weiterer Fortbildungsangebote mit pädagogischen Fachkräften mitnehmen. Die im Rahmencurriculum definierten Themen der Pflichtund Wahlbausteine bewerten die Bildungsträger als anregenden Themenpool, sie werden auch

durchgehend als praxisrelevant eingeschätzt. Bildungsträger, die bisher nur eintägige Veranstaltungen durchgeführt haben, halten das Format einer Fortbildung mit zwei zeitlich versetzten Modulen für sehr sinnvoll und werden diese Gestaltungsoption in ihrer Praxis zukünftig stärker berücksichtigen. Ferner bietet ein Format mit zwei Referent/innen aus der Sicht der Seminarleiter/innen didaktisch die besten Möglichkeiten, ein bedarfsgerechtes und abwechslungsreiches Angebot zu gestalten. Die auf der Basis der Befunde des Bildungscontrollings vorgenommene individuelle Beratung einzelner Bildungsträger hinsichtlich einer möglichen Optimierung ihrer Angebote wurde von den Seminarleiter/innen als hilfreich anerkannt und angenommen.

"Und dann müsste man halt eben hoffen, dass Google da an erster Stelle sagt: BIKnetz, wir kümmern uns um dieses Thema". Ausblick und Empfehlungen

Die Ergebnisse der Befragungen zeigen auf, dass Praktiker/innen in Regelstrukturen der Jugendarbeit Bedarf an praxisrelevanten Informationen zur präventivpädagogischen Arbeit mit rechtextrem orientierten Jugendlichen formulieren. Alle befragten Professionellen halten ein Angebot, wie es von BIKnetz vorgehalten wird, grundsätzlich für sinnvoll und hilfreich. Sie wünschen sich eine Plattform, die ihnen im Bedarfsfall unterschiedliche fachlich aufbereitete Informationen an einem Ort bereitstellt sowie Zugang zu Ansprechpartner/innen vor Ort und Möglichkeiten zum Austausch von Erfahrungen bietet.

Das Rahmencurriculum "HandlungsKOMPETENZ" hat sich in den ersten durchgeführten Fortbildungen zunächst als praxistauglich erwiesen. Eine belastbare Aussage zu notwendigen Anpassungen kann jedoch erst nach der Auswertung der Mehrzahl der durchgeführten Fortund Weiterbildungsmaßnahmen erfolgen. Grundsätzlich ist es als positiv einzuschätzen, dass die Evaluation der Fort- und Weiterbildungen von Anbeginn an eingeplant ist und die Bildungsträger individuelle Rückmeldungen zu ihren Veranstaltungen erhalten. Das Leitziel des Bildungscontrollings lautet "not to prove, but to improve".



V.

Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitungen und der Programmevaluation

5.1 Lokale Aktionspläne

Auftrag der wissenschaftlichen Begleitung ist es, die neu eingerichteten Lokalen Aktionspläne im Hinblick auf ihre Wirkungen, die bereits etablierten, im Vorgängerprogramm VIELFALT TUT GUT gestarteten Lokalen Aktionsplänen bezüglich der erreichten Nachhaltigkeit zu untersuchen. Hierzu wurde ein Multimethodedesign genutzt, das standardisierte quantitative Erhebungen und vertiefender qualitative Befragungen verschränkt sowie ein panelartiges Design, das mehrere Erhebungs- beziehungsweise Befragungswellen und insbesondere Eingangs- und Ausgangsmessungen umfasst. Weiterhin wurde eine zusätzliche Prüfung beziehungsweise Ergänzung der wissenschaftlichen Befunde durch die Einbeziehung der Perspektive externer Experten aus den Förderregionen sowie von Befragungsdaten aus einer kleineren Vergleichsgruppe von Regionen ohne Aktionsplan vorgenommen.

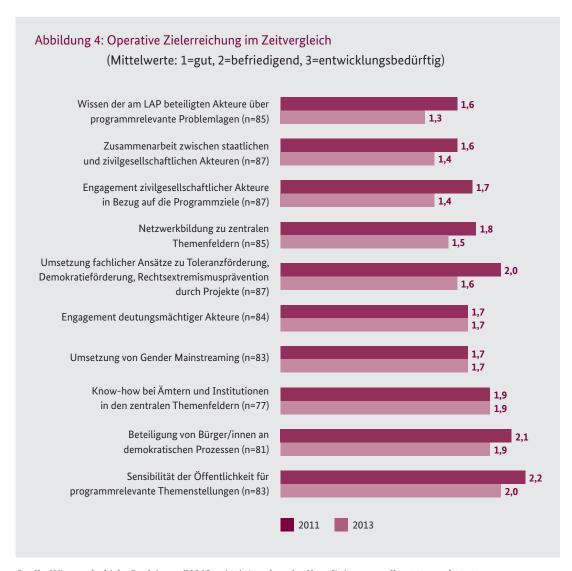
Lokale Aktionspläne sind ein erfolgreiches Kooperationsarrangement lokaler Akteure.

Die konzeptionelle Grundidee des Handlungsansatzes der Lokalen Aktionspläne geht deutlich über die Förderung isolierter Einzelmaßnahmen heraus. Sie umfasst auch unterschiedliche operative Teilaspekte, deren gelungene Bearbeitung ein zuverlässiges Bewertungskriterium an die Hand gibt. Diese **operativen Querschnittsziele** beziehen sich vor allem auf die Arbeitsfähigkeit und die Strukturen der Lokalen Aktionspläne.

Sie beschreiben insofern in erster Linie den "Output" eines Aktionsplans. Dennoch bilden sie zugleich eine wichtige Voraussetzung für ein erfolgreiches und wirkungsvolles Handeln im Sinne einer gezielten Situations- oder Verhaltensänderung. Sie sind daher auch für die weitergehende Wirkungsanalyse, für die "Outcomes" und "Impacts" des Programms, von hoher Bedeutung. Konkret erstrecken sich die operativen Querschnittsziele auf folgende Bereiche:

- (1) Die Knüpfung und Mobilisierung von Netzwerken (Beförderung zivilgesellschaftlichen Engagements, Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, Netzwerkbildung).
- (2) Die Entwicklung von Fachlichkeit und die Stärkung von Kompetenzen (Kenntnis über die relevanten Problemlagen vor Ort, Know-how im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen, Umsetzung fachlicher Ansätze, Gender Mainstreaming).
- (3) Die Gewinnung öffentlicher Unterstützung (Aktivierung deutungsmächtiger Akteure, Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Beteiligung von Bürger/innen).

Auf der Grundlage einer Wiederholungsbefragung jeweils zum Förderbeginn 2011 und zur Situation im dritten Förderjahr 2013 lassen sich sowohl der mittlerweile erreichte absolute Stand der Zielerreichung wie auch die relativen Fortschritte innerhalb der Förderperiode einschätzen. Es zeigt sich, dass Lokale Aktionspläne in den Bereichen "Netzwerkbildung", "Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteure", "Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren" sowie der Generierung von "Problem- und Praxiswissen" gute Fortschritte erreichen. Geringere Fortschritte lassen sich demgegenüber in den Zielbereichen der "Partizipation von



 $Quelle: Wissenschaftiche \ Begleitung \ (ISS/Camino), Angaben \ der \ Koordinierungsstellen \ 2011 \ und \ 2013.$

Bürger/innen an demokratischen Prozessen" sowie der "Erweiterung des Know-hows bei Ämtern und Institutionen" feststellen. Sie werden eher als befriedigend bewertet.

Sehr verbreitet ist die Einschätzung der Koordinierungsstellen, dass Lokale Aktionspläne ein besonders geeignetes Instrument zur Entwicklung und Mobilisierung von Netzwerken sind. Zum Teil ist es den Akteuren gelungen, neue Ämter in die Kooperation einzubeziehen und auch Akteure zu gewinnen, die im Themenfeld bisher nicht aktiv waren. Außerdem haben sehr viele Aktionspläne die Gründung neuer (Bürger-)Netzwerke angeregt oder bestehende Bündnisse unterstützt und aktiviert. Die Fortschritte im Hinblick auf den für Lokale Aktionspläne zentralen Aspekt der Netzwerkentwicklung fallen dabei besonders deutlich aus, wenn bereits zu Beginn der Förderung ein hoher Organisationsgrad zu verzeichnen war.

Die für Lokale Aktionspläne charakteristische sektorübergreifende Kooperation zwischen kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft ist in vielen Regionen tatsächlich ein neuer Ansatz. Angesichts dieser Ausrichtung ist bemerkenswert, dass sich Aktionspläne nach nahezu ausnahmsloser Einschätzung der Koordinierungsstellen insbesondere in der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements bewährt haben.

Eine wichtige Rolle für die Entwicklung von Fachlichkeit und der Stärkung von Kompetenzen hat zu Beginn der Förderung insbesondere die Erstellung von Situationsanalysen eingenommen, bei denen die Lokalen Aktionspläne oft durch externe Experten (Hochschulen, wissenschaftliche Institute) unterstützt wurden. Im Zeitverlauf hat sich zudem der Anteil von Lokalen Aktionsplänen erheblich gesteigert, die für die beteiligten Akteure Fortbildungen zu inhaltlichen Themen anbieten. Die Vorsitzenden der Begleitausschüsse beobachten häufig eine verbesserte Qualität der Projekte beziehungsweise Projektanträge – insbesondere bezüglich einer klareren Zielstellung, einer professionelleren Konzeption und auch der Vernetzung mit weiteren Aktivitäten der Lokalen Aktionspläne.

Schwieriger bleibt demgegenüber der gezielte Know-how-Transfer in die Verwaltungsstrukturen, um den kommunalen Umgang mit lokalen Problemlagen weiterzuentwickeln und zu einer selbstbewussten Auseinandersetzung zu ermutigen. Die eingerichteten Ämternetzwerke stellen hier eine wichtige Scharnierstelle dar. In der internen Kooperation zwischen den Gremien und Akteuren der Lokalen Aktionspläne erweist sich die Kooperation mit dem Ämternetzwerk jedoch konstant als besonders anspruchsvoll. Auch die Berücksichtigung geschlechterspezifischer Aspekte in der Präventionsarbeit bleibt weiterhin ausbaufähig.

Obwohl sich bezüglich der Breitenwirkung der Lokalen Aktionspläne und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gewisse Verbesserungen verzeichnen lassen, gehören einschlägige Teilaspekte zu den zumeist lediglich befriedigend bewerteten Querschnittszielen. Die Bekanntheit des Lokalen Aktionsplans erweist sich hier als ein relevanter Indikator für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Die zurückhaltenden Ergebnisse im Blick auf eine generelle Intensivierung der Bürgerbeteiligung an demokratischen Prozessen verweisen sicherlich nicht zuletzt auf eine realistische Wahrnehmung der Leistungsgrenzen des Ansatzes – dennoch sind viele Vertreter/innen der Begleitausschüsse weiterhin davon überzeugt, dass Aktionspläne in diesem Kontext ein prinzipiell sinnvoller Ansatz sind. Entsprechend wird oft von der Beteiligung von Bürger/innen an politischen Aktivitäten oder ihrer Mitwirkung an den Planungs- und Entscheidungsprozessen des Aktionsplans berichtet. Die Gewinnung von deutungsmächtigen Akteuren sollte aus der Perspektive der Programmgestaltung Multiplikatoreffekte generieren und Brücken in schwer erreichbare soziale Felder bauen. Mit der nahezu flächendeckenden Gewinnung von Unterstützung durch kommunale politische Akteure, durch Bürgermeister/innen, Oberbürgermeister/innen oder Landrät/innen konnten die Aktionspläne hier wichtige Meilensteine setzen.

Es lässt sich somit konstatieren, dass Lokale Aktionspläne als ein gelungenes Kooperationsarrangement zwischen lokalen Akteuren bewertet werden und sich die Erwartungen, die mit der
Konstruktion der spezifischen Programmarchitektur einhergingen, weitgehend erfüllt haben.
Besonders eindrucksvoll sind die Leistungen der Lokalen Aktionspläne bezüglich der Knüpfung
von Netzwerken, der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Entwicklung einer produktiven
Kooperationskultur zwischen Akteuren vor Ort. Auch die Verbreitung der Wissensbestände zu
Problemen vor Ort konnte mit guten Resultaten gefördert werden. Ebenso sind leichte Fortschritte hinsichtlich der grundsätzlich voraussetzungsvollen Sensibilisierung der Öffentlichkeit
zu verzeichnen.

Lokale Aktionspläne befördern die strukturelle und inhaltliche Netzwerkintegration.

Die Regionen, in denen Lokale Aktionspläne entwickelt werden, wiesen zu Programmbeginn, bezogen auf strukturelle Gegebenheiten und inhaltliche Kompetenz, allerdings sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen auf und damit auch unterschiedliche Voraussetzungen für die Umsetzung einer integrierten Strategie. Folgerichtig gehört es zu den Zielen der Lokalen Aktionspläne, die hierfür notwendigen Bedingungen zu schaffen. Inwieweit hier Veränderungen auftreten, wurde mittels einer zweimaligen Befragung der Coaches (zu Programmbeginn und im dritten Förderjahr) untersucht. Anhand der Bewertungen der Coaches wurden die Lokalen Aktionspläne einem Modell zugeordnet, das vier Stufen umfasst, die jeweils unterschiedliche Niveaus der strukturellen Integration und der Qualität der inhaltlichen Arbeit beschreiben, wobei Niveau 1 (Sensibilisierung, aber keine systematische inhaltliche Auseinandersetzung, wenige und instabile Kooperationsstrukturen) das niedrigste, Niveau 4 (inhaltliche Auseinandersetzung über Methoden und Strategie, die eine Reflexion des bisherigen Vorgehens umfasst, langjährige, von vertrauensvollem Austausch geprägte Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und kommunalen Akteuren) das höchste ist.

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass sich die Lokalen Aktionspläne hinsichtlich ihrer strukturellen Integration und der Qualität ihrer inhaltlichen Arbeit in den meisten Fällen deutlich verbessert haben. Von den Regionen, aus denen zu beiden Erhebungszeitpunkten Angaben vorlagen, hat sich ca. die Hälfte weiterentwickelt, die andere Hälfte ist auf dem Ausgangsniveau verblieben. Positive Entwicklungen finden sich insbesondere in Regionen mit besonders schlechten Ausgangsbedingungen, während sich Aktionspläne auf Niveau 3 überwiegend auf diesem hohen Niveau stabilisieren. Während zu Programmbeginn noch nahezu zwei Drittel der Lokalen Aktionspläne den Niveaus 1 und 2 zugeordnet wurden (64 %), sinkt dieser Anteil im dritten Förderjahr deutlich auf weniger als die Hälfte (45 %). Mehrheitlich befinden sich die Lokalen Aktionspläne nun auf den Niveaus 3 und 4 (55 %).

Die Bedingungen für die Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans sind in den alten Bundesländern 2013 besser als in den neuen Bundesländern. Während sich in Westdeutschland 61% der Lokalen Aktionspläne 2013 auf Niveau 3 und 4 befinden, sind dies in Ostdeutschland lediglich 40%. In Bezug auf die inhaltliche Qualität der Arbeit unterscheiden sich die Regionen allerdings kaum. Eine genauere Analyse zeigt aber, dass es insbesondere die strukturelle Integration ist, die in den westdeutschen Regionen besser erreicht wird als in den ostdeutschen.

Lokale Aktionspläne wirken positiv auf lokale Problemlagen ein.

Die feststellbaren Wirkungen Lokaler Aktionspläne auf das kommunale Gemeinwesen beziehen sich auf unterschiedliche Problemlagen. Als nachfolgend dargestellte wirkungsrelevante Problemlagen sind dabei keineswegs ausschließlich 1) manifeste Erscheinungsformen von Rechtsextremismus anzusehen, sondern auch dessen Ursachen und die Bearbeitung seiner Entstehungsbedingungen. Darüber hinaus stehen auch 2) Demokratiedistanz und Politikverdrossenheit, 3) interkulturelle und interethnische Konflikte sowie 4) sozial und sozialräumlich induzierte Problemlagen im inhaltlichen Fokus der geförderten Lokalen Aktionspläne.



Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (ISS/Camino), Angaben der Koordinierungsstellen 2013.

Trotz der breit angelegten und präventiv ansetzenden Handlungsstrategien Lokaler Aktionspläne ist auffällig, dass sie im Wirkungsbereich der Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus besonders deutliche Impulse geben und die ausgeprägtesten Wirkungen erbringen. Im Gefolge der konzertierten Auseinandersetzung mit lokalen Problemlagen befördern Aktionspläne zunächst grundsätzlich die Sensibilisierung der kommunalen Akteure und die Situationskenntnis über lokale Ausprägungen von Rechtsextremismus. Mit dieser systematischen Auseinandersetzung geht oftmals auch eine verstärkte öffentliche Positionierung lokaler Akteure einher.

Weiterhin befördern Lokale Aktionspläne auch die Aktivierung und Vernetzung der Akteure im Themenfeld sowie weiterer Unterstützer/innen. Bestehende Bürgerbündnisse werden in ihren Aktivitäten bestärkt und unterstützt. Kommunen mit Lokalen Aktionsplänen verzeichnen daher eine erheblich gesteigerte Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit gegenüber rechtsextremen Vorfällen und Ereignissen: Es entwickelt sich eine Kultur des Hinschauens. Obschon Lokale Aktionspläne von Akteuren aus Zivilgesellschaft und Kommune gemeinsam getragen werden, lassen sich insbesondere bei zivilgesellschaftlichen Netzwerken und auch Trägern erhebliche Fortschritte ihrer Auseinandersetzung verzeichnen.

Die direkte Auseinandersetzung mit Formen des manifesten Rechtsextremismus betten Lokale Aktionspläne oftmals in eine umfassend angelegte Förderung demokratischer Orientierungen und der Anerkennung demokratischer Verfahren ein. Dazu gehört auch die Umsetzung und Gestaltung partizipativer Prozesse, die insbesondere bei zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen, bei Trägern aber auch im Schulbereich zu Kompetenzgewinnen und wachsendem Know-how in Sachen demokratischer Beteiligung beitragen.

Die Vermittlung demokratischer Orientierungsmuster und Einstellungen spielt sich darüber hinaus wesentlich auf der individuellen Ebene der erreichten Zielgruppen und Projektteilneh-

mer/innen ab. Auch wenn die Projekte der Lokalen Aktionspläne nicht zwingend zu einer generellen Erhöhung der Beteiligungsbereitschaft der Teilnehmer/innen führen, vermitteln sie positive Erfahrungen einer aktiven Teilhabe und verbessern das Verständnis der Zielgruppen für demokratische Strukturen und Prozesse. Lokale Aktionspläne tragen damit nicht nur zur Abwehr von antidemokratischem Rechtsextremismus bei, sondern leisten in mehrfacher Hinsicht einen produktiven Beitrag zur Entwicklung lokaler Demokratie, zur Belebung und attraktiven Ausgestaltung der politischen Kultur und zur Beförderung demokratischer Sozialisationsprozesse.

Neben der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Demokratiedistanz steht die positive Gestaltung interkultureller und interethnischer Beziehungen im Fokus Lokaler Aktionspläne. Die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten unterschiedlicher Gruppen gehört zu den am weitesten verbreiteten und erfolgreich umgesetzten Handlungselementen - damit werden im Sinne der sogenannten Kontakthypothese wichtige Voraussetzungen zum Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungsstrukturen auf lokaler Ebene geschaffen. Nicht zu unterschätzen ist auch die Entwicklung von konkreten Angeboten zur sozialen Teilhabe für Personen mit Migrationshintergrund. Im Hinblick auf interkulturelle Fragen ist aber auch hervorzuheben, dass Lokale Aktionspläne lokale Akteure oftmals zur verstärkten öffentlichen Positionierung zugunsten von Vielfalt und Toleranz bewegen. Für das gesellschaftliche Meinungsklima vor Ort ist das "Gesicht zeigen" von Repräsentant/innen der Kommune ein wichtiger Akt der Anerkennung interkultureller Arbeit und ein bedeutsames Zeichen für ein tolerantes Miteinander. Auch in verschiedenen lokalen Organisationen können Lokale Aktionspläne eine verstärkte interkulturelle Sensibilität verankern. In verschiedenen Fällen lässt sich darüber hinaus eine verstärkte Beteiligung und Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen verzeichnen, die Professionalisierungsprozesse anregt.

Insofern soziale und sozialräumliche Problemlagen einen Resonanzboden auch für rechtsextreme Akteure und Strategien darstellen, spielen sie auch in der Arbeit Lokaler Aktionspläne eine zumindest implizite Rolle. Die Akteure gehen dabei in der Regel von der realistischen Annahme aus, dass eine strukturelle Veränderung sozialräumlicher Problemlagen allein mit den Mitteln präventiv-pädagogischer Maßnahmen nicht zu erzielen ist. Im Zuge der Strategieentwicklung der Aktionspläne entwickelt sich aber die Aufmerksamkeit für die Bedarfe auch sozial benachteiligter Gruppen durch eine intensive Nutzung sozialräumlicher Analysen weiter. Oftmals können Lokale Aktionspläne auch Zugänge zu sozial benachteiligten Gruppen aufbauen oder erweitern, die durch bisherige Angebote nicht erreicht wurden.

Bemerkenswert sind neben diesen zielgruppenbezogenen Wirkungen strukturelle Effekte in sozial benachteiligten Gebieten. Der sozialraumbezogene und stark netzwerkorientierte Handlungsansatz der Aktionspläne bringt nämlich mit sich, dass häufig sogenannte "Viertelgestalter", also einflussreiche und anerkannte Personen aus sozial benachteiligten Gebieten, sowie dort verankerte Organisationen eingebunden, aktiviert und unterstützt werden. Lokale Aktionspläne stellen in diesen Fällen nicht nur erweiterte Angebote für sozial benachteiligte Zielgruppen bereit, sondern leisten einen substantiellen Beitrag zur Selbstorganisation und Integration entsprechender Gebiete.

Lokale Aktionspläne entwickeln situationsadäquate Handlungsstrategien.

Eine besondere Stärke Lokaler Aktionspläne besteht in ihrer genauen Abstimmung auf lokale Problemlagen, Bedarfe, Ressourcen und Netzwerke. Je nach örtlicher Situation ergeben sich damit auch unterschiedliche Handlungsstrategien, die wiederum spezifische Wirkungspotenziale aufweisen. Insgesamt sind durch multivariate Analyseverfahren insgesamt vier unterschiedliche Strategietypen identifiziert worden, die sich durch eine spezifische Kombination ihrer strategischen Zielsetzungen und der von ihnen umgesetzten Handlungsansätze unterscheiden.

In der Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus haben sich eine Strategie der öffentlichen Gegenwehr und die Strategie der gesellschaftlichen Aufklärung als besonders wirkungsvoll erwiesen. Die Strategie der öffentlichen Gegenwehr ist insbesondere in Regionen verbreitet, die einen hohen Problemdruck im Blick auf Erscheinungsformen des Rechtsextremismus aufweisen. Lokale Aktionspläne können hier auf eine breite Unterstützung seitens lokaler Akteure und kommunaler Spitzen zurückgreifen und verstehen sich in besonderem Maße als kollektive Akteure, deren Aktivitäten deutlich über die Förderung von Einzelprojekten hinausgehen. Das Setzen von Zeichen im öffentlichen Raum ist für diese Strategie besonders charakteristisch. Auch Lokale Aktionspläne mit einer Strategie der gesellschaftlichen Aufklärung weisen Problemlagen im Bereich des Rechtsextremismus auf, die aber weniger manifest ausfallen. Die entsprechenden Regionen weisen in Hinblick auf den Entwicklungsstand der Fachpraxis und der relevanten Netzwerke zumeist ein gutes Ausgangsniveau auf und konzentrieren sich auf ein zielgruppenorientiertes Vorgehen, in dessen Rahmen fachliche Angebote weiterentwickelt und enger miteinander verzahnt werden.

Lokale Aktionspläne, die eine **Strategie der demokratischen Beteiligung** verfolgen, erbringen demgegenüber insbesondere im Bereich der Auseinandersetzung mit Demokratiedistanz und Politikverdrossenheit sowie mit sozialen und sozialräumlichen Problemlagen besonders ausgeprägte Wirkungen. Diese Lokalen Aktionspläne sind insbesondere in strukturschwachen Regionen verbreitet, die mit Problemlagen im Bereich der Demokratiedistanz konfrontiert sind. Charakteristisch ist für diese Lokalen Aktionspläne, dass Netzwerke und Fachpraxis im Themenbereich des Programms nur eingeschränkt entwickelt sind. Die Lokalen Aktionspläne fokussieren daher in hohem Maße darauf, die vorhandenen Netzwerke und Akteure umfassend einzubinden und zusammenzuführen. Die intensive Umsetzung von Beteiligungs- und Partizipationsformaten dient nicht zuletzt dazu, Klärungs- und Findungsprozesse innerhalb des Aktionsplans zu gestalten.

In Regionen mit einer **Strategie der Förderung interkulturellen Zusammenlebens** spielt die Auseinandersetzung mit interkulturellen und interethnischen Problemlagen erwartungsgemäß eine besondere Rolle, und hier lassen sich dementsprechend einschlägige Wirkungen in besonderem Maße verzeichnen. Es handelt sich oftmals um sozial benachteiligte Quartiere, in denen die kommunalen Verwaltungen dem Aktionsplan starke Impulse geben. Ansätze zum interkulturellen Lernen und zur breit angelegten Toleranzförderung werden hier intensiv verfolgt und Migrantenorganisationen oftmals in die Strukturen der Aktionspläne eingebunden. Diesen Lokalen Aktionsplänen gelingt es daher in besonderem Maße, Anstöße zur interkulturellen Sensibilisierung sowohl in Richtung der Mehrheitsgesellschaft wie auch in Richtung ethnischer Gemeinschaften zu geben.

Lokale Aktionspläne befördern ein nachhaltiges Vorgehen vor Ort.

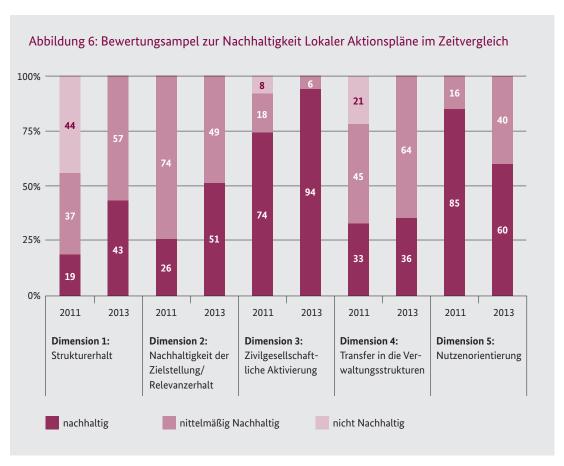
Die Analyse der Strukturen, Arbeitsweisen und Wirkungen Lokaler Aktionspläne belegt deren erhebliche Potenziale in der präventiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und verwandten Problemlagen. Der Vergleich mit Regionen, die keine Lokalen Aktionspläne umsetzen, demonstriert insbesondere, dass die Aktionspläne über eine systematischere Strategieplanung verfügen und eine anlassunabhängige Verstetigung des präventiven Vorgehens ermöglichen. Der Aspekt der Verstetigung besitzt zugleich weiterreichende systematische Relevanz. Insofern die Förderung im Rahmen des Bundesprogramms modellhaften Charakter hat und zeitlich befristet ist, stellt sich die Frage, inwieweit den kommunalen Akteuren eine nachhaltige Anlage der Lokalen Aktionspläne gelingt.

Die wissenschaftliche Begleitung versteht **Nachhaltigkeit als dynamischen Prozess**. Es geht nicht nur um die Aufrechterhaltung einmal etablierter Strukturen, sondern auch um deren Anlage in einer Form, die eine Berücksichtigung veränderter Kontextbedingungen erlaubt und gegebenenfalls auch mit aktiv eingeleiteten Strukturveränderungen einhergeht. Konzeptionell erweisen sich fünf Dimensionen als zentral: 1) der Strukturerhalt, also zum Beispiel die Fortführung der Gremien der Lokalen Aktionspläne, 2) Relevanzerhalt und Nachhaltigkeit der Zielstellung, also die Frage danach, inwieweit die thematische Auseinandersetzung – gegebenenfalls auch in anderen Kontexten – weitergeführt wird, 3) handlungswirksame Lernprozesse in der Zivilgesellschaft, also die Aktivierung und Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure, die gegebenenfalls auch eigenständige Aktivitäten anregen, 4) handlungswirksame Lernprozesse in der Verwaltung beziehungsweise Transfer in die Verwaltungsstrukturen – beispielsweise über die Anregung von Ämterkooperationen und die Verankerung der Themen in der Verwaltung – sowie 5) die Nutzenorientierung, also die Sicherung der Ergebnisse des Aktionsplans für eine weitere Verwendung.

In die Untersuchung der Nachhaltigkeit sind 84 beziehungsweise 83 Aktionspläne eingegangen, die bereits im Vorläuferprogramm VIELFALT TUT GUT gefördert und nunmehr zur Sicherung der Nachhaltigkeit in eine degressive Förderung von etwas geringerem Umfang aufgenommen wurden. **Zum Jahresende 2013** ist es fast allen Lokalen Aktionsplänen (94 %, 78) gelungen, vor allem die Zivilgesellschaft in ihren Förderregionen nachhaltig zu aktivieren. Deutliche Fortschritte werden zudem in den Dimensionen des "Strukturerhalts" (43 %, 37) sowie der "Nachhaltigkeit der Zielstellung/Relevanzerhalt" (51 %, 42) erreicht; hier sind die Anteile der nachhaltigen Aktionspläne im Jahr 2013 etwa doppelt so groß wie noch im Jahr 2012.

Die Entwicklung in der Dimension "Transfer in die Verwaltungsstrukturen" fällt im Zeitvergleich zwar ebenfalls positiv aus. Dennoch liegt der Anteil umfassend nachhaltiger Lokaler Aktionspläne in diesem Bereich auch 2013 relativ konstant bei nur einem Drittel aller Förderregionen (2012: 33 %, 28; 2013: 36 %, 30) und damit auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

Demgegenüber sollte eine auf den ersten Blick negative Entwicklung in der Dimension "Nutzenorientierung" (60 %, 50) mit Vorsicht interpretiert werden. Eine der drei Unterkategorien dieser Dimension – die "gezielte Weitergabe der Erfahrungen an neue Lokale Aktionspläne" – spielte im Jahr 2011 eine wichtigere Rolle als im Jahr 2013. Die rückläufige Tendenz in dieser Nachhaltigkeitsdimension reflektiert daher weniger Defizite der alten Aktionspläne als vielmehr



Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (ISS/Camino), Angaben der Koordinierungsstellen 2013.

einen verringerten Beratungsbedarf der neuen Lokalen Aktionspläne. Weiterhin erweist sich aber die große Mehrzahl der Aktionspläne in dieser Hinsicht als weitgehend nachhaltig. Die zusammenfassende Untersuchung aller nachhaltigkeitsrelevanten Aspekte erlaubt sowohl für den Beginn des Jahres 2012 wie auch für Ende 2013 die Unterscheidung von zwei Gruppen von Lokalen Aktionsplänen – nämlich "weitgehend nachhaltige" und "mittelmäßig nachhaltige" Lokale Aktionspläne. Im Zeitverlauf hat sich die nachhaltige Verankerung der Aktionspläne insgesamt verbessert, in Einzelfällen lassen sich aber auch rückläufige Entwicklungen verzeichnen. Während zu Beginn der ersten Förderphase 49% (41) der Lokalen Aktionspläne als "weitgehend nachhaltig" und 51% (43) als "mittelmäßig nachhaltig" eingestuft werden konnten, sind nunmehr 60% (50) "weitgehend nachhaltig" und 40% (33) "mittelmäßig nachhaltig". 19 Lokale Aktionspläne entwickelten sich zu "weitgehend" nachhaltigen Aktionsplänen, zehn verzeichnen rückläufige Entwicklungen zu "mittelmäßig" nachhaltigen Aktionsplänen.

Wie haben sich die Aktionspläne auf die veränderte Fördersituation eingestellt? Eine Analyse zu Beginn der Förderperiode hat gezeigt, dass die Lokalen Aktionspläne strukturelle und personelle Veränderungen und zum Teil auch Anpassungen in ihren Handlungsstrategien vorgenommen haben. Dabei wurden allerdings nur 15 (18%) "aktiv transformative" Lokale Aktionspläne identifiziert, wo umfassende strukturelle Anpassungen mit dem Einwerben von zusätzlichen Mitteln einhergingen. Der größte Teil der Lokalen Aktionspläne (82%, 69) gehörte zum Typ der "reaktiv transformativen" Lokalen Aktionspläne, weil sie den Rückgang der Bundesförderung im Jahr 2011 nahezu ausschließlich über die Reduzierung der Anzahl oder Fördermittel für die Projekte kompensiert haben.

Weitgehend nachhaltige Lokale Aktionspläne akquirieren zusätzliche Fördermittel, planen auch nach Auslaufen des Bundesprogramms eine Koordinierungsstelle, das Ämternetzwerk und/oder den Begleitausschuss aufrechtzuerhalten, aktivieren lokale Gremien, Bündniss beziehungsweise Organisationen zur mittelfristigen Bearbeitung der Themenstellungen der Aktionsplans und zeichnen sich durch eine erfolgreich etablierte Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren vor Ort aus.

Gelingensbedingungen pädagogischer Einzelmaßnahmen in Lokalen Aktionsplänen im Rahmen des Bundesprogramms

Eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit pädagogischen Handelns ist die Akzeptanz der Angebote durch die Zielgruppen. Aussagen dazu, inwieweit diese Wirkungsvorbedingung in pädagogischen Einzelprojekten der Lokalen Aktionspläne gegeben ist, liefert eine bundesweite, standardisierte Feedbackbefragung von Adressat/innen dieser Maßnahmen, die von der Programmevaluation durchgeführt wurde.

Neben der Akzeptanz (Zufriedenheit) mit den Angeboten wurde der subjektiv wahrgenommene Lernzuwachs (Wissen und Kompetenzen) sowie die Alltagsorientierung der Projekte erhoben. Als wichtige Einflussfaktoren für gelingende Bildungsprozesse wurde zudem erfasst, inwieweit die Teilnahme an den Projekten auf freiwilliger Basis erfolgte und ob die Bedürfnisse der Teilnehmenden ausreichend berücksichtigt wurden.

Einzelprojekte der Lokalen Aktionspläne bilden eine vielfältige und heterogene Praxislandschaft.

Für den Zeitraum November 2011 bis April 2014 liegen Feedbackbögen von ca. 4.060 Teilnehmenden aus rund 290 Einzelprojekten aus dem gesamten Bundesgebiet vor. Der überwiegende Teil der Projekte (67 %) arbeitete mit Jugendlichen im Alter von zwölf bis 19 Jahren. Ein weiteres Viertel schulte Erwachsene, die älter als 27 Jahre waren und in der Regel eine Multiplikatorenfunktion innehatten. Neun Prozent der Teilnehmenden waren junge Erwachsene im Alter von 20 bis 27 Jahren. Die Vielfalt der Themen des Bundesprogramms spiegelte sich in der inhaltlichen und methodischen Ausrichtung der Projekte wider. Ansätze des sozialen und interkulturellen Lernens, der Friedens-, Demokratie- und Menschrechtserziehung sowie sozialpädagogische Ansätze wurden am häufigsten umgesetzt. Verbreitet waren zudem gewaltpräventive, kulturpädagogische und partizipative Ansätze sowie Angebote des antirassistischen und politischhistorischen Lernens.

Die Einzelprojekte der Lokalen Aktionspläne werden von den Teilnehmenden insgesamt positiv beurteilt.

Die insgesamt positive Sicht der Teilnehmenden auf die besuchten Projekte äußerte sich in einer entsprechenden Bewertung der Inhalte, der Gestaltung und des Ablaufs mit der Schulnote 1,9 (Durchschnitt aller Teilnehmenden). Die hohe Zufriedenheit mit den besuchten Angeboten spiegelte sich außerdem in der Frage zur Weiterempfehlung der Projekte wider: Mehr als drei Viertel der Befragten würden anderen zur Teilnahme an der von ihnen besuchten Veranstaltung raten. Hinsichtlich des Lernzuwachses berichteten 85 %, etwas Neues gelernt zu haben, und 72 %

konnten das erworbene Wissen auch im Alltag anwenden. Dies lässt den Schluss zu, dass es den Projekten überwiegend gelang, einen alltagsweltlichen Bezug herzustellen (Prinzip der Alltagsorientierung). Ferner stimmten etwa 68% der Teilnehmenden der Aussage zu, sich "zukünftig bei Problemen vor Ort besser als vorher verhalten" zu können (Prinzip der Handlungs- und Lebensweltorientierung).

Die Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse der Teilnehmenden ist zentral für die Akzeptanz und Bewertung von Einzelprojekten.

Dieses Ergebnis wurde auch durch qualitative Untersuchungen im Bereich der Modellprojekte bestätigt. Die Möglichkeiten zur Partizipation (freiwillige Teilnahme, Eingehen auf Wünsche und Bedürfnisse) beeinflussten die Bewertung der Maßnahmen und den eigenen Lernerfolg positiv. Den größten Einfluss hatte dabei, ob den Wünschen und Bedürfnissen der Teilnehmenden während der Projektumsetzung Beachtung geschenkt wurde.

5.2 Modellprojekte

Modellprojekte aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht

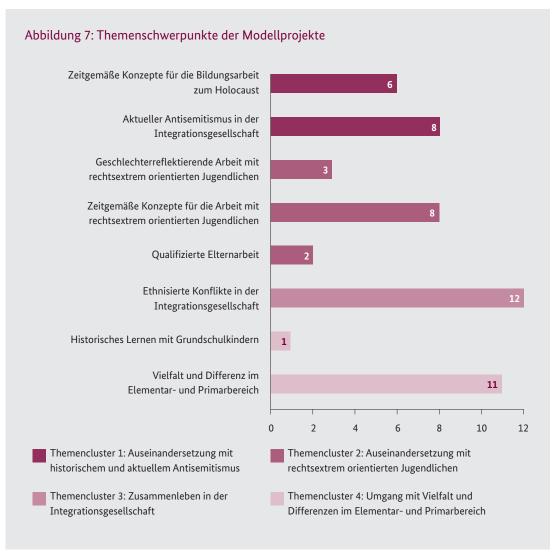
Die wissenschaftliche Begleitung im Programmbereich Modellprojekte hat den Auftrag, wirksame Ansätze der Prävention von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu identifizieren und die Entwicklung der geförderten Modellprojekte nachzuzeichnen. Es kommen unterschiedliche Methoden zum Einsatz, um das Vorgehen, die Entwicklung und auch die Ergebnisse zu erfassen. So wurden die Konzepte der einzelnen Modellprojekte sowie weitere wichtige Dokumente analysiert und jedes Projekt vor Ort aufgesucht. Während dieser Besuche fanden leitfadengestützte Interviews, in den meisten Fällen auch Beobachtungen von Projektaktivitäten statt. Außerdem beteiligten sich alle Modellprojekte zu drei unterschiedlichen Zeitpunkten an einer Online-Befragung zu ihrer Entwicklung. Am Ende der Laufzeit wurden telefonische Interviews mit den Projektleitungen zu deren Nachhaltigkeitsstrategien durchgeführt. Eine zentrale Bedeutung haben außerdem zweitägige Workshops, die jeweils im Herbst 2012 und 2013 mit Vertreter/innen aller beteiligten Modellprojekte erfolgten.

Zusätzlich werden 16 Modellprojekte intensiv begleitet und auf Wirkungen hin untersucht. Zunächst wurden hierbei auf der Grundlage einer Gruppenerhebung die Wirkannahmen aus Projektteamsicht rekonstruiert und diese in einem nächsten Schritt aus Zielgruppensicht überprüft. Anschließend wurden die entstandenen Wirkmodelle gemeinsam mit den Modellprojektteams reflektiert und mit deren Erfahrungen angereichert. Die vergleichende Analyse aller Wirkstudien fließt in die folgende Zusammenfassung der Ergebnisse ein.

Modellprojekte agieren zu verschiedenen Schwerpunkten.

Die 51 wissenschaftlich begleiteten Modellprojekte entwickeln und erproben zu insgesamt vier Haupt- und acht Unterthemen innovative Handlungsansätze für die pädagogische Praxis. 14 Modellprojekte, dem Themencluster 1 zugehörig, arbeiten zur Antisemitismusprävention. Sechs von ihnen entwickeln schwerpunktmäßig zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus, die anderen (insgesamt acht) erproben innovative Bildungs- und

Begegnungsformate zur Beschäftigung mit aktuellen Formen des Antisemitismus. Weitere 13 Modellprojekte setzen sich unter verschiedenen Schwerpunkten mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen auseinander (Themencluster 2). Die meisten von ihnen, insgesamt acht, erproben Strategien, um neuen Aktions- und Agitationsformen von rechtsextremen Organisationen und Gruppierungen begegnen zu können. Im Zentrum von drei weiteren Modellprojekten steht eine Rechtsextremismusprävention, die die Reflexion von Geschlechterrollen unterstützt. Außerdem entwickeln zwei Modellprojekte gezielt Unterstützungsformen für Eltern und weitere Familienangehörige von rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Unter dem Titel Zusammenleben in der Integrationsgesellschaft (Themencluster 3) entwickeln und erproben zwölf Modellprojekte innovative Bildungs- und Präventionsangebote zur Bearbeitung verschiedener Konfliktlinien in der Integrationsgesellschaft. Die Modellprojekte regen dazu an, einen konstruktiven Umgang mit Konflikten zu finden, denen ethnisch-kulturelle Zuschreibungen unterliegen. Unter dem Themenschwerpunkt Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich (Themencluster 4) beschäftigen sich insgesamt elf Modellprojekte mit neuen Ansätzen für interkulturelles und interreligiöses Lernen in Kindergarten und Grundschule. Ein weiteres Projekt entwickelt einen innovativen Ansatz zum historischen Lernen für Grundschulkinder.



Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (Univation)

Innovationen für die pädagogische Praxis

Modellprojekte haben den Auftrag, Innovationen zur Prävention zu erproben und sollen einen impulsgebenden Charakter für die Regelinstitutionen der Kinder- und Jugendhilfe haben.

Für die Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus (Themencluster 1) besteht ein Innovationsschwerpunkt in der neuartigen Einbeziehung verschiedener Medien. So werden neue Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten des Web 2.0 genutzt und Jugendliche darin angeleitet und begleitet, selbstständig Filme zum Thema Antisemitismus zu erstellen. Daneben erproben Modellprojekte weitere jugendgerechte, künstlerische Ausdrucksformen (Graffiti, Rap), um eine Auseinandersetzung mit antisemitischen Einstellungen und Verhaltensweisen zu ermöglichen. Auch jugendgerechte Ausstellungen, die historisches Material und biografische Reflexionen verknüpfen, werden als Medium erprobt. Jugendlichen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen begegnen sich in neuartiger Weise.

In einigen Fällen erarbeiten Modellprojekte didaktische Konzepte und Materialien zur Bearbeitung von Antisemitismus und seinen verschiedenen Entstehungshintergründen. Weitere Modellprojekte entwickeln und erproben neue Qualifizierungs- und Begleitformen für pädagogische Fachkräfte, zum Beispiel aus der offenen Jugendarbeit, wie Elemente von Supervision oder Praxisbegleitungen zum Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ebenfalls auf neuartige Weise einbezogen wird der Sozialraum von Jugendlichen; etwa darüber, dass Kleinstädte zum Forschungsraum erklärt werden, in dem Jugendliche Ereignisse der Shoah recherchieren.

Ein Experimentierfeld zur Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen (Themencluster 2) ist die Verknüpfung von Rechtsextremismusprävention mit geschlechtersensiblen Handlungsstrategien. Mehrere Modellprojekte entwickeln und erproben thematische Qualifizierungskonzepte für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Ein Modellprojekt erarbeitet ein modulares Bildungsprogramm für bildungsschwache, verhaltensauffällige Jugendliche und kombiniert dabei unterschiedliche Methoden (unter anderem konfrontative und mediative Verfahren, Ansätze aus der Medienpädagogik und historisch-politische Bildungskonzepte). Ein weiteres Modellprojekt erprobt Elemente der Jugendsozialarbeit und der akzeptierenden Jugendarbeit im ländlichen Raum mit rechtsextrem orientierten Gruppen an formellen und informellen Treffpunkten. Auch die Potenziale des Internets zur Rechtsextremismusprävention werden ausgelotet. Ein Modellprojekt schaltet sich in Social Media Debatten rechtsorientierter Jugendlicher ein, ein anderes erarbeitet Online-Beratungsangebote für deren Eltern.

Weitere innovative Ansätze bietet die Rechtsextremismusprävention in Sportvereinen, auch werden Konzepte zur Arbeit mit (rechtsextrem) straffällig gewordenen jungen Menschen entwickelt und erprobt. Schließlich ist der Ansatz eines Modellprojekts hervorzuheben, der durch den Aufbau eines Zentrums für demokratische Bildung Strukturen entwickelt, die langfristig durch zivilgesellschaftliche Akteure genutzt werden sollen, um demokratiefördernde Aktivitäten planen und initiieren zu können.

In der innovativen Bearbeitung von Konflikten, denen ethnisch-kulturelle Zuschreibungen zugrunde liegen (Themencluster 3), spielen unterschiedliche Medien eine wichtige Rolle.

Zur thematischen Bearbeitung von Vorurteilen und Werten, zur Förderung von Vielfalt und Demokratie knüpfen die Modellprojekte an die Medieninteressen der Jugendlichen an. Einige verknüpfen verschiedene Methoden, wie beispielsweise Medien- mit Erlebnispädagogik, Diversity-Ansätze und Sporttraining (Jiu-Jitsu) mit biografischen Ansätzen. Ein Modellprojekt kombiniert digitale Porträts mit realen Begegnungen zwischen Jugendlichen, um Zuschreibungen sowie Selbst- und Fremdbilder zu hinterfragen. Zusätzlich stoßen einige Modellprojekte Organisationsentwicklungsprozesse in Schulen und Jugendämtern an, die eine Sensibilisierung für Vielfalt und eine neue Konfliktkultur schaffen sollen. Ein Modellprojekt initiiert ein kommunal und zivilgesellschaftlich vernetztes Bildungs- und Begegnungsangebot in einer muslimischen Begegnungsstätte. Nicht zuletzt werden innovative Wege des Aufbaus von Netzwerken entwickelt, bei denen neue Formen der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen entstehen. Schließlich adaptiert ein Modellprojekt bestehende Konzepte für interkulturelle Kompetenz-Trainings für eine Region mit einer geringen Zugewandertenquote und die Peer-Mediation wird aus dem schulischen Kontext in den Stadtteil übertragen.

Für den Elementar- und Primärbereich (Themencluster 4) entwickeln mehrere Projekte neue Konzepte für eine auf Vielfalt ausgerichtete Organisationsentwicklung in Kitas und Grundschulen, um damit bereits frühzeitig diskriminierendem Verhalten und rechtsextremen Entwicklungen vorbeugen zu können. In einem Modellprojekt werden durch die Reflexion der pädagogischen Arbeit mit Grundschulkindern Hinweise zur (früh-)kindlichen Entstehung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gewonnen. Über die Kooperation mit Universitäten wird angestrebt, den bestehenden Wissensstand bezüglich der Genese von Einstellungen zur Differenz um diese Ergebnisse zu erweitern.

Einige Modellprojekte erarbeiten innovative Bausteine zur Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte verschiedener Einrichtungen zu einem differenzsensiblen Umgang mit Diskriminierung. Außerdem werden Konzepte der Demokratieförderung für die bislang wenig adressierte Zielgruppe der sechs- bis zwölfjährigen erprobt. "Service Learning" sowie der Anti-Bias-Ansatz werden aufgegriffen und auf die Grundschule übertragen. Mehrere Projekte unterstützen eine Öffnung der Einrichtungen in den Sozialraum, sowohl gegenüber Vereinen, Initiativen und anderen Projekten als auch gegenüber Eltern. Ein Modellprojekt qualifiziert und begleitet jugendliche Mentor/innen als positive Identifikationsfiguren für Kinder mit Migrationshintergrund. Ein weiteres erprobt die Verknüpfung von theaterpädagogischen Ansätzen, forschendem Lernen und biografischem Arbeiten zur Geschichte von Migration.

Identifizierte Wirkzusammenhänge

Zur Prävention von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit setzen die Modellprojekte themenübergreifend auf eine ausgewogene Mischung aus Sensibilisierung, Wissensvermittlung und Aufklärung, auf das Öffnen neuer, positiver Erfahrungsräume, auf Persönlichkeitsstärkung und auf die Erweiterung von Kompetenzen. Sie fördern eine Sensibilisierung für historische und aktuelle Formen von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie vermitteln historisches Wissen und regen dazu an, Verbindungen zwischen der Geschichte und eigenen Lebenserfahrungen herzustellen. Auch vermitteln die Modellprojekte interkulturelle Kompetenzen, Partizipationsmöglichkeiten und Fähigkeiten zum konstruktiven Umgang mit Konflikten. Sie befähigen zur kompetenten und kritischen Nutzung

von Medien und machen die Chancen einer vielfältigen Gesellschaft sichtbar. Modellprojekte fördern außerdem die Bildung von stabilen Netzwerken und setzen Impulse für eine vorurteilsbewusste Fachlichkeit und eine stabile Verankerung von Wissensbeständen.

Aus der intensiven Begleitung von 16 Modellprojekten und der vergleichenden Analyse aller erhobenen Daten lassen sich allgemeine Prinzipien eines resilienzfördernden pädagogischen Handelns ableiten. Soll die Prävention von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit erfolgreich sein, dann muss eine Orientierung an den Ressourcen von Beteiligten, die Förderung der sozialen Integration, das Schaffen einer positiven Identifikation und die Förderung von Selbstwirksamkeitserfahrungen gelingen. Denn wer sich in andere hineinversetzen kann und sich der eigenen Gestaltungsspielräume bewusst ist, erkennt die Stärke in sich selbst und nicht in der Feindschaft und Abgrenzung zu (und Abwertung von) anderen. Zusammenfassend und stark vereinfacht lässt sich ein allgemeines Präventionsmodell wie in der Abbildung darstellen.



Quelle: Wissenschaftliche Begleitung (Univation).

Bedarfsorientierung initiiert Beteiligung.

In der Regel begegnet die Praxis vielfältigen Widerständen und Abwehrmechanismen gegen eine Beschäftigung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und der Auseinandersetzung mit eigenen Vorurteilen. Einzelne Personen und Einrichtungen können vor allem dann für eine aktive Beteiligung an Projektangeboten gewonnen werden, wenn bedarfsgenaue Angebote umgesetzt werden. Hierzu nutzen die Modellprojekte verschiedene Strategien. Zunächst sind mündliche und schriftliche Erwartungsabfragen oder umfangreiche Situationsanalysen im Vorfeld zu nennen, die dann zur Grundlage der weiteren Angebotsplanung werden. Gerade wenn schwer zu erreichende Zielgruppen angesprochen und einbezogen werden sollen, sind passgenaue Wege zu gehen. Projektmitarbeitende, mit denen sich Zielgruppen identifizieren können oder die ihre Sprache sprechen, stellen hierbei einen besonderen Erfolgsfaktor dar. Manchmal benötigen Modellprojekte auch ergänzende attraktive Angebote, die zum Mitmachen motivieren, wie beispielsweise die Arbeit mit interessanten Medien oder aktuelle fachliche Impulse; Sportvereine können durch die Kooperation mit einem Modellprojekt Nachwuchs mobilisieren, Einrichtungen erfahren eine sichtbare fachliche Aufwertung.

Die Orientierung am Bedarf von Teilnehmenden steht nicht nur am Anfang der Projektarbeit. Sie bedeutet auch, in der Umsetzung die Anliegen der Teilnehmenden konsequent zu berücksichtigen. Notwendigerweise müssen die Angebote also so konzipiert sein, dass sie die Anliegen der Beteiligten flexibel aufgreifen können. So bearbeiten zum Beispiel Beratungs- und Begleitungsprojekte von Jugendfreizeiteinrichtungen aktuelle Vorfälle oder Konflikte und Projekttage mit Jugendgruppen greifen flexibel deren augenblickliche Probleme auf.

Selbstverständlich stellt es hohe Anforderungen an die Modellprojektteams, den eigenen Auftrag der spezifischen Prävention immer in Einklang mit den Erwartungen der Teilnehmenden zu bringen. Hierbei erweist es sich als notwendig, Auftrag und Anliegen von Beginn an deutlich zu kommunizieren.

Wertschätzung und Ressourcenorientierung ermöglichen Lernen.

Erwachsene und Kinder lassen sich dann auf Lern- und Veränderungsprozesse ein, wenn sie auf eine Umgebung stoßen, die sie willkommen heißt. Dies trifft in besonderer Weise bei Lerngegenständen wie der selbstkritischen Reflexion von Vorurteilen zu. Die Modellprojekte realisieren diesen Anspruch durch ansprechend gestaltete Räume, durch eine zielgruppengerechte Ansprache – auch in internetbasierter Kommunikation – sowie durch eine grundsätzlich wertschätzende Grundhaltung von Projektmitarbeitenden. Dies bewirkt, dass sich die Zielgruppen wertgeschätzt und respektiert fühlen. Die ihnen entgegengebrachte Wertschätzung führt dazu, dass sie den Projektangeboten, -räumen und -mitarbeitenden ebenso respektvoll begegnen und sich auf die Prozesse einlassen.

Eine spezifische Form der Wertschätzung besteht darin, die Ressourcen, die die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mitbringen, anzuerkennen und in die Lernprozesse miteinzubeziehen. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und mit Konflikten, die durch ethnischkulturelle Zuschreibungen unterlegt sind, gelingt, wenn die Teilnehmenden als Expert/innen für ihre Religionen, Kulturen, Geschichten und Erfahrungen gefordert und einbezogen werden.

So stellen sich beispielsweise Jugendliche aus unterschiedlichen muslimischen und einer jüdischen Gemeinde gegenseitig die Geschichte und Rituale ihrer Religionen vor. Das Erlebnis als Expert/in akzeptiert zu sein, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, sich auch für andere Religionen offen interessieren zu können.

Für Erwachsene gilt dieses Prinzip ebenso: Die Reflexion eigener Vorurteile gelingt eher, wenn sich die Beteiligten positiv an- und aufgenommen und mit ihren Kompetenzen wertgeschätzt fühlen. Hinzu kommt, dass sie auch aus einem ressourcenorientierten Blick auf die Kinder und Jugendlichen, für die sie als pädagogische Fachkräfte oder Eltern verantwortlich sind, Nutzen ziehen können. Sie entdecken neue Fähigkeiten und Stärken, die ein neues Miteinander begründen können.

Perspektivwechsel führt zu Reflexion.

Reflexionsprozesse über eigene Vorurteile, Rassismen und eigenes diskriminierendes Verhalten sind für alle Zielgruppen herausfordernd. Neben den zuvor genannten ressourcenorientierten und wertschätzenden Herangehensweisen nutzen die Modellprojekte verschiedene Strategien, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene anzuregen, andere Perspektiven einzunehmen. Perspektivwechsel werden beispielsweise durch Rollenspiele oder einen Rollentausch angeleitet.

In einem Modellprojekt lassen sich Lehrkräfte von ihren Schüler/innen deren Sozialraum aus Kinderperspektive zeigen. Auf diese Weise werden einerseits die Kinder zu Expert/innen ihres Sozialraums und gleichzeitig sind die Lehrkräfte für die Sichtweise und den Lebensraum der Kinder sensibilisiert.

Selbstverständlich müssen ausgelöste Irritationen auch wieder aufgefangen werden. Die Modellprojekte nutzen dabei moderierende Elemente, steuern nützliche Wissensbestände bei oder beziehen einfach selbst klar Position. Einige Modellprojekte begleiten Fachkräfte und Teams in der Erarbeitung eines tragfähigen, klaren Handlungskonzepts im Umgang mit rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen.

Lebensweltbezug und emotionale Beteiligung befördern Empathie.

Bei der Vermittlung von Wissen und dem Erarbeiten von alternativen Handlungsoptionen ist es wichtig, an die alltäglichen Erfahrungen der Beteiligten anzuknüpfen. Die Modellprojekte wählen diesen Zugang zum Lernen auf vielfältige Art und Weise. Das Spektrum reicht vom angeleiteten biografischen Lernen über Erkundungen zur nationalsozialistischen Geschichte des Sozialraums, in dem Jugendliche aufwachsen, bis hin zur – durchaus auch spielerischen – Thematisierung von eigenen Diskriminierungserfahrungen.

Dadurch, dass die Lebens- und Erfahrungswelt der Teilnehmenden miteinbezogen wird, ist eine emotionale Beteiligung am Lernprozess vorbereitet. Neue Wissensbestände können nachhaltiger verankert werden, gleichzeitig ermöglicht das emotionale Lernen auch die Förderung von Empathie. In einem Modellprojekt bringen Kinder wichtige Gegenstände aus der Familie mit, die für deren Migrationsgeschichte stehen. Sie erzählen ihre Familiengeschichte und wecken damit das Interesse von Mitschüler/innen die mehr erfahren wollen und Anteil nehmen.

Selbstwirksamkeit befördert demokratisches Verhalten.

Sollen demokratische Kompetenzen erworben und rechtsextremen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Einstellungen und Handlungen vorgebeugt werden, so ist das Wissen darum, dass das eigene Verhalten auf andere im positiven wie im negativen Sinne wirkt, von zentraler Bedeutung. Deswegen schaffen die Modellprojekte Gelegenheiten dafür, dass die Zielgruppen diese Selbstwirksamkeit erfahren können. Beispielsweise ermöglichen sie es, demokratische Entscheidungsfindungen einzuüben und darauf basierend die eigene Umgebung nach eigenen Bedürfnissen umzugestalten. In einer selbstentworfenen Medienkampagne zur Toleranzerziehung erfahren Jugendliche, wie sie sich eine Position erarbeiten und diese auch in die Öffentlichkeit hineintragen können. Ansätze, die Jugendliche vorbereiten und darin begleiten, als Botschafterinnen und Botschafter für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Antisemitismus aktiv zu werden, in Internetforen mit rechtsorientierten Jugendlichen zu diskutieren oder als positive Vorbilder für Kinder zu dienen, bieten den Jugendlichen die Chance zu erleben, wie sie die Gesellschaft positiv und demokratisch mitgestalten können.

Neben dem Erleben von Selbstwirksamkeit erhalten die Teilnehmenden vielfältige Chancen zur Aneignung von Kompetenzen. Diese reichen von der Fähigkeit, sich eine Position zu erarbeiten und diese zu kommunizieren, über Projektplanungs- und Projektdurchführungskompetenzen, sowie die Nutzung und Gestaltung von Medien bis hin zur kritischen Rezeption von Medien. Die neuen Fähigkeiten werden gefestigt, indem die Modellprojekte diese Stärken bewusst machen.

Erfahrungen und Ergebnisse wirken nachhaltig.

Die Modellprojekte nutzen zahlreiche Wege, um die Erfahrungen und Erkenntnisse, die sie im Rahmen der Modellprojektphase sammeln, zu verbreiten. Eine der wichtigsten Strategien ist es, Wissen und Kompetenzen an Multiplikator/innen weiterzugeben, die über die Modellprojektlaufzeit hinaus zur Prävention von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit beitragen können.

Daneben bereiten die Modellprojekte für Kooperationspartner und die Fachöffentlichkeit die Ergebnisse der Erprobungszeit auf. In der Regel werden Fachveranstaltungen durchgeführt sowie Arbeitsmaterialien, Methodensammlungen, Handlungsempfehlungen, Leitlinien und Projektdokumentationen angefertigt und veröffentlicht. Nicht zuletzt sind zahlreiche Modellprojekte bereits konzeptionell darauf ausgerichtet, solche Instrumente und Medien zu schaffen, die auch unabhängig vom Modellprojekt weiter genutzt werden können. Hierbei zu nennen sind Internetportale mit Zeitzeugeninterviews oder historische Kurzvideos, Medienkampagnen, von Jugendlichen oder Erwachsenen erstellte Filme, Radiointerviews, Dauer- und Wanderausstellungen und vieles mehr. In der Modellprojektphase entstehen zahlreiche Kooperationsbeziehungen und Netzwerke, die voraussichtlich auch über die Förderphase hinaus Bestand haben werden. Eine weitere Strategie zur nachhaltigen Wirkung der Modellprojekte besteht darin, Ergebnisse so aufzubereiten, dass sie in die Konzepte, Curricula und Leitbilder von Einrichtungen und Trägern oder in Qualitätsstandards (zum Beispiel der Jugendarbeit) einfließen können.

Allerdings ist die Verstetigung von Angeboten auch herausfordernd für die Träger: Die Beschaffung von Anschluss- beziehungsweise Alternativfinanzierungen bleibt aufgrund der unzurei-

chenden Strukturen zur Regelfinanzierung von Präventionsarbeit ein ungelöstes Problem. Zur Fortführung von Angeboten werden Fördermittelanträge bei Stiftungen und Unternehmen und bei potenziellen Förderern auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene eingereicht. Modell-projektträger versuchen auch, ihr Angebot auf eigene Kosten, über Teilnehmendenbeiträge oder über ehrenamtlich Tätige fortzuführen. Allerdings können häufig – vor allem die personalintensiven – Angebote nur in reduzierter Form aufrechterhalten werden.

Prävention wirkt durch vernetztes Handeln.

Für die Entwicklung und Erprobung von Präventionskonzepten und deren Nachhaltigkeit lassen sich Gelingensbedingungen identifizieren. Von zentraler Bedeutung ist ein vernetztes Vorgehen. Die Vernetzung auf regionaler und fachlicher Ebene sorgt dafür, dass bedarfsgerechte Angebote entstehen, die fachlich reflektiert und somit qualitativ hochwertig sind. Die Modellprojekte nutzen dabei ihre Kontakte zur Wissenschaft, zu Akteuren vor Ort und in die Regelstrukturen hinein. Gerade der fachliche Austausch im Rahmen der Workshops der wissenschaftlichen Begleitung offenbarte das Potenzial vernetzter Lernprozesse. Da Kooperationspartner häufig als Multiplikatoren wirken, bildet eine gute Vernetzung die Voraussetzung dafür, dass die gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse verbreitet und über die Modellphase hinaus genutzt werden.

Modellprojekte bieten innovative Antworten auf neue Herausforderungen.

Modellprojekte sind unverzichtbar, wenn Regelstrukturen mit neuen Anregungen zur Prävention von rechtsextremistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Tendenzen versorgt werden sollen. Ihre besondere Leistung besteht darin, dass sie Antworten auf neue Herausforderungen in sich ständig verändernden Kontexten finden und damit Impulse für die Regelpraxis setzen. Sie entwickeln innovative Lösungen für herausfordernde Arbeitsfelder und finden neue Zugänge für schwierig zu erreichende Zielgruppen. Gleichzeitig können sie als Seismographen für neue Entwicklungen dienen. Auch an der Schnittstelle für die wissenschaftliche Bearbeitung liefern sie wichtige Anregungen. Dies alles macht sie unverzichtbar für die Prävention von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

5.3 Landesweite Beratungsnetzwerke

Die Leistungen und Resultate des Bundesprogramms im Handlungsfeld landesweite Beratungsnetzwerke können für zwei Ebenen systematisiert werden: zum einen für die Landesberatungssysteme beziehungsweise -strukturen und die dort umgesetzten Qualitätsentwicklungsprozesse, zum anderen für die Ebene des operativen Beratungshandelns der Opferberatungen und Mobilen Beratungsteams.

Für die Programmperiode lassen sich in den Beratungsnetzwerken der Bundesländer folgende Hauptentwicklungslinien nachzeichnen:

- Die Beratungsstrukturen der Mobilen Beratung und der spezialisierten Opferberatung haben sich in den meisten Bundesländern als fester Bestandteil der Angebotsstruktur im Handlungsfeld etabliert.
- I Alle Beratungsnetzwerke haben erfolgreich Qualitätsentwicklungsprozesse durchlaufen und entsprechende Instrumente sowie Verfahren erarbeitet und implementiert. Mit dem Ende der

laufenden Programmperiode haben von den 16 Bundesländern acht eine Qualitätstestierung nach KQB (Kundenorientierte Qualitätstestierung für Beratungsorganisationen) absolviert, zwei eine gegenseitige "Visitation" im Tandemverfahren und fünf ein Begutachtungsverfahren durch die (vom Programm beauftragte) "externe Beraterin", die gsub-Projektegesellschaft.

In allen Bundesländern existieren stabile, qualifizierte Beratungsstrukturen, aus denen heraus professionelle Beratungsleistungen erbracht werden.

Das Bundesprogramm hat in den zurückliegenden drei Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass die im Rahmen des Programms "kompetent. für Demokratie" etablierten Beratungsstrukturen der westdeutschen Länder sich weiter stabilisierten und professionalisierten. Darüber hinaus ist in den Beratungsstrukturen von drei dieser Bundesländer eine Tendenz zur Regionalisierung erkennbar. Dort bauten die Länder regionale Beratungsstellen aus oder richteten neue ein. In den ostdeutschen Bundesländern und Berlin, die historisch bedingt in der Regel über entwickelte Landesstrukturen für das Handlungsfeld verfügen und die die Beratungssysteme bereits in erheblichem Umfang mitfinanzieren, erzeugen die Bundesprogrammaktivitäten einen deutlichen Zusatznutzen. Sie ermöglichen es, das Leistungsspektrum der Beratungseinrichtungen der Länder über die Sicherung eines (Beratungs-)Grundbedarfs hinaus zu erweitern und durch weitere Angebote zu ergänzen.

Im Zuge der Arbeit an den vom Programm vorgesehenen Qualitätsentwicklungsverfahren sowie der inhaltlichen Weiterentwicklung von Beratungsangeboten ist eine Verdichtung bundesland- übergreifender Kooperationsbeziehungen zwischen einigen süd- und südwestdeutschen sowie zwischen den norddeutschen Ländern zu beobachten. Darüber hinaus setzte sich die Konsolidierung der Landesnetzwerke fort. Diese Netzwerke und die bisher im Feld gemachten Lernerfahrungen bieten den Ländern und Kommunen inzwischen zahlreiche Anknüpfungspunkte für eigene Präventions- sowie Unterstützungsstrukturen und -angebote.

Beratungsnetzwerke und Landeskoordinierungsstellen sind zusammen mit den Angeboten der Mobilen und Opferberatung wichtige Instanzen für eine wirksame Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Die Einführung qualitätsorientierter Verfahren hat neben der Formulierung von Leitbildern für die Beratungsnetzwerke und von Merkmalen qualitätsvoller ("gelungener" beziehungsweise "guter") Beratung sowohl Prozesse der Strukturklärung in den Landesberatungssystemen angestoßen als auch zur inhaltlichen Weiterentwicklung und Verfachlichung des Feldes beigetragen.

Die Prozesse der Strukturklärung haben dazu geführt, dass die einzelnen Länder für die Organisation des operativen Beratungshandelns und die Vernetzung der relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure auf der Landesebene je eigene passfähige Lösungen entwickelt haben. Die Landeskoordinierungsstellen nehmen dabei in nahezu allen Bundesländern die Funktion eines "Schnittstellenmanagers" beziehungsweise "Kontakt-Maklers" im Handlungsfeld ein. Als Koordinationsinstanz stellen sie nicht nur den Informationsfluss und Erfahrungsaustausch in den Beratungsnetzwerken sicher, sondern fördern dort durch vertrauensbildende Maßnahmen und das Herstellen von Transparenz die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren. Aufgrund ihrer Position in den Landes-

strukturen können die Landeskoordinierungsstellen darüber hinaus die Beratungssysteme mit anderen relevanten Landesstrukturen und -strategien verbinden. Diese Funktion der Landeskoordinierungsstellen sowie die Rolle der Landesnetzwerke als Koordinationsinstanz dürften angesichts der sich a) mehrheitlich abzeichnenden Etablierung von Landesstrategien und -programmen im Handlungsfeld und b) der weiteren Professionalisierung der Mobilen Beratung und der Opferberatung zukünftig an Bedeutung zunehmen.

Neben der Strukturklärung haben die Qualitätsentwicklungsprozesse auch einen Beitrag zur Versachlichung der Kooperation insbesondere zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in den Landesnetzwerken geleistet. Prozesse der fachlichen Weiterentwicklung in der Beratung wurden sowohl unmittelbar durch entsprechende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des Bundesprogramms abgestützt (modulare Weiterbildung) als auch durch selbst organisierte Qualifizierungs- und Professionalisierungsmaßnahmen der Berater/innen, die mit Unterstützung des Programms durchgeführt werden konnten. Insbesondere Letzteres ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich im Zuge der Umsetzung des Bundesprogramms innerhalb des Beratungssektors ein eigenständiges Beratungsfeld mit den beiden Beratungszweigen "Opferberatung" und "Mobile Beratung" ausdifferenziert.

Ein ebenfalls zu nennender Programmeffekt ist, dass sich bei einer Reihe von Akteuren auf der Länder- und Bundesebene mit den Qualitätsentwicklungsverfahren eine Expertise für derartige Prozesse herausgebildet oder weiterentwickelt hat, die – im Sinne eines Wissens- und Erfahrungstransfers – auch anderen sozialen Arbeitsfeldern, zum Beispiel innerhalb von Wohlfahrtsoder Jugendverbänden, zugutekommt.

Mit der unter fachlichen Gesichtspunkten begrüßenswerten Professionalisierung im Handlungsfeld sind auch Herausforderungen verbunden. Das betrifft unter anderem die Einbindung ehrenamtlich engagierter Vertreter/innen der Zivilgesellschaft in die Arbeit der Landesnetzwerke. Vor allem diejenigen Netzwerke, in denen sowohl ehrenamtlich als auch hauptberuflich im Feld engagierte, nicht-staatliche Akteure verbunden sind, stehen vor der Aufgabe, die Ehrenamtlichen für ein kontinuierliches freigemeinnütziges Engagement zu motivieren.

Berater/innen erbringen eine breite Palette an Unterstützungsleistungen und zielen auf die Selbstermächtigung der Ratsuchenden.

Ein zentraler Gegenstand der Qualitätsdiskurse in den Landesnetzwerken war die Diskussion von Beratungsgrundsätzen, die als Merkmale "gelungener" oder "guter" Beratung in entsprechenden Qualitätspapieren niedergelegt wurden und in der Mehrzahl auch Eingang in die veröffentlichten Leitbilder der landesweiten Beratungsnetzwerke fanden.

Hierbei zeigte sich übereinstimmend in allen 16 Bundesländern, dass "Professionalität" als Hauptmerkmal für qualitätsvolle Beratung betrachtet wird. "Gute" beziehungsweise "gelungene" Beratung ist auf die nachhaltige Erweiterung von Handlungsspielräumen und die Steigerung der Problembearbeitungsfähigkeit der Beratungsnehmer/innen gerichtet. Leitprinzip der Beratung ist Empowerment, das heißt, eine an den Ressourcen der Beratungsnehmer/innen anknüpfende "Hilfe zur Selbsthilfe". Dementsprechend orientiert sich "gute" oder "gelungene/gelingende" Beratung in der Beratungspraxis der Bundesländer vor allem an den gewünschten Veränderun-

gen aufseiten der Beratenen, die sich als spürbare Verbesserung ihrer Handlungsfähigkeit sowie der Handlungsfähigkeit des unmittelbaren Umfelds zeigen.

Neben Beratung in einem engen Begriffsverständnis, das heißt der direkten Interaktion zwischen Berater/in und Beratungsnehmer/in zur gemeinsamen, diskursiven Bearbeitung von ungeklärten Fragen oder ungelösten Problemen der Ratsuchenden, sind für die Arbeit der Mitarbeiter/innen der Beratungsangebote weitere Handlungsformen prägend. Dazu gehören sowohl fallbezogene (erschließende, vorbereitende und unterstützende) als auch fallunabhängige Tätigkeiten (zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit oder präventive Bildungsarbeit).

In den Gesprächen mit den Professionellen im Feld und in den durch die Programmevaluation erhobenen Monitoring-Daten zeigt sich, dass vor allem "Informieren" (Vermitteln von Kenntnissen), "Anleiten" (Vermitteln erprobter Problemlösungen) und "Begleiten" (Vermitteln von Bewältigungsstrategien und Halt geben beispielsweise in Gerichtsverfahren) wichtige Handlungsformen im Berufsalltag der Berater/innen sind. "Informieren" und "Anleiten" kommen hauptsächlich dann zur Anwendung, wenn Akteure (Ratsuchende) erfahren wollen, wie sich die konkrete Situation in Bezug auf Rechtsextremismus vor Ort darstellt oder welche Ansätze in der Präventions- und Vernetzungsarbeit Erfolg versprechend umgesetzt werden können. Praktische Relevanz hat die differenzierte Betrachtung der einzelnen Handlungsformen innerhalb des Beratungsangebots nicht nur für die Reichweite und Form der Arbeitsbeziehung mit den Rat suchenden Akteuren, sondern auch für die organisatorische Ausgestaltung der Beratungsangebote und -systeme sowie für die angemessene Dokumentation und Evaluation der dort geleisteten Arbeit.

Insbesondere im Arbeitsfeld der spezialisierten Opferberatung spielt als weitere Handlungsform die "Lokale Intervention" als Variante von Gemeinwesenarbeit eine wichtige Rolle. Sie ist Teil des Beratungskonzepts der Opferberatung und Ausdruck des parteilichen sowie gesellschaftsbezogenen Arbeitsansatzes der Berater/innen. In Bezug auf die Rat suchenden Klienten (von rechtsextrem motivierten Gewalt- und anderen Straftaten Betroffene) hat sie eine präventive sowie stützende Funktion. Sie ist sowohl an die relevanten Akteure im jeweiligen lokalen Raum als auch an die Ratsuchenden selbst adressiert. Die Interventionsarbeit der Berater/innen im Sozialraum unterstützt dabei die Normalisierung der Lebenssituation von Betroffenen und deren soziale (Re-)Integration.

Im Folgenden wird nun anhand der durch die Programmevaluation erhobenen Monitoring-Daten das breite Spektrum der von den Berater/innen im Rahmen von Beratungsprozessen erbrachten Leistungen dargestellt. Grundlage des Monitorings ist die einheitliche Erfassung der Beratungsfälle mit einem Erhebungsinstrument, das an bis dahin verwendete Monitoringinstrumente anknüpft. Es wurde in einem gemeinschaftlich getragenen Prozess durch Berater/innen, insbesondere der Opferberatungsstellen, und das DJI erarbeitet. Die einheitliche Fallerfassung begann im Juli 2012. Die hier präsentierten Ergebnisse basieren auf Daten, die bis Ende Juni 2013 in das Monitoring Eingang gefunden haben.

In der Opferberatung nimmt die Bearbeitung von Fällen rassistisch und politisch motivierter Gewalt gegen Personen(-gruppen) den breitesten Raum ein. In der Praxis überwiegen psychosoziale Beratung und solche zu rechtlichen Fragen.

Im betrachteten Zeitraum haben die Berater/innen der Opferberatungen aus neun Bundesländern insgesamt 720 Beratungsfälle gemeldet, die auf 550 Vorkommnissen beruhen.

Jeder zweite Beratungsfall basierte auf einer Unterstützungsanfrage durch die jeweilige Betroffene beziehungsweise den jeweiligen Betroffenen selbst. In einem Fünftel der Fälle konnten die Beratungseinrichtungen durch ihre Recherchen den Kontakt zu den Betroffenen herstellen oder wurden durch Kooperationseinrichtungen auf ein Vorkommnis aufmerksam gemacht. Diese Betroffenen hätten ohne eine zugehende Arbeit möglicherweise keinen oder erst verspätet Zugang zu einem angemessenen Beratungsangebot erhalten. Sehr oft handelte es sich hierbei um Fälle von (schwerer) Körperverletzung oder Brandstiftung, die gegen mehrere Personen gerichtet waren und in der Regel mit einem erheblichen Unterstützungsbedarf einhergehen. Bei den (vermuteten), die Taten auslösenden Motiven stehen Rassismus sowie die Bekämpfung politischer Gegner an oberster Stelle. Andere Tatmotive wie Homophobie oder Antisemitismus haben dagegen eine vergleichsweise geringere Bedeutung.

Die Taten lassen sich grob in physische und psychische Gewalt sowie Sachbeschädigung einteilen. Physische Gewalt gegen Personen machen 44 % aller gemeldeten Vorkommnisse aus. Diese Taten reichen von der versuchten Körperverletzung bis hin zur versuchten Tötung. In 47 % aller im Monitoring erfassten Vorkommnisse wurde psychische Gewalt gegen Personen ausgeübt. Darunter fallen Delikte wie Bedrohung, Nötigung oder Beleidigung. In geringerem Umfang wurden Sachbeschädigungen (wie Brandstiftung und Beschädigung persönlichen Eigentums) dokumentiert, die die betroffenen Personen als unmittelbare Bedrohung und Angriff auf ihre persönliche Integrität empfinden.

Beleidigungen und Nötigungen korrespondierten stärker mit antisemitischen oder islamfeindlichen Motiven oder richteten sich gegen Menschen mit Behinderung und sozial Benachteiligte. Körperverletzungen standen hingegen häufiger in einem engen Zusammenhang mit rassistischen Motiven sowie Homophobie oder wurden an "Nicht-Rechten", zumeist jugendlichen Personen, begangen. Von Brandstiftungen waren am häufigsten Personen betroffen, die von den Tätern als politische Gegner betrachtet wurden. Physische Gewalt findet nicht nur im öffentlichen Raum, sondern zu einem nicht unerheblichen Anteil auch im privaten (Wohn-)Umfeld der Betroffenen sowie im Kontext privater Freizeitveranstaltungen statt. Es kann die wahrgenommene Bedrohungssituation deutlich verstärken, wenn weder der öffentliche Raum noch die private Umgebung von (potenziell) Betroffenen als sicher eingestuft wird.

Werden die erbrachten Beratungsleistungen im Zusammenhang mit den Deliktarten betrachtet, so ergibt sich das folgende Bild:

1) Bei der Beratung infolge physischer Gewalttaten sind in etwa der Hälfte der Fälle zwei Berater/innen involviert. Das entspricht den allgemeinen Qualitätsstandards der Opferberatung. In fast jedem dieser Beratungsfälle wird eine Beratung zu rechtlichen Fragen durchgeführt.

Eine psychosoziale Beratung erfolgt in ca. 75 % der Fälle. Darüber hinaus nutzen die Betroffenen oftmals auch die Begleitungsangebote im Kontakt mit der Justiz oder Polizei sowie die Unterstützung bei der Beantragung von Entschädigungsleistungen und weiteren Hilfen.

- 2) Im Kontext von psychischer Gewalt standen ebenfalls rechtliche Fragen (zu 74%) und psychosoziale Beratung (zu 67%) im Zentrum des Beratungshandelns. Deutlich seltener wurden weitergehende Leistungen, wie die Begleitung zu einem Rechts- oder Staatsanwalt oder die Unterstützung bei Antragstellungen, erbracht. Auch Leistungen bezüglich eines Gerichtsverfahrens spielten bei dieser Deliktart eine vergleichsweise geringere Rolle. Zu ca. 60% wurden sowohl das Erstgespräch als auch die nachfolgenden Kontakte von nur einer Beratungsfachkraft übernommen.
- 3) Die Betroffenen von Gewalttaten, die als **Sachbeschädigungen** klassifiziert wurden, haben zu etwa drei Vierteln eine Beratung zu rechtlichen Fragen und/oder eine psychosoziale Beratung in Anspruch genommen. Andere Unterstützungsangebote der Beratungsstellen wurden eher selten nachgefragt. Überwiegend wurde durch zwei oder mehr Fachkräfte beraten.

Deliktspezifische Unterschiede bezüglich der erbrachten Beratungsleistungen und eingesetzten Beratungsressourcen zeigen sich damit zum einen im Hinblick auf die Anzahl der involvierten Berater/innen und zum anderen in Bezug auf die Vielfalt der in einem Beratungskontext erbrachten Leistungen. Sowohl in Fällen von Körperverletzung als auch von gravierender Sachbeschädigung (Brandstiftung) fließen aufgrund der erkennbaren Schwere der jeweiligen Tat und/oder der Anzahl der davon betroffenen Personen entsprechend mehr Beratungsressourcen in die Fallbearbeitung ein als in Fällen psychischer Gewalt.

In den Fällen von Körperverletzung werden Beratungsleistungen nicht nur in einem vergleichsweise größeren Umfang, sondern auch in deutlich größerer Vielfalt erbracht. Insbesondere betrifft dies sowohl die Begleitung in Gerichtsverfahren und bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen als auch die Unterstützung bei der Beantragung von weiterführenden Hilfen. Damit kann davon ausgegangen werden, dass in diesen Fällen – sofern Berater/innen und nicht andere Fachkräfte die Begleitung und Unterstützung leisten – Beratungsressourcen nicht nur in größerem Umfang, sondern im Deliktvergleich auch länger beansprucht werden. So beläuft sich die Bearbeitungsdauer etwa jedes dritten Opferberatungsfalls auf über zwölf Monate.

An die Mobile Beratung wenden sich sowohl Fachkräfte aus unterschiedlichen pädagogischen Arbeitsfeldern als auch Privatpersonen insbesondere wegen der (vermuteten) Zugehörigkeit von Personen zu rechten Szenen oder aufgrund von Propagandadelikten.

Für die Mobile Beratung wurden für den betrachteten Zeitraum Juli 2012 bis Juni 2013 aus allen Bundesländern 1.116 Einträge ("Fälle") im Monitoringinstrument der Programmevaluation verzeichnet. Jeweils etwa ein Viertel davon entfiel auf Einmalauskünfte und Einmalberatungen. In den anderen Fällen gab es mehr als einen Beratungskontakt.

In der Gesamtschau handelte es sich bei den Beratungsnehmenden zu einem großen Teil um Berufsrollenträger, vorzugsweise aus unterschiedlichen pädagogischen Arbeitsfeldern (inklusive Berufsausbildungseinrichtungen), der öffentlichen Verwaltung oder Politik. Zudem wandten sich auch Privatpersonen wie Anwohner/innen, Passant/innen oder Eltern an die Mobile Beratung. Eine weitere Gruppe von Nachfragenden sind ehrenamtlich Engagierte aus Bündnissen und Initiativen sowie aus Vereinen und Verbänden. In einen Teil der Beratungsfälle waren neben den Berater/innen fallspezifisch weitere Fachkräfte in die Bearbeitung der jeweiligen Problemlagen beziehungsweise Fragen einbezogen. Das betrifft insbesondere Personen aus der Politik, der Verwaltung, der Sozialen Arbeit, der Polizei, der Justiz sowie aus Betroffenenselbstorganisationen.

Nahezu jeder vierte Beratungsfall der Mobilen Beratung geht auf eine vermutete Zugehörigkeit von Einzelpersonen zu rechten Szenen zurück. Zahlreiche weitere Beratungen sind mit der Verbreitung nicht verbotener rechtsextremer Symbole und rechtsextremen Gedankenguts sowie dem Auftreten rechtsextremer Cliquen oder rechtsextremer Handlungen im öffentlichen Raum verbunden. Fast jeder zehnte Beratungsfall wird durch die Verbreitung verbotener rechter beziehungsweise rechtsextremer Symbole ausgelöst. Nur ein sehr kleiner Teil der Beratungen geht auf eine (vermutete oder versuchte) Unterwanderung eines Vereins, die Immobiliennutzung durch Rechtsextreme oder die Mitgliedschaft von Personen in rechtsextremen Parteien zurück. Diese Verteilung gilt im Großen und Ganzen sowohl für die durchgeführten Einmalberatungen als auch für längerfristige Beratungsprozesse (Mehrfachberatungen).

Die Betrachtung von Einmal- und Mehrfachberatung zeigt, dass in den Fällen, die die Beratungsakteure als Einmalberatung klassifizierten, am häufigsten Recherchen und die Bereitstellung von Materialien stattfanden. In der längerfristigen Beratung stellte dagegen die Unterstützung bei der Strategieentwicklung die wichtigste Leistung dar.

Abgeleitet aus dem Beratungsanlass sowie den involvierten Akteurstypen können drei Schwerpunkte in der konkreten Unterstützung von Ratsuchenden ausgemacht werden, die auch darauf gerichtet sind, neben einer bedarfsgerechten Problembearbeitung weiteren Vorfällen vorzubeugen:

- 1) Beratungen im Kontext des Auftretens von (beziehungsweise des Umgangs mit) Personen oder Gruppen mit (gegebenenfalls vermutetem) rechtsextremem Hintergrund in verschiedenen Konstellationen. In diesen Fällen erfolgt in der Regel zunächst eine Situationsklärung (Recherche und Materialaufbereitung), woran sich in der Mehrzahl der Fälle die Entwicklung von Bewältigungs- und Bearbeitungsstrategien oder eine personenorientierte Beratung anschließen.
- 2) Beratung im Kontext (gewaltförmiger) Aktionen und rechtsextremer Handlungen im öffentlichen Raum wie Demonstrationen und Konzerte. Die Beratung fokussiert hierbei auf die Strategieentwicklung, auf Vernetzungsprozesse und die Sensibilisierung von Verwaltungsakteuren und Öffentlichkeit.
- 3) Beratungen im Kontext von rechter Agitation und von Propagandadelikten, das heißt Verbreitung von rechtsextremem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Material und Gedankengut. Die Beratungsleistung beinhaltet hierbei die Situationsklärung durch entsprechende Recherchen, verknüpft mit einer gemeinschaftlichen Strategieentwicklung.

In der Regel bilden mehrere, gleichzeitig auftretende Anlässe den Ausgangspunkt Mobiler Beratung, sodass mehrere Ebenen bearbeitet werden müssen. So sind beispielsweise Fälle der Verbreitung verbotener Symbole nicht selten mit Fällen einer vermuteten Zugehörigkeit von Personen zu rechten Szenen verbunden.

Ein weiterer, bisher noch eher selten auftretender Beratungsschwerpunkt ist die Beratung in sozialräumlichen Konflikten. Anlässe sind hier zum Beispiel Aktivitäten der "pro"-Bewegungen, die die Einwohner im Gemeinwesen in religiösen oder kulturellen Fragen polarisieren oder die in Verbindung mit der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften stehen. In diesen Fällen wurde durch die Mobile Beratung neben einer Situationsklärung eine lokale Konfliktberatung und -mediation durchgeführt. Bisher ebenfalls eher selten wurden Beratungen im Umgang mit rechtsextremen Sorgeberechtigten in pädagogischen oder Engagement- und Freizeitsettings sowie zu rechtsmotivierten Internetstraftaten wie Bedrohung und Nötigung dokumentiert.

Diese Beratungsbereiche dürften wegen der wachsenden Zuwanderungen, der zunehmenden Bedeutung des Mediums Internet sowie der vermutlich kaum sinkenden Anzahl an rechtsextrem orientierten Elternteilen, verbunden mit einer größeren Sensibilität von Fachkräften und Öffentlichkeit gegenüber rechtsextremen Erscheinungsformen, in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen.

Während durch das Monitoring die anlassbezogen erbrachten Beratungsleistungen der Mobilen Beratung und der Opferberatung gut abgebildet werden können, steht eine systematische und bundeslandübergreifende Erhebung der Perspektive der Beratungsnehmer/innen sowohl der Mobilen Beratung als auch der Opferberatung noch aus.

Die spezialisierte Opferberatung reagiert auf die Charakteristika rechter Gewalttaten und die Bedarfe der davon Betroffenen, indem sie bestehende Fachstandards der regulären Opferberatung um besondere Regelungen ergänzt.

Neben der Erfassung und Aufbereitung von Leistungsdaten der Mobilen und Opferberatung (Monitoring) bestand ein wesentlicher Schwerpunkt der wissenschaftlichen Begleitung der Beratungsnetzwerke darin, die feldspezifischen Merkmale der Beratungsarbeit im Handlungsfeld "Beratung von Opfern rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Straf- und Gewalttaten" (Opferberatung) herauszuarbeiten. In diesem Zusammenhang ist es in einem partizipativ angelegten, diskursorientierten Vorgehen gelungen, den Strukturklärungsund -vermittlungsprozess zwischen etablierten und sich (neu) entwickelnden Angeboten im Feld voranzubringen. Im Zentrum der Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlicher Begleitung und den Opferberatungsstellen stand die Diskussion zu den inhaltlichen und infrastrukturellen Arbeitsstandards, zu den Besonderheiten und zum Aufgabenspektrum der Opferberatung. Im Ergebnis dieser Diskussion liegt zu Programmabschluss ein gemeinsam erstelltes Papier "Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung von Betroffenen politisch rechts motivierter Gewalt" vor, an dessen Erarbeitung Berater/innen aus zehn Bundesländern beteiligt waren.

Die Opferberater/innen orientieren sich in ihrer Arbeit stark an den Qualitätsstandards des Arbeitskreises der Opferhilfen (ado). Darüber hinaus verlangt die Eigenart rechter Gewalttaten sowie der davon betroffenen Personengruppen nach ergänzenden Regelungen. Eine Spezifik liegt insbesondere darin, dass sich rechte Gewalttaten zumeist als Gelegenheitstaten charakterisieren lassen, die gleichwohl einen Botschaftscharakter haben und mit einer Entpersonalisierung der Opfer sowie enormer Brutalität verbunden sind. Zudem handelt es sich bei den hauptsächlich betroffenen Personen oftmals um Angehörige marginalisierter beziehungsweise diskriminierter Gruppen wie alternativen Jugendszenen zugehörige junge Menschen oder Flüchtlinge, die oft nicht über die notwendigen (finanziellen oder sozialen) Ressourcen verfügen, um von sich aus eine Beratungsstelle aufzusuchen. Ziele des Beratungsangebots sind daher, von Gewalt Betroffenen einen niedrigschwelligen Zugang zu einem Beratungsangebot zu eröffnen, ihnen "eine Stimme zu geben" und die Öffentlichkeit für deren Belange zu sensibilisieren.

Im Interesse der Betroffenen wurden deshalb Standards vereinbart, die von den ado-Standards teilweise abweichen oder darüber hinausgehen. Das betrifft das proaktive Vorgehen, die aufsuchende Beratungsarbeit sowie die Anbindung der Beratung an nicht-staatliche Träger. Eine weitere Besonderheit in diesem Beratungsfeld ist die bereits oben vorgestellte "Lokale Intervention".

Für die Organisation der Beratungsarbeit haben die Bundesländer im Programmverlauf verschiedene Modelle erprobt, wobei in einem Teil der Bundesländer die Etablierung eines speziellen Beratungsangebots für Opfer rechter Gewalt noch aussteht.

Die verbreitetste und älteste Form der Organisation des Beratungsangebots, die in sieben Bundesländern etabliert ist, besteht in der Einrichtung spezialisierter, eigenständiger und regional verorteter Beratungsstellen. Inzwischen fließen in die Absicherung dieser Angebote nicht nur Bundesmittel, sondern in beträchtlichem Umfang auch – und bisweilen ausschließlich – Landesmittel.

Fünf Bundesländer sichern die Beratungsarbeit über anteilige Strukturstellen oder eine Kombination aus Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen und Honorarkräften ab, die an Strukturen außerhalb der Opferhilfe angebunden sind. In diesen Ländern ist die Etablierung des Beratungsangebots unterschiedlich weit entwickelt. Nach Einschätzung befragter Fachkräfte können auf diese Weise vor allem dringende Fälle unterstützt und beraten werden.

Vier Bundesländer hatten geplant, bestehende Opferhilfestrukturen und das vorhandene Personal in bereits bestehenden Regelberatungsstellen auch für die spezialisierte Beratung von Opfern rechter Gewalt zu nutzen. Diese Organisationsform konnte bisher allerdings in keinem der Länder etabliert werden.

Gänzlich verworfen ist eine zunächst diskutierte Angebotsvariante, in der die Aufgaben der Mobilen Beratung und der Opferberatung bei gleichen Personen oder dem gleichen Team gebündelt werden sollten. Hierbei hatte sich gezeigt, dass der parteiliche Beratungsansatz der Opferberatung nicht kompatibel zu dem auf Ausgleich und Kooperation zielenden Ansatz der Mobilen Beratung ist und die Berater/innen bei einer Bearbeitung beider Bereiche gegebenenfalls gegensätzliche Interessen gleichberechtigt vertreten müssten.

In der Konsequenz erhalten Betroffene rechter Gewalttaten noch nicht in allen Bundesländern im erforderlichen Umfang professionelle Unterstützung und Beratung. Zudem besteht auch

künftig das Erfordernis nach Weiterentwicklung des Angebots, um auf die spezifischen Bedürfnisse von weiteren Betroffenengruppen rechter Gewalt wie beispielsweise Wohnungslosen oder Sinti und Roma adäquat reagieren zu können.

Der Mobilen Beratung ist es inzwischen möglich, bei Bedarf in allen Regionen Deutschlands eine Vor-Ort-Beratung anzubieten, um zivilgesellschaftliches und staatliches Handeln zu unterstützen.

Zusammenfassend lässt sich für den Programmbereich der landesweiten Beratungsnetzwerke festhalten, dass über die Programmaktivitäten erreicht werden konnte, dass in Fällen rechtsextremer Gewalt und anderer Belastungssituationen für die davon Betroffenen ein breiter Pool an Beratungskompetenz bereitsteht, der in beinahe allen Regionen der Bundesrepublik eine Vor-Ort-Beratung ermöglicht. Zugleich bleibt die Frage der durchgängigen Sicherstellung der Beratungsqualität ressourcenbedingt eine Herausforderung. Dies bestätigten unabhängig voneinander zu je 90% sowohl die Landeskoordinierungsstellen als auch die Beratungsstellen der Mobilen und Opferberatung, die von der Programmevaluation hierzu schriftlich befragt wurden. Zwei von drei Befragten beider Befragtengruppen schätzten zudem ein, dass mittels des Programms die Öffentlichkeit weiter für die Programmanliegen sensibilisiert und die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure im Handlungsfeld gefördert werden konnten. Mehr als drei Viertel der Befragten gaben überdies an, dass in der Programmumsetzung die Fähigkeit vor allem zivilgesellschaftlicher Akteure zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gestärkt werden konnte. Insoweit existieren robuste Hinweise darauf, dass der Programmansatz der Förderung von spezifischer Beratungskompetenz und deren Vernetzung einen wesentlichen Beitrag zu einer angemessenen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus leistet.

5.4. Programmteilübergreifende Ergebnisse

5.4.1 Beiträge der Handlungskonzepte Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und landesweite Beratungsnetzwerke zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie zur Stärkung von Demokratie

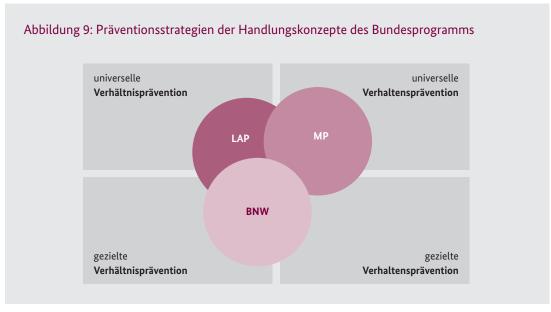
Die Programmevaluation nimmt eine übergreifende Gesamtanalyse und -bewertung des Bundesprogramms (in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmschwerpunkte) vor und untersucht dabei unter anderem, inwieweit die Handlungskonzepte Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und landesweite Beratungsnetzwerke zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie zur Stärkung von Demokratie beitragen.

Die innerhalb des Programms umgesetzten Präventionsstrategien werden danach unterschieden, ob sie sich an alle Akteure und Strukturen richten, die potenziell gefährdet sind, rechtsextreme beziehungsweise fremdenfeindliche oder antisemitische Erscheinungsformen auszuprägen (universelle Prävention), ob sie sich an besonders gefährdete Akteure/Strukturen (selektive Prävention, zum Beispiel in der Arbeit mit Jugendlichen aus Sozialräumen, in denen überdurchschnittlich häufig fremdenfeindliche Einstellungen verbreitet sind) richten oder aber auf Akteu-

re und Strukturen abzielen, bei denen sich bereits (deutliche) Anzeichen rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Einstellungen – also entsprechendes Verhalten – zeigen (indizierte Prävention, Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen). Ansätze der selektiven beziehungsweise indizierten Prävention werden im Folgenden zusammenfassend auch als "gezielt" beziehungsweise "spezifisch" bezeichnet. Es kann zudem zwischen Maßnahmen unterschieden werden, die sich entweder direkt an die gewünschte Zielgruppe richten (direkte Prävention) oder die Schlüsselpersonen ansprechen, die als "Mittler/innen" mit der Zielgruppe interagieren (indirekte Prävention). Darüber hinaus wird unterschieden, ob Maßnahmen direkt Veränderungen bei Individuen, in ihrem Handeln und ihren Einstellungen, zu erreichen suchen (personelle beziehungsweise Verhaltensprävention) oder ob sie über die Veränderung von Umweltbedingungen (vor allem Strukturen) eine Risikoeindämmung beziehungsweise –minimierung intendieren (institutionelle beziehungsweise Verhältnisprävention).

In den Lokalen Aktionsplänen werden demokratische Strukturen gezielt gestärkt.

Um die vielfältigen, innerhalb der Lokalen Aktionspläne umgesetzten Maßnahmen in die oben entwickelten Präventionskategorien einordnen zu können, sind diese zunächst zu differenzieren: Einerseits setzt der Handlungsansatz durch die Etablierung von Ämternetzwerken, Begleitausschüssen und Lokalen Koordinierungsstellen in den Kommunen einen Schwerpunkt auf Strukturbildung. Andererseits werden durch eine Vielzahl von Einzelprojekten konkrete Maßnahmen umgesetzt, die (auch) auf Individuen abzielen: In den Einzelprojekten der Lokalen Aktionspläne zählen Jugendliche und Kinder zu den meistgenannten Hauptzielgruppen. Die dabei umgesetzten Förderschwerpunkte bewegen sich vorrangig in den Bereichen Demokratie-und Toleranzerziehung sowie Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft. Insoweit setzen die Einzelprojekte überwiegend Maßnahmen universeller Verhaltensprävention um. Nur ein geringer Teil der Projekte berichtet über die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen, die als gezielte Verhaltensprävention (zum Beispiel in der direkten Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen) zu betrachten ist.



Quelle: Programmevaluation (DJI); LAP: Lokale Aktionspläne, MP: Modellprojekte, BNW: landesweite Beratungsnetzwerke.

Auch die strukturbildenden Maßnahmen im Bereich der Lokalen Aktionspläne bewegen sich vor allem im Bereich der universellen Prävention, sind allerdings gemäß ihrer strukturellen Ausrichtung als Verhältnisprävention zu klassifizieren: In den Kommunen, Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften sollen Strukturen geschaffen werden, die integrierte Strategien der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie der Stärkung demokratischer Werte und Förderung von Toleranz entwickeln und umsetzen. In Fällen, in denen sich diese Strategien der unmittelbaren Auseinandersetzung mit Aktivitäten rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen (auch in Kommunal- und Kreisparlamenten) vor Ort widmen, stellen die strukturbildenden Lokale Aktionspläne-Aktivitäten auch gezielte Maßnahmen der Verhältnisprävention dar.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Instrument Lokaler Aktionsplan schwerpunktmäßig auf universelle Prävention und die Stärkung von Demokratie zielt. Diese Einordnung deckt sich mit der Einschätzung zentraler Akteure dieses Programmbereichs. Entsprechende Befragungen der Lokalen Koordinatorinnen und Koordinatoren haben ergeben, dass diese das größte Potenzial des Instrumentes Lokaler Aktionsplan in der Stärkung der Zivilgesellschaft sehen. Dabei wird den Lokalen Aktionsplänen zugleich die Fähigkeit zugesprochen, Rechtsextremismus auf der lokalen Ebene vorbeugen zu können.

Die Eignung von Lokalen Aktionsplänen als Handlungskonzept, akut auftretenden, lokalen rechtsextremen Erscheinungen entgegenzutreten, wird hingegen tendenziell etwas skeptischer betrachtet, wenngleich Lokale Aktionspläne auch hierbei einige Potenziale aufweisen. So erweist sich beispielsweise die Kombination aus einer konzeptionellen Präventionsarbeit von Programmakteuren mit Kooperations- und Vernetzungsaktivitäten zu weiteren Akteuren im Themenfeld, die für die Umsetzung kurzfristiger Aktionen mobilisiert werden können (zum Beispiel Bürgerbündnisse oder Mobile Beratungsteams), als ein erfolgreiches Konzept in der unmittelbaren Bekämpfung von rechtsextremistischen Erscheinungen vor Ort. Die Lokalen Aktionspläne leisten damit sowohl einen Beitrag zur allgemeinen Demokratie- und Toleranzentwicklung als auch zur spezifischen (vorbeugenden) Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Im Programmbereich der Modellprojekte werden vielfältige Präventionsstrategien umgesetzt. Dabei richten sie sich vor allem auf Einstellungen von Individuen.

Eine besondere Aufgabe innerhalb der Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus kommt den Modellprojekten insofern zu, als sie in den vorab festgelegten Themenfeldern innovative und modellhafte Ansätze umsetzen sollen, um die Kinder- und Jugendhilfe weiterzuentwickeln. Die Gesamtschau über die Themencluster hinweg zeigt, dass es im Bereich der Modellprojekte vielen Projekten gelingt, innovative Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Im Unterschied zu den Lokalen Aktionsplänen lässt sich der Programmbereich Modellprojekte inhaltlich als Instrument charakterisieren, das vor allem auf die Veränderung von Einstellungen beziehungsweise Verhalten bei Individuen abzielt (zum Beispiel auf einen Abbau antisemitischer Vorurteile bei jungen Menschen), also auf eine sogenannte "Verhaltensprävention". Der Schwerpunkt der umgesetzten Maßnahmen liegt dabei auf universeller Prävention, umfasst teilweise aber auch Maßnahmen indizierter Prävention (zum Beispiel der Arbeit mit Straftäter/innen). Diese Einschätzung wird von den Modellprojekten bestätigt. Befragt nach

ihren Umsetzungsschwerpunkten haben fast alle Projekte angegeben (94,1%), demokratische Haltungen beziehungsweise Einstellungen bei ihren Zielgruppen zu fördern oder vorhandene fremdenfeindliche Haltungen beziehungsweise Einstellungen bei den Zielgruppen abzubauen oder deren Verfestigung zu verhindern (90,4%). Geringere Bedeutung (bei 60% der Modellprojekte) haben demgegenüber der Abbau beziehungsweise die Verhinderung einer Verfestigung dezidiert rechtsextremer Haltungen beziehungsweise Einstellungen. Ein Teil der Modellprojekte begrenzt die Reichweite ihrer pädagogischen Maßnahmen nicht auf "Verhaltensprävention", sondern erweitert das umgesetzte Angebot im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes um strukturbezogene Aspekte, wobei diese vor allem einen universal-präventiven Charakter aufweisen (zum Beispiel an Schulen stattfindende interkulturelle Sensibilisierungen, die auf die gesamte Institution zielen). In der Befragung haben 76,5% der Modellprojekte angegeben, demokratische Strukturen und Verfahren zu fördern; 70,6% widmen sich dem Abbau und der Verhinderung der Verfestigung von diskriminierenden Strukturen, Verfahren und gesetzlichen Regelungen, die insbesondere auf die Merkmale Ethnie, Herkunft, Religion und Gender bezogen sind.

Letztlich zeigt sich im Bereich der Modellprojekte ein bewusst breites Spektrum an umgesetzten Maßnahmen mit je nach Themenclustern unterschiedlichen Schwerpunkten.

Die Umsetzungen entsprechen in weiten Teilen den präventiven Schwerpunkten, die in den Leitlinien für die jeweiligen Themencluster anvisiert werden. Lediglich im Themencluster 2 kam es aufgrund von Zugangsschwierigkeiten zur Zielgruppe "rechtsextrem orientierte Jugendliche", die auch mit einer inzwischen geringeren Erreichbarkeit beziehungsweise Sichtbarkeit der entsprechenden Jugendlichen im öffentlichen Raum in Verbindung stehen, zu Veränderungen in der präventiven Ausrichtung: Durch die Arbeit in vorrangig heterogenen Settings hat sich der Schwerpunkt der Arbeit tendenziell in Richtung universeller Prävention verschoben, da ein größerer Teil der Zielgruppe keine Auffälligkeiten aufwies.

Die Analyse zeigt, dass die Erprobung pädagogischer Strategien sowohl im Bereich universeller als auch selektiver und indizierter Prävention möglich und sinnvoll ist. Gleichzeitig liegen einige Weiterentwicklungsbedarfe und neue Herausforderungen insbesondere im Bereich gezielter Prävention vor (insbesondere bezüglich der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen). Hier empfiehlt sich aus Sicht der Programmevaluation eine Stärkung und gegebenenfalls Neuausrichtung des entsprechenden Bereichs.

Im Programmbereich landesweite Beratungsnetzwerke werden in der Mobilen Beratung schwerpunktmäßig strukturbezogene spezifische Präventionsmaßnahmen umgesetzt.

Unter Präventionsgesichtspunkten stellt der Programmbereich der landesweiten Beratungsnetzwerke hinsichtlich der Mobilen Beratung ein niedrigschwelliges Unterstützungsangebot dar, das die Bearbeitung von Fallkonstellationen erlaubt, bevor diese die Interventionsschwelle von Ordnungs- und/oder Kontrollinstanzen mit Sanktionsmacht erreichen. Dabei handelt es sich in der Regel um Maßnahmen der mittelbaren spezifischen oder indizierten Prävention. Der Schwerpunkt des Programms liegt in diesem Handlungsfeld im Bereich der gezielten Verhältnisprävention. Eine besondere Form gewinnt diese, wenn durch die spezialisierte Opferberatung fallbezogen "Lokale Interventionen" (vergleiche Kapitel 5.3) durchgeführt werden, die auf das Gemeinwesen bezogen sind. Das am Empowerment orientierte fallbezogene Handeln

der Berater/innen in der Opferberatung – die eigentliche soziale Dienstleistung beziehungsweise das "Endprodukt" der Programmaktivitäten – liegt hingegen im Bereich der Opferhilfe und gezielter Verhaltensprävention: Opfer rechtsextremer und/oder antisemitischer Gewalt sollen in der rechtlichen, medizinischen und psychischen Be- und Verarbeitung der erlittenen Taten unterstützt und Prozesse sekundärer Viktimisierung verhindert werden. Aufgrund der dezidierten Gemeinwesenorientierung im Beratungshandeln reichen die Resultate der Programmaktivitäten sowohl im Bereich der Mobilen als auch im Feld der spezialisierten Opferberatung zugleich ebenfalls in das Feld der universellen Verhältnisprävention hinein.

Im Gesamtprogramm sind unterschiedliche präventive Strategien in geeigneter Weise miteinander kombiniert.

Wie gezeigt, weisen die vorgestellten Programmbereiche unterschiedliche präventive Schwerpunkte auf. Die unterschiedlichen Präventionsstrategien ergänzen sich dabei so, dass alle Präventionsfelder (bezogen auf Personen, bezogen auf Strukturen, bezogen auf unterschiedliche Phänomene und Problemausprägungen) abgedeckt sind. Insgesamt kann daher festgehalten werden, dass innerhalb des Programms ein ganzheitlicher präventiver Anspruch eingelöst ist, der die Arbeit mit Jugendlichen, mit unterschiedlichen – für die demokratische politische Sozialisation – relevanten Akteuren sowie mit Opfern rechtsextremer Gewalt umfasst und zentrale Ansätze (zum Beispiel Bildung, Beratung und lokale beziehungsweise länderbezogene Vernetzung demokratischer Akteure) weiterentwickelt.

5.4.2 Bezüge und Wechselspiel zwischen den Programmbereichen Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und landesweite Beratungsnetzwerke

Die Programmevaluation untersucht zudem das Zusammenwirken von Lokalen Aktionsplänen, Modellprojekten und landesweiten Beratungsnetzwerken. Wie bereits beschrieben, haben die einzelnen Programmbereiche jeweils spezifische Charakteristika, Handlungskonzepte und Schwerpunkte. Diese leisten einen jeweils spezifischen Beitrag zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und setzen entweder stärker im Bereich der Veränderung von Verhalten oder an der Umgestaltung von Strukturen an (vergleiche Kapitel 5.4.1).

Aus Perspektive des Gesamtprogramms ist dabei die Frage bedeutsam, ob sich diese Vorgehensweise und die Ansätze der einzelnen Programmbereiche sinnvoll ergänzen oder sich gegenseitig behindern. Anhand von erhobenen quantitativen und qualitativen Daten der Programmevaluation und der wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmbereiche (unter anderem standardisierte Befragung der Lokalen Koordinierungsstellen, Daten der Träger der Modellprojekte sowie der Beratungseinrichtungen der Mobilen Beratung und der Opferberatung, Interviews mit ausgewählten Programmdurchführenden vor Ort und Coaches) wird daher auch untersucht, inwieweit Programmakteure aus den Bereichen Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und landesweite Beratungsnetzwerke Kenntnis voneinander haben, zueinander in Kontakt stehen und/oder kooperieren, welchen Nutzen die Akteure daraus haben und ob aus entsprechenden Bezügen insgesamt ein "Mehrwert" entsteht. Zudem wird beleuchtet, ob sich aus dem Zusammenwirken der Programmbereiche Störungen und nicht-intendierte, nicht programmkonforme Effekte, beispielsweise Doppelstrukturen, ergeben können.

Neben der Untersuchung der Bezüge zwischen den Programmakteuren werden Kontakte und Kooperationen mit Akteuren aus anderen Länder- und Bundesprogrammen mit ähnlichen Zielsetzungen betrachtet. Dieses Vorgehen ist sinnvoll, da von inhaltlich-thematischen Schnittmengen sowie Aktivitäten von Trägern im Rahmen mehrerer Programme ausgegangen werden kann. Insbesondere die Länderprogramme können zentrale Anknüpfungspunkte unter anderem für Verstetigungs- und Nachhaltigkeitsbemühungen bieten. Im Folgenden werden ausgewählte Kernergebnisse vorgestellt.

Das Verhältnis zwischen den Programmakteuren innerhalb der Programmbereiche ist vielfach von Erfahrungsaustausch und gegenseitiger Anerkennung geprägt.

In den Programmleitlinien sind als Ziele der Aufbau von Kooperationen und die Nutzung von Synergie-Potenzialen innerhalb der Programmbereiche formuliert. Im Rahmen des erprobenden Charakters des Bundesprogramms werden hierbei bewusst unterschiedliche Formen der Umsetzung von Austausch und Zusammenarbeit ermöglicht, da zum Beispiel nicht in jedem Fall oder jeder Programmphase Kooperationen notwendig oder sinnvoll sind, sondern diese sich in der Regel aus konkreten Bedarfen ableiten. Voraussetzung hierfür ist die Verfügung über zeitliche Ressourcen für den Aufbau und die Pflege von Kontakten und Kooperationen.

Es hat sich gezeigt, dass die im Rahmen des Bundesprogramms durchgeführten Veranstaltungen (unter anderem Vernetzungstreffen und Workshops) zum Kontaktaufbau der Programmakteure und zur Entwicklung einer gemeinsamen Programmidentität beitragen. Zudem kann sich nicht nur eine thematische Nähe, die sich beispielsweise in gemeinsamen Zielsetzungen und Interessen sowie im erwarteten Nutzen aus der Zusammenarbeit widerspiegelt, begünstigend auf den Aufbau von Kooperationsstrukturen zwischen den Programmakteuren auswirken, sondern auch die räumliche Nähe.

Im Bereich der Lokalen Aktionspläne sind seit Beginn des Bundesprogramms vielfältige Kontakte zwischen Akteuren an unterschiedlichen Standorten entstanden, wenngleich rund ein Viertel der bereits im Vorgängerprogramm VIELFALT TUT GUT eingeführten Aktionspläne (siehe hierzu auch Kapitel 5.1) und ein Drittel der neu geförderten Aktionspläne im bisherigen Verlauf der Programmumsetzung noch nicht mit anderen Lokalen Aktionsplänen zusammengearbeitet haben. Dabei überrascht es nicht, dass Dreh- und Angelpunkt der Austauschprozesse in der Regel die Lokalen Koordinierungsstellen sind und dass oftmals räumlich naheliegende Lokale Aktionspläne Verknüpfungen zueinander aufweisen. Nur in wenigen Fällen werden Kooperationen mit Lokalen Aktionsplänen in anderen Bundesländern angegangen.

Es hat sich gezeigt, dass gerade die neu gestarteten Lokalen Aktionspläne von einem Wissenund Erfahrungstransfer seitens der weitergeförderten, bereits im Rahmen von VIELFALT TUT GUT eingeführten Lokalen Aktionspläne profitieren können. Im Bereich der **Modellprojekte** wird vor allem der Fachaustausch innerhalb der Themencluster von den Trägern als inhaltlich begrüßenswert empfunden. Der kollegiale Erfahrungsaustausch trägt zur Erweiterung der eigenen Perspektive bei und hilft, die Qualität der pädagogischen Arbeit zu verbessern. Insbesondere in den Themenclustern 1 und 2 liegen häufig Kooperationsbezüge der darin verorteten Modellprojekte vor. Hinsichtlich der Vernetzung der Akteure aus dem Programmbereich landesweite Beratungsnetzwerke zwischen den einzelnen Bundesländern zeichnet sich bislang ab, dass die im Programmkontext unternommenen Schritte (Vernetzungstreffen und gemeinsame Fortbildungen) ebenfalls als förderlich empfunden werden und dabei den bestehenden Bedarf noch nicht vollständig abdecken können. Im Zuge des gemeinsamen Qualitätsentwicklungsverfahrens sowie der inhaltlichen Weiterentwicklung von Beratungsangeboten ist jedoch eine Verdichtung bundeslandübergreifender Kooperationsbeziehungen zwischen einigen süd- und südwestdeutschen sowie zwischen den norddeutschen Ländern zu beobachten. Darüber hinaus setzt sich die Konsolidierung der Landesnetzwerke insgesamt fort.

Coaching und Vernetzungsveranstaltungen begünstigen programmteilübergreifende Kooperationsstrukturen.

Betrachtet man die Kooperationsbezüge der Akteure aus unterschiedlichen Programmbereichen, so wird deutlich, dass sie zwischen Akteuren der landesweiten Beratungsnetzwerke auf der einen und Akteuren der Lokalen Aktionspläne auf der anderen Seite besonders deutlich ausgeprägt sind. So ist nicht nur die Anzahl der von Lokalen Koordinator/innen angegebenen Kooperationen mit Akteuren aus diesem Programmbereich der landesweiten Beratungsnetzwerke konstant am höchsten, sondern es geben auch knapp ein Viertel der Lokalen Koordinator/innen an, dass die Intensität der Zusammenarbeit mit Beratungsnetzwerken seit Beginn des Bundesprogramms tendenziell gestiegen sei. Hingegen sind die Verknüpfungen zu Modellprojekten, welche teilweise 2013 ausgelaufen sind, tendenziell schwächer ausgeprägt. Seitens der Landeskoordinator/innen der Beratungsnetzwerke wird dies einerseits auf eine geringere Ähnlichkeit des eigenen Betätigungsfelds mit der Arbeit der Modellprojektträger, andererseits auf zugleich stärkere Berührungspunkte der Handlungskonzepte zwischen Lokalen Aktionsplänen als lokaler Gesamtstrategie und jenen der Beratungsstrukturen als Landesstrukturen zurückgeführt.

Das Ansetzen am Aufbau und an der Veränderung von Angebotsstrukturen im Themenfeld wird als Gemeinsamkeit wahrgenommen und setzt Anreize für den Aufbau von Austauschprozessen. Diese Prozesse werden von Programmakteuren aus den Lokalen Aktionsplänen und den landesweiten Beratungsnetzwerken weitgehend als gewinnbringend und sich gegenseitig ergänzend angesehen. Es liegen keine Hinweise darauf vor, dass sich die Programmstrukturen gegenseitig behindern und die Entstehung von Doppelstrukturen systematisch fördern (beispielsweise durch die unzureichende Klärung von Zuständigkeiten zwischen Lokalen Aktionsplänen und Mobiler Beratung). Die von Modellprojektträgern implementierten Angebote, die oftmals Veränderungen von Einstellungen und Verhalten anvisieren, könnten aufgrund ihres erprobenden Charakters ebenfalls Anknüpfungspunkte für eine Anregung der Regelstrukturen sowie einen systematischen Austausch mit themennahen Trägern von Einzelprojekten der Lokalen Aktionspläne liefern. Diese Potenziale scheinen derzeit noch nicht gänzlich ausgeschöpft zu sein.

Auch die eingesetzten Coaches leisten neben den durch die Programminitiatoren geschaffenen Vernetzungsmöglichkeiten im Rahmen von Veranstaltungen mit ihrer semi-externen Perspektive und dem Blick von und nach außen einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung zwischen und jenseits der Programmbereichsgrenzen.

Landesstrukturen tragen zum Austausch mit Akteuren anderer Bundes- und Landesprogramme bei.

Ferner haben sich gut ausgebaute und etablierte Landesstrukturen als förderlich für die Herstellung von Synergien innerhalb von und zwischen den Programmbereichen sowie mit anderen einschlägigen Bundes- und Landesprogrammen erwiesen. Bereits im Vorgängerprogramm VIELFALT TUT GUT zeigte sich, dass in Abhängigkeit davon, wie die Länderstrukturen organisiert sind und in welchem Umfang Überschneidungen hinsichtlich der Gebiete der Lokalen Aktionspläne, Beratungsträgerstandorte oder lokalen Einsatzbereiche der Mobilen Beratungsteams existieren, die Strukturen der Lokalen Aktionspläne und (Landes-)Beratungsstrukturen zusammenarbeiten.

Da die Länder weitere Schritte in Richtung von Landesinitiativen und -programmen im Themenfeld unternommen haben beziehungsweise anvisieren, verbessern sich die Rahmenbedingungen für die Nutzung von Synergie-Potenzialen und zur Schaffung eines Mehrwerts. Dabei stehen auf der Landesebene Informationsaustausch, Maßnahmen einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit und weitergehende Schritte der Politik- und Handlungskoordination im Mittelpunkt der Synergie fördernden Prozesse.

Für einen weiteren Ausbau der Kontakte auf der Bundesebene könnten zusätzliche Anstöße für einen Fachaustausch mit themennahen anderen Programmen (zum Beispiel "Zusammenhalt durch Teilhabe") sowie bundesweite Treffen der Programmakteure hilfreich sein. Letztere insbesondere vor dem Hintergrund der Schaffung einer gemeinsamen Programmidentität und dem Aspekt der Wertschätzung der geleisteten Arbeit durch das BMFSFJ und Dritte.

5.4.3 Bezüge zu den Regelstrukturen (insbesondere der Kinderund Jugendhilfe)

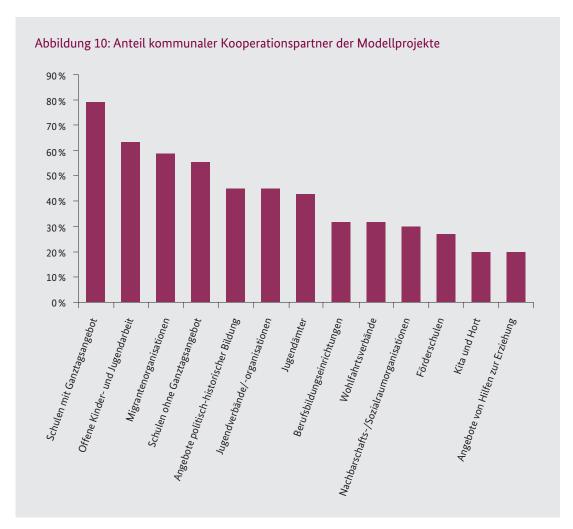
Die Kindheits- und Jugendphase scheint ein günstiges Gelegenheitsfenster zu bieten, politische Sozialisationsprozesse demokratieförderlich zu beeinflussen. Hierbei spielen neben der Familie die Instanzen Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe zentrale Rollen. Dem Zusammenspiel dieser Instanzen kommt in den jugendlichen Sozialisationsprozessen eine Schlüsselrolle zu, weshalb sich in diesem Kontext die Frage stellt, in welchem Verhältnis die Handlungskonzepte des Bundesprogramms als Modellprogramm vor allem zu den regelgeförderten Angeboten der Kinderund Jugendhilfe sowie zu weiteren Sozialisationsinstanzen (zum Beispiel Schule) stehen.

Kinder- und Jugendhilfeangebote sind das Zielsystem für die Innovationen der Modellprojekte.

Im Handlungskonzept Modellprojekte sind die Bezüge zur Kinder- und Jugendhilfe sowie zur Schule am deutlichsten angelegt. Innerhalb dieses Programmbereichs werden zivilgesellschaftlichen Organisationen Entwicklungs- und Erprobungsräume in vorab identifizierten pädagogischen Arbeitsfeldern und Themen eröffnet, die ausdrücklich zur fachlichen Weiterentwicklung der bestehenden Regelpraxis beitragen sollen. Dies setzt voraus, dass sich die Projekte in irgendeiner Form auf die Regelpraxis beziehen, günstigstenfalls mit Angeboten und Einrichtungen aus diesem Bereich kooperieren. Das Programm hat diesen Bezug forciert, indem es den Modell-projekten einen Kofinanzierungsanteil von 50 Prozent vorgab.

Die wissenschaftliche Begleitung hat alle Modellprojekte des Programms im Auftrag der Programmevaluation zu ihren Kooperationsbeziehungen mit Regeleinrichtungen auf der Ebene der Kommunen, der Länder und des Bundes befragt. Dabei kommt sowohl den allgemeinbildenden Schulen als auch den lokalen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe eine Schlüsselstellung zu. Die Häufigkeiten der Zusammenarbeit der Modellprojekte mit einzelnen Instanzen der Regelpraxis auf dieser Ebene sind der folgenden Abbildung zu entnehmen.

In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Zusammenarbeit der Modellprojekte mit den verschiedenen Instanzen der Regelpraxis im Allgemeinen vor allem dem Austausch von Informationen und dem Zugang zu Zielgruppen dient. In Abhängigkeit von der jeweiligen Kooperationsinstanz erstrecken sich die Beziehungen auf weitere Bereiche. Die örtlichen und überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe treten beispielsweise vor allem als Kofinanzierungspartner der Projekte in Erscheinung. Von insgesamt 34 Projekten, die nach eigenen Angaben mit Landesministerien zusammenarbeiten, nennen 28 "Kofinanzierung" als Kooperationsinhalt. Auf der kommunalen Ebene sehen sich 22 Projekte in einer Kooperationsbeziehung zum Jugendamt, wobei acht Nennungen auf den Bereich "Kofinanzierung" fallen. Verhältnismäßig ähnliche Befunde liegen auch für die Regelangebote und Einrichtungen der politischen Bildung (Landeszentralen, Stiftungen und Ähnlichen) vor.



Quelle: Daten wissenschaftliche Begleitung (Univation) 2012; Berechnung und Darstellung Programmevaluation (DJI) 2014; N = 51.

Allgemeinbildende Schulen mit Ganztagsangeboten sind der wichtigste Kooperationspartner für Modellprojekte bei der Erprobung von Maßnahmen.

Die Zusammenarbeit mit allgemeinbildenden Schulen richtet sich bei zwei Dritteln der 40 Projekte, die mit solchen Einrichtungen kooperieren, auf die Abstimmung von Maßnahmeinhalten sowie die gemeinsame Durchführung von Einzelmaßnahmen. Dabei spielen vor allem Schulen mit einem Ganztagsangebot eine zahlmäßig herausragende Rolle. Mit Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie Migrantenorganisationen arbeiten jeweils rund 60 Prozent aller Modellprojekte zusammen. Dabei bildet die abgestimmte und/oder gemeinsame Projektdurchführung für jedes zweite Projekt einen Schwerpunkt. Prinzipiell gleichwertige Befunde liegen auch in Bezug auf die Kooperationsinhalte und -umfänge mit Jugendverbänden und Trägern der politischen Jugend- sowie Erwachsenenbildung vor. Inhaltlich weniger große Bedeutung als Kooperationsgegenstand hat im Projektverlauf die Verbreitung oder der Transfer von Projektergebnissen beziehungsweise -inhalten in die Regelpraxis.

Der Anteil der in diesem Bereich kooperierenden Projekte liegt je Kooperationsinstanz durchschnittlich bei etwa 30 Prozent. Das Arbeitsfeld der historischen und politischen Bildung sticht hierbei heraus, da von 23 mit entsprechenden Regelangeboten kooperierenden Projekten keines angegeben hat, die Kooperation habe auch Transferaspekte umfasst. Insgesamt legen die Daten nahe, dass sich die Kooperationsbeziehungen der Modellprojekte mit der Regelpraxis der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Schule vorrangig auf die Sicherstellung günstiger Entwicklungsund Erprobungsbedingungen der Modellvorhaben richten. Aspekten des Transfers von Projektergebnissen beziehungsweise -erkenntnissen als einem zentralen Programmanliegen kam zumindest im betrachteten Zeitraum eine geringere Bedeutung zu. Inwieweit sich hier bereits noch brachliegende Potenziale für die Anregung der Regelpraxis durch Modellvorhaben zeigen, wird sich in einer noch ausstehenden Nachhaltigkeitsuntersuchung der Projekte erweisen.

Die Handlungskonzepte Lokale Aktionspläne und landesweite Beratungsnetzwerke weisen ebenfalls enge Verbindungen zur Kinder- und Jugendhilfe auf. Allerdings ist der Programmanspruch in deren Kontexten nicht, das Jugendhilfesystem gezielt und unmittelbar anzuregen. Die Weiterentwicklung der Regelpraxis ist hier in einen größeren gesellschaftlichen Kontext eingebettet und geschieht über Innovationen, die die Programmaktivitäten, etwa im Bereich der Engagementförderung auf der lokalen und Länderebene oder als Ergebnis von Beratungsprozessen, anregen.

Regelangebote arbeiten mit den landesweiten Beratungsnetzwerken als Ratsuchende oder in der Fallbearbeitung als Unterstützer zusammen.

Die Programmakteure im Bereich Beratungsnetzwerke kommen mit den Vertreter/innen der Regelpraxis zum einen in Kontakt, wenn diese sich mit einem Unterstützungsanliegen als direkt oder indirekt Betroffene rechtsextremer Aktivitäten an Beratungseinrichtungen wenden. In den Prozessen der Fallbearbeitung steht die pädagogische Regelpraxis den Berater/innen zugleich als Unterstützungsinstanz zur Seite. Zum anderen haben in mehr als der Hälfte der Bundesländer die Landeskoordinierungen enge Verbindungen insbesondere zur Kinder- und Jugendhilfe, weil sie entweder an Einrichtungen der Jugendhilfe auf Landesebene angesiedelt sind oder berufsbiografisch enge Beziehungen zu diesen Einrichtungen unterhalten. Damit kommt diesen Struk-

turen – wie bereits an anderer Stelle beschrieben – eine Schlüsselstellung in der Vernetzung von Programm- und Regelpraxis zu.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein wichtiger strategischer Partner in den Lokalen Aktionsplänen, allgemeinbildende Schulen sind die wichtigsten Orte für pädagogische Einzelprojektarbeit.

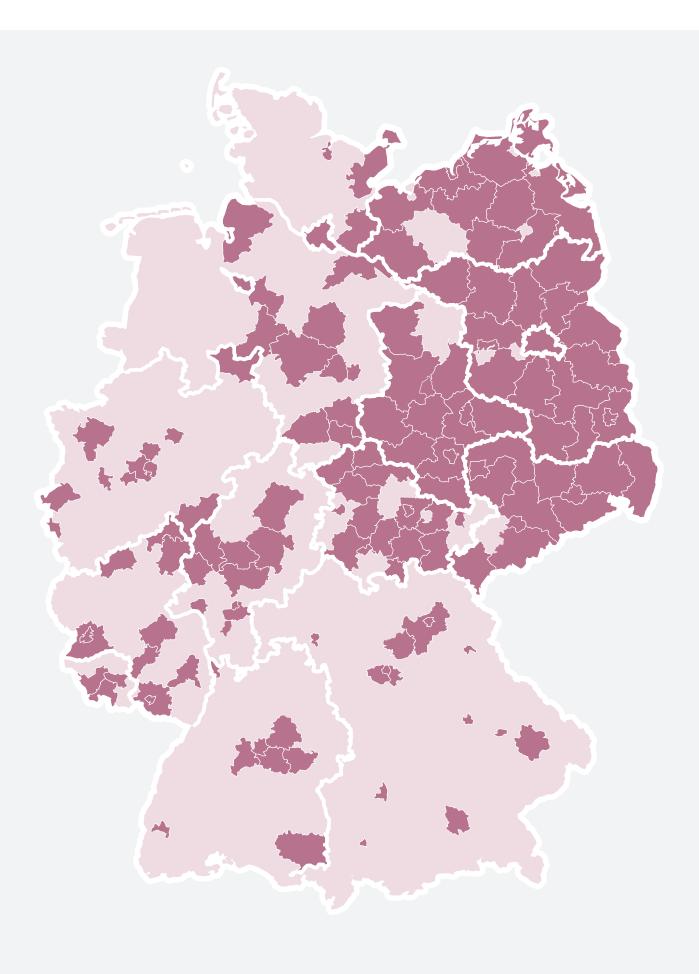
Auf der lokalen Ebene sind Regeleinrichtungen, insbesondere sowohl der öffentlichen als auch der freien Jugendhilfe, als Mitglieder von Begleitausschüssen Lokaler Aktionspläne ebenfalls Teil von Koordinierungsstrukturen innerhalb des Programms. In der operativen Umsetzung der Lokalen Aktionspläne, etwa in Einzelprojekten, treten Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vor allem als zentrale Durchführungsorganisationen und allgemeinbildende Schulen zu über 60 Prozent als die alleinig gewählten Durchführungsorte in Erscheinung. Dementsprechend hat rund die Hälfte aller Lokalen Aktionspläne in den statistischen Erhebungen im Auftrag der Programmevaluation Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe als Kooperationspartner nicht nur unmittelbar in der Projektdurchführung benannt, sondern vor allem auch in Fragen der Strategieentwicklung und in der Zusammenarbeit außerhalb von Strukturen der Lokalen Aktionspläne.

Die beiden letztgenannten Punkte zur strategischen Zusammenarbeit sind vor allem unter Nachhaltigkeitsaspekten relevant. Allgemeinbildende Schulen werden in diesem Zusammenhang weniger häufig genannt. Hier ist es etwa jeder vierte Lokale Aktionsplan, für den die schulische Regelpraxis (auch) eine strategische Bedeutung hat. Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle, dass auch Elternvertretungen beziehungsweise -beiräten mit ihrer Schnittstellenfunktion zwischen den Sozialisationsinstanzen Familie, Schule und Jugendhilfe in etwa jedem achten Lokalen Aktionsplan (15 Prozent) als strategischen Kooperationspartnern eine Bedeutung zukommt. Als Partner für einen Informations- und Fachaustausch sowie die gemeinsame Durchführung von Projekten finden sie in jedem vierten Lokalen Aktionsplan Erwähnung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die pädagogische Regelpraxis der Kinder- und Jugendhilfe in allen drei Programmbereichen eine strategische Bedeutung als Kooperationspartner hat. In der unmittelbaren pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen kommt den allgemeinbildenden Schulen als Durchführungsraum eine Schlüsselrolle zu. Für den Zugang zu jugendlichen Zielgruppen sowie zur Unterstützung von Programmakteuren durch die Bereitstellung von Wissen, finanziellen und Infrastruktur-Ressourcen sind gelingende Beziehungen zu den Regelangeboten für die Programmumsetzung essenziell.



VI.Anhang



Lokale Aktionspläne im Überblick

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtför	derzeit	흰
	Name	Größe in km²	Einwoh- nerzahl	Laufzeit Beginn	Laufzeit Ende	Anzahl der Einzelprojekte
Baden-Württemberg 12 Lokale Aktionspläne						
Stadt Mannheim	Mannheim	145	323.000	01.01.11	31.12.14	39
Landeshauptstadt Stuttgart	Altenburg, Birkenäcker, Pragstraße		19.972	01.01.11	31.12.14	12
Stadt Böblingen	Böblingen	39	46.500	01.01.11	31.12.14	28
Stadtverwaltung Herrenberg	Herrenberg		31.324	17.05.11	31.12.14	44
Stadt Weil der Stadt	tadt Weil der Stadt Weil der Stadt		19.000	17.05.11	31.12.14	49
Jugendamt des Rems-Murr-Kreises			417.000	01.01.11	31.12.14	12
Stadt Winnenden Winnenden			27.000	17.05.11	31.12.14	28
Stadtverwaltung Göppingen		59	57.000	01.01.11	31.12.14	23
Stadt Geislingen Geislingen an der Steige		76	26.368	17.05.11	31.12.14	47
Stadt Ostfildern Ostfildern		23	36.027	17.05.11	31.12.14	43
Stadt Freiburg	Stadtkreis Freiburg	153	219.665	01.01.11	31.12.14	59
Stadt Ravensburg	Stadt Ravensburg mit Region Mittleres Schussental	92	49.700	17.05.11	31.12.14	44
Bayern 12 Lokale Aktionspläne						
Verwaltungsgemein- schaft Aßling	Grafing, Aßling, Emmering, Frauenneuharting	60	19.900	17.05.12	31.12.14	23
Stadt Augsburg	Stadt Augsburg	147	267.121	01.01.11	31.12.14	66
Stadt Kaufbeuren	Kaufbeuren	40	43.199	01.01.11	31.12.14	41
Stadt Nürnberg, Bürgermeisteramt, Menschenrechtsbüro	Nürnberg	186	505.715	17.05.11	31.12.14	56
Stadt Fürth	Stadt Fürth und Landkreis Fürth	360	230.000	01.01.11	31.12.14	45
Kreisjugendring Landkreis Forchheim Forchheim		643	113.236	01.01.11	31.12.12	4
Stadt Weiden i. d. OPf.; Dezernat 3			41.961	17.05.12	31.12.14	46
Stadt Regensburg	Gesamtstadt Regensburg	82	150.000	01.01.11	31.12.14	11
Stadt Straubing	Stadt Straubing	68	44.396	17.05.11	31.12.14	56

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtför	derzeit	ë
	Name	Größe in km²	Einwoh- nerzahl	Laufzeit Beginn	Laufzeit Ende	Anzahl der Einzelprojekte
Stadt Deggendorf	Stadt Deggendorf	77	31.705	01.05.11	31.12.14	57
Stadt Bayreuth	Stadt Bayreuth, Gemein- den Speichersdorf und Warmensteinach	137	80.942	17.05.11	31.12.14	60
Stadt Würzburg	Würzburg Stadt	87	133.195	17.05.11	31.12.14	80
Berlin 16 Lokale Aktionspläne						
Bezirksamt Berlin-Mitte	Osloer Straße	2	33.341	01.01.11	31.12.14	19
Bezirksamt Berlin-Mitte	Moabit	8	74.950	01.01.11	31.12.14	21
Bezirksamt Berlin-Mitte	Wedding Zentrum/ Brunnenstraße Süd	9	73.519	17.05.11	31.12.14	24
Bezirksamt Berlin-Lichtenberg	Hohenschönhausen Stadtteile 2 – 5		95.226	01.01.11	31.12.14	36
Bezirksamt Berlin-Lichtenberg			64.842	01.01.11	31.12.14	23
Bezirksamt Berlin-Tempelhof- Schöneberg	Bezirk Tempelhof- Schöneberg	53	326.000	01.01.11	31.12.14	32
Bezirksamt Berlin-Friedrichshain- Kreuzberg	Bezirk Friedrichshain- Kreuzberg	20	259.967	01.01.11	31.12.14	18
Bezirksamt Berlin- Neukölln	Bezirk Neukölln – Schwer- punkt Süd-Neukölln	45	307.000	01.01.11	31.12.14	21
Bezirksamt Berlin- Neukölln	Neukölln-Nord	12	168.000	15.05.11	31.12.14	31
Bezirksamt Berlin- Treptow-Köpenick	Bezirk Treptow- Köpenick	168	237.753	01.01.11	31.12.14	35
Bezirksamt Berlin-Treptow-Köpenick	Stadtteil Schöneweide	10	26.800	17.05.11	31.12.14	45
Bezirksamt Berlin- Marzahn-Hellersdorf	Hellersdorf-Nord, Hellersdorf-Ost	6	48.933	01.01.11	31.12.14	31
Bezirksamt Berlin- Marzahn-Hellersdorf	Stadtteil Marzahn-Mitte	8	43.795	01.01.11	31.12.14	19
Bezirksamt Berlin-Pankow	Bezirk Pankow	103	377.000	01.01.11	31.12.14	23
Bezirksamt Berlin-Pankow	Bezirksregionen Weißen- see, Weißensee-Ost, Heinersdorf	10	80.800	25.05.11	31.12.14	34
Bezirksamt Berlin- Reinickendorf	Bezirk Reinickendorf	89	241.490	01.01.11	31.12.14	18

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtfö	rderzeit	i.
	Name	Größe in km²	Einwoh- nerzahl	Laufzeit Beginn	Laufzeit Ende	Anzahl der Einzelprojekte
Brandenburg 16 Lokale Aktionspläne						
Landkreis Oberspree- wald-Lausitz	Städte aus dem Kreisgebiet: Lauchhammer, Ruhland, Schwarzheide, Lübbenau/ Spreewald, Senftenberg, Schipkau, Großräschen)	728	101.191	01.01.11	31.12.14	31
Stadtverwaltung Cottbus	Kreisfreie Stadt Cottbus	164	100.034	01.05.11	31.12.14	90
Landkreis Spree-Neiße	Landkreis Spree-Neiße	1.648	128.470	01.05.11	31.12.14	69
Landkreis Elbe-Elster	Landkreis Elbe-Elster	1.889	115.153	01.01.11	31.12.14	22
Stadtverwaltung Rathenow	tadtverwaltung Westhavelland: Rathenow,		55.000	17.05.11	31.12.14	79
Stadtverwaltung Bad Belzig Wiesenburg, Amt Brück, Amt Niemegk, Stadt Treuenbrietzen, Stadt Bad Belzig)		1.121	39.790	01.01.11	31.12.14	41
Landkreis Teltow- Fläming	Landkreis Teltow-Fläming	2.092	161.120	05.05.11	31.12.14	80
Stadtverwaltung Frankfurt Oder, Amt für Jugend und Soziales	Stadt Frankfurt/Oder	148	59.925	01.01.11	31.12.14	25
Landkreis Märkisch- Oderland	Landkreis Märkisch- Oderland	2.150	192.000	01.01.11	31.12.14	11
Stadt Fürstenwalde/ Spree	Stadt Fürstenwalde/Spree, Gemeinde Steinhöfel, Amt Odervorland	409	42.276	01.01.11	31.12.14	14
Landkreis Dahme- Spreewald	Landkreis Dahme- Spreewald	2.261	161.410	01.01.11	31.12.14	20
Landkreis Barnim	Landkreis Barnim	1.472	176.953	01.01.11	31.12.14	15
Landkreis Oberhavel, Fachbereich Jugend	Landkreis Oberhavel	1.795	204.346	01.01.11	31.12.14	27
Landkreis Ostprignitz- Ruppin	Landkreis Ostprignitz- Ruppin	2.509	104.344	01.01.11	31.12.14	40
Landkreis Uckermark	Landkreis Uckermark	3.058	127.561	01.01.11	31.12.14	23
Stadtverwaltung Wittenberge	Regionaler Wachstums- kern Prignitz (Wittenberge, Perleberg, Karstädt), Gemeinde Plattenberg, Amt Lenzen-Elbtalaue	641	41.173	17.05.11	31.12.14	56

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtför	derzeit	ā
	Name	Größe in km²	Einwoh- nerzahl	Laufzeit Beginn	Laufzeit Ende	Anzahl der Einzelprojekte
Bremen 2 Lokale Aktionspläne						
Magistrat der Stadt Bremerhaven, Amt für Jugend, Familie und Frauen	Stadtgemeinde Bremerhaven	94	108.000	01.01.11	31.12.14	50
Amt für Soziale Dienste Fremen – Sozialzentrum Mitte/östl. Vorstadt/ Findorff	Stadtgemeinde Bremen (Schwerpunkte: Mitte, östl. Vorstadt, Findorff)	11	73.190	05.08.11	31.12.14	48
Hamburg 2 Lokale Aktionspläne						
Bezirksamt Hamburg-Mitte	St. Georg, Borgfelde	2	16.591	01.01.11	31.12.14	50
Bezirksamt Hamburg-Altona	Osdorf, Lurup	25	60.000	01.01.11	31.12.13	14
Hessen 11 Lokale Aktionspläne						
Kreisausschuss des Schwalm Eder-Kreises	Schwalm-Eder-Kreis	1539	181.523	01.01.11	31.12.14	56
Magistrat der Stadt Lollar	Kernstadt Lollar	22	10.211	17.05.11	31.12.14	47
Stadt Wetzlar	Lahn-Dill-Kreis, Stadt Wetzlar	1.067	252.150	17.05.11	31.12.14	35
Magistrat der Stadt Weilburg	Stadt Weilburg und angrenzende Gemeinden	57	13.700	17.05.11	31.12.14	61
Magistrat der Stadt Alsfeld	Stadt Alsfeld	130	16.501	01.05.11	31.12.14	41
Jugendamt Vogelsbergkreis	Vogelsbergkreis	1.459	112.000	01.01.11	31.12.14	29
Gemeinde Echzell	Mittlere Wetterau	148	30.902	17.05.11	31.12.14	52
Kreis Offenbach	Kreis Offenbach	356	338.061	01.01.11	31.12.14	29
Amt für Interkulturelles und Internationales	Darmstadt	122	141.000	01.01.11	31.12.14	20
Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden, Kinder- und Jugendzentrum Biebrich	Wiesbaden-Biebrich	13	36.807	01.01.11	31.12.14	27
Amt für Jugend, Schule und Familie des Land- kreises Limburg-Weil- burg	Landkreis Limburg- Weilburg	738	171.302	01.01.11	31.12.14	46

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtför	rderzeit	ē
	Name	Größe in km²	Einwoh- nerzahl	Laufzeit Beginn	Laufzeit Ende	Anzahl der Einzelprojekte
Mecklenburg-Vorpommer 16 Lokale Aktionspläne	n					
Amt Stargarder Land	Amt Stargarder Land	168	10.000	01.01.11	31.12.14	22
Landkreis Mecklenburgi- sche Seenplatte, Regionalstandort Demmin	Altkreis Demmin	1.922	81.788	01.01.11	31.12.14	47
Landkreis Mecklenburgi- sche Seenplatte, Regionalstandort Müritz	sche Seenplatte, Regionalstandort Müritz		65.210	17.05.11	31.12.14	50
Hansestadt Anklam	dt Anklam Anklam in Kooperation mit Amt Anklam-Land		25.010	19.05.11	31.12.14	32
Landkreis Mecklenburgi- sche Seenplatte, Regio- nalstandort Neustrelitz	Altkreis Mecklenburg- Strelitz	2.089	79.729	01.01.11	31.12.14	66
Landkreis Altkreis Uecker-Randow Vorpommern-Greifswald		1.624	77.152	01.01.11	31.12.14	12
Stadt Usedom Amt Usedom-Süd c/o Amt Usedom-Süd		223	11.798	17.05.11	31.12.14	24
Stadt Wolgast Wolgast		110	17.689	01.01.11	31.12.14	24
Landkreis Rostock	Altkreis Bad Doberan	1.362	119.620	01.01.11	31.12.14	9
Landkreis Rostock	Altkreis Güstrow	2.058	97.978	01.01.11	31.12.14	10
Amt Krakow am See	Amt Krakow am See	421	11.534	17.05.11	31.12.14	80
Landkreis Vorpommern-Rügen	Altkreis Nordvorpommern	2.172	111.697	01.01.11	31.12.14	27
Stadt Sassnitz	Sassnitz	50	10.380	01.01.11	31.12.14	18
Stadt Boizenburg/Elbe	Boizenburg und Lübtheen	170	18.000	17.05.11	31.12.14	30
Landkreis Ludwigslust-Parchim	Altkreis Ludwigslust	2.517	124.595	01.01.11	31.12.14	27
Landkreis Nordwest- mecklenburg	Landkreis Nordwest- mecklenburg	2.076	117.033	01.01.11	31.12.14	12
Niedersachsen 12 Lokale Aktionspläne						
Stadt Lüneburg	Stadt Lüneburg	70	71.396	01.01.11	31.12.14	11
Samtgemeinde Amelinghausen	Kommunaler Zusammen- schluss der Samtgemein- den Amelinghausen, Gellersen, Ilmenau	345	32.747	17.05.11	31.12.14	46
Stadt Verden/Fachbe- reich Bildung und Kultur und Landkreis/Stadt Nienburg/Weser		2.186	258.400	01.01.11	31.12.14	22
Stadt Cuxhaven	Stadt Cuxhaven	162	50.073	17.05.11	31.12.14	32

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtför	derzeit	o o
	Name	Größe in km²	Einwoh- nerzahl	Laufzeit Beginn	Laufzeit Ende	Anzahl der Einzelprojekte
Stadt Celle	Stadt Celle	176	69.712	01.01.11	31.12.14	56
Stadt Laatzen	Stadt Laatzen	34	42.173	17.05.11	31.12.14	43
Stadt Peine	Stadt Peine	120	49.174	17.05.11	31.12.14	38
Stadt Northeim	Stadt Northeim	146	29.986	17.05.11	31.12.14	30
Landkreis Northeim	Landkreis Northeim	1.266	137.658	17.05.11	31.12.14	20
Landkreis Osterode am Harz am Harz		636	76.370	01.01.11	31.12.14	12
Stadt Braunschweig, Sozialreferat – Büro für Migrationsfragen		192	241.930	01.01.11	31.12.14	20
Landkreis Goslar	Landkreis Goslar	965	144.000	01.01.11	31.12.14	23
Nordrhein-Westfalen 11 Lokale Aktionspläne						
Stadt Minden	Stadt Minden	101	80.121	17.05.11	31.12.14	57
Stadt Wuppertal	Wuppertal	168	349.173	01.01.11	31.12.14	28
Stadt Dortmund	Stadt Dortmund	280	576.704	17.05.11	31.12.14	46
Stadt Dinslaken	Stadt Dinslaken Dinslaken		72.042	17.05.11	31.12.14	43
Stadt Duisburg, Stadt Duisburg Jugendamt		230	500.000	01.01.11	31.12.14	79
Volkshochschule Aachen	Volkshochschule Aachen Aachen		244.509	17.05.11	31.12.14	37
Stadt Geilenkirchen	Stadt Geilenkirchen	83	28.497	24.05.11	31.12.14	53
Stadt Siegen	Stadt Siegen	115	103.029	17.05.11	31.12.14	67
Stadt Hagen	Stadt Hagen	160	188.000	01.01.11	31.12.14	25
Stadt Witten	Stadt Witten	72	98.204	01.01.11	31.12.14	41
Jugendamt Stadt Hamm	Stadt Hamm, Stadt- bezirk Heessen ohne Hamm-Norden	24	17.743	17.05.11	31.12.14	48
Rheinland-Pfalz 9 Lokale Aktionspläne						
Stadt Remagen	Stadt Remagen	33	16.288	17.05.11	31.12.14	35
Stadtverwaltung Trier, Dezernat II, Jugendamt	Stadt Trier und Landkreis Trier-Saarburg	1.208	248.615	01.01.11	31.12.14	17
Kreisverwaltung Bad Kreuznach	Stadt u. Landkreis Bad Kreuznach	864	157.811	01.01.11	31.12.14	9
Verbandsgemeinde- verwaltung Höhr-Grenzhausen	Höhr-Grenzhausen, Ortsgemeinden Hillscheid, Hilgert, Kammerforst	36	13.984	17.05.11	31.12.14	30
Kreisverwaltung Altenkirchen	Landkreis Altenkirchen	642	132.873	01.01.11	31.12.14	43
Kreisverwaltung Kusel, Abt. Jugend und Sozia- les/Jugendpflege	Landkreis Kusel	573	72.602	17.05.11	31.12.14	42

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtfö	rderzeit	a
	Name	Größe in km²	Einwoh- nerzahl	Laufzeit Beginn	Laufzeit Ende	Anzahl der Einzelprojekte
Stadtverwaltung Pirmasens	Stadtbezirk Pirmasens	61	42.985	01.01.11	31.12.14	31
Landkreis Südwestpfalz	Landkreis Südwestpfalz	954	99.016	17.05.11	31.12.14	25
Kreisverwaltung Bad Dürkheim	Landkreis Bad Dürkheim	594	133.052	01.01.11	31.12.14	15
Saarland 4 Lokale Aktionspläne						
Regionalverband Saarbrücken	Regionalverband Saarbrücken	411	336.760	01.01.11	31.12.14	32
Landeshauptstadt Saarbrücken	Stadt Saarbrücken	167	179.000	17.05.11	31.12.14	78
Landkreis Neunkirchen	Landkreis Neunkirchen	249	138.586	17.05.11	31.12.14	44
Landkreis Saarlouis Landkreis Saarlouis		459	206.215	01.01.11	31.12.14	23
Sachsen 15 Lokale Aktionspläne						
Landeshauptstadt Dresden	Dresden	328	517.168	17.05.11	31.12.14	29
Stadtverwaltung Riesa Alt-Landkreis Riesa- Großenhain		821	112.855	01.01.11	31.12.14	27
Stadtverwaltung Coswig, Fachgebiet Schulen, Kitas, Jugend	Städte Coswig, Radeburg, Moritzburg, Radebeul	152	72.861	01.01.11	31.12.14	22
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	1.654	250.860	01.01.11	31.12.14	29
Landratsamt Bautzen, Dezernat 5	Landkreis Bautzen in der Struktur vom 01.01.2007	961	145.000	01.01.11	31.12.14	23
Landratsamt Görlitz	ehemaliges Kreisgebiet Löbau-Zittau	700	141.000	01.01.11	31.12.14	36
Landratsamt Görlitz, Jugendamt	Landkreis Görlitz nördl. Teil, ehem. Landkreis NOL u. ehem. Kreisfreie Stadt Görlitz	1.407	281.076	17.05.11	31.12.14	59
Stadt Leipzig	Leipzig	30	520.000	01.01.11	31.12.14	22
Landratsamt Landkreis Leipzig, Jugendamt	ehemaliger Muldentalkreis (vor 2008)	895	128.699	01.01.11	31.12.14	22
Landratsamt Nordsachsen	Landkreis Nordsachsen	2.020	206.386	01.01.11	31.12.14	32
Zukünftige Einheitsstadt Silberberg	dt Städte Aue, Lößnitz, Schneeberg, Gemeinde Bad Schlema		47.899	01.01.11	31.12.14	30
Stadtverwaltung Plauen	Stadt Plauen und Vogt- landkreis	1.310	248.000	01.01.11	31.12.14	10
Stadt Chemnitz	Stadt Chemnitz	220	240.767	17.05.11	31.12.14	10

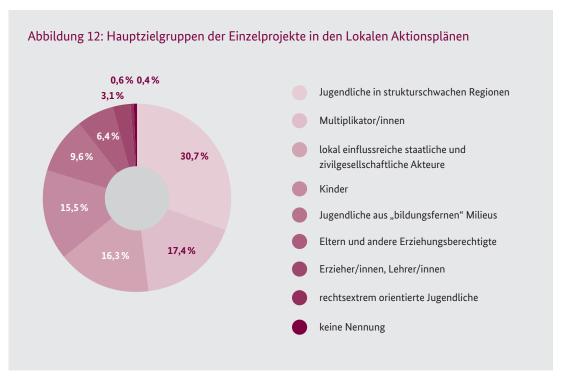
Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtfö	rderzeit	te
	Name	Größe in km²	Einwoh- nerzahl	Laufzeit Beginn	Laufzeit Ende	Anzahl der Einzelprojekte
Stadtverwaltung Olbernhau	Städte Olbernhau, Zöblitz, Pfaffroda, Verwaltungsge- meinschaft Seiffen	222	21.000	17.05.11	31.12.14	56
Landratsamt Mittelsachsen	Landkreis Mittelsachsen	2.112	323.337	01.01.11	31.12.14	126
Sachsen-Anhalt 16 Lokale Aktionspläne						
Stadt Halle (Saale) – Fachbereich Bildung (ehemals Amt für Kinder, Jugend und Familie)	Stadt Halle (Saale)	135	232.535	01.01.11	31.12.14	17
Kreisverwaltung Saale- kreis, Jugendamt	-		197.492	01.05.11	31.12.14	55
Landkreis Anhalt- Alt-Landkreis Bitterfeld Bitterfeld		1.453	179.263	01.01.11	31.12.14	25
Salzlandkreis, Altkreise Aschersleben, Straßfurt, Bernburg		965	152.548	01.01.11	31.12.14	37
Salzlandkreis – ehem. Landkreis Schönebeck		460	71.297	01.01.11	31.12.14	18
Landkreis Mansfeld- Südharz	Landkreis Mansfeld- Südharz	1.448	150.295	01.01.11	31.12.14	44
Kreisverwaltung Burgenlandkreis	Burgenlandkreis	1.414	196.422	01.01.11	31.12.14	13
Stadt Dessau-Roßlau, Jugendamt	Stadt Dessau-Roßlau	245	86.959	01.01.11	31.12.14	9
Landkreis Wittenberg	Landkreis Wittenberg	1.930	138.946	17.05.11	31.12.14	18
Landkreis Altmarkkreis Salzwedel	Landkreis Altmarkkreis Salzwedel	2.292	89.512	01.01.11	31.12.14	18
Landkreis Harz	Landkreis Harz	2.104	234.690	01.01.11	31.12.14	7
Landeshauptstadt Magdeburg-Jugendamt	Landeshauptstadt Magdeburg	201	230.140	01.01.11	31.12.14	24
Stadtverwaltung Burg	Stadt Burg mit ehem. Problemregionen im Land- kreis, die direkte Auswir- kung auf das Stadtgebiet Burg haben	159	23.782	01.01.11	31.12.14	41
Landkreis Jerichower Land	Landkreis Jerichower Land	1.577	98.122	17.05.11	31.12.14	28
Stadt Genthin Stadt Genthin und Einheitsgemeinde Stadt Jerichow		494	22.833	17.05.11	31.12.14	40
Landkreis Börde	Landkreis Börde	2.366	177.302	17.05.11	31.12.14	47

Träger des LAP	Fördergebiet			Gesamtfö	rderzeit	e e	
	Name	Größe in km²	Einwoh- nerzahl	Laufzeit Beginn	Laufzeit Ende	Anzahl der Einzelprojekte	
Schleswig-Holstein 4 Lokale Aktionspläne							
Stadt Lauenburg/Elbe	Lauenburg/Elbe und Amt Lütau	90	15.807	01.01.11	31.12.14	36	
Stadt Neustadt in Holstein	Schuleinzugsbereich Neustadt in Holstein	30	20.000	01.01.11	31.12.14	50	
Kreis Herzogtum Lauenburg	Kreis Herzogtum Lauenburg	1.263	187.000	01.01.11	31.12.14	50	
Landeshauptstadt Kiel	Kiel Pries/Friedrichsort, Schilksee, Wik, Holtenau	2.728	37.529	17.05.11	31.12.14	43	
Thüringen 16 Lokale Aktionspläne		,				•	
Stadtverwaltung Stadt Pößneck und Umgebung		24	12.927	01.01.11	31.12.14	24	
Stadt Gera, Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe Stadt Gera		152	103.214	01.01.11	31.12.14	52	
Landratsamt Saale- Holzland-Kreis Saale-Holzland-Kreis		817	87.400	01.01.11	31.12.14	23	
Stadtverwaltung Saalfeld Saalfeld mit Transfer in Landkreis Saalfeld-Rudolstadt		70	27.000	01.08.11	31.12.14	54	
Landkreis Eichsfeld, Jugendamt	Landkreis Eichsfeld	940	101.312	17.05.11	31.12.14	46	
Landratsamt Sonneberg	Landkreis Sonneberg	433	58.904	17.05.11	31.12.14	50	
Stadt Suhl, Jugend- und Schulverwaltungsamt	Stadt Suhl	103	36.744	01.01.11	31.12.14	20	
Landratsamt Schmal- kalden-Meiningen, Jugendamt	Landkreis Schmalkalden- Meiningen	1.210	129.485	17.05.11	31.12.14	52	
Stadt Apolda	Apolda mit Transfer in den Landkreis Weimarer Land	803	84.693	01.11.11	31.12.14	53	
Landkreis Ilm-Kreis	Ilm-Kreis	843	112.350	01.01.11	31.12.14	20	
Stadt Weimar	Stadt Weimar	887	150.000	01.01.11	31.12.14	37	
Landratsamt Kyffhäuser- kreis, Jugend- und Sozial- amt	Kyffhäuserkreis	1.035	80.053	01.01.11	31.12.14		
Stadt Nordhausen	Nordhausen	89	42.495	01.01.11	31.12.14	18	
Stadtverwaltung Eisenach			48.827	01.01.11	31.12.14	19	
Erfüllende Gemeinde Ohrdruf Ohrdruf Erfüllende Gemeinde Ohrdruf u. angrenzende Gemeinden		144	11.479	01.01.11	31.12.14	44	
Landratsamt Unstrut- Hainich-Kreis	Unstrut-Hainich-Kreis	905	109.000	01.01.11	31.12.14	22	

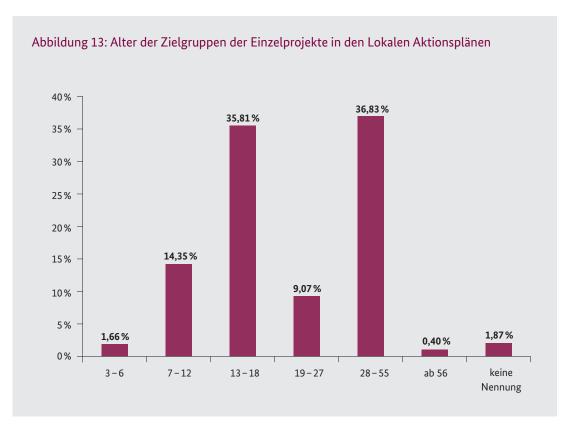
Statistiken zu den Einzelprojekten in den Lokalen Aktionsplänen



Quelle: Angaben der Lokalen Koordinierungsstellen; N = 6.194.



Quelle: Angaben der Lokalen Koordinierungsstellen; N = 6.194.

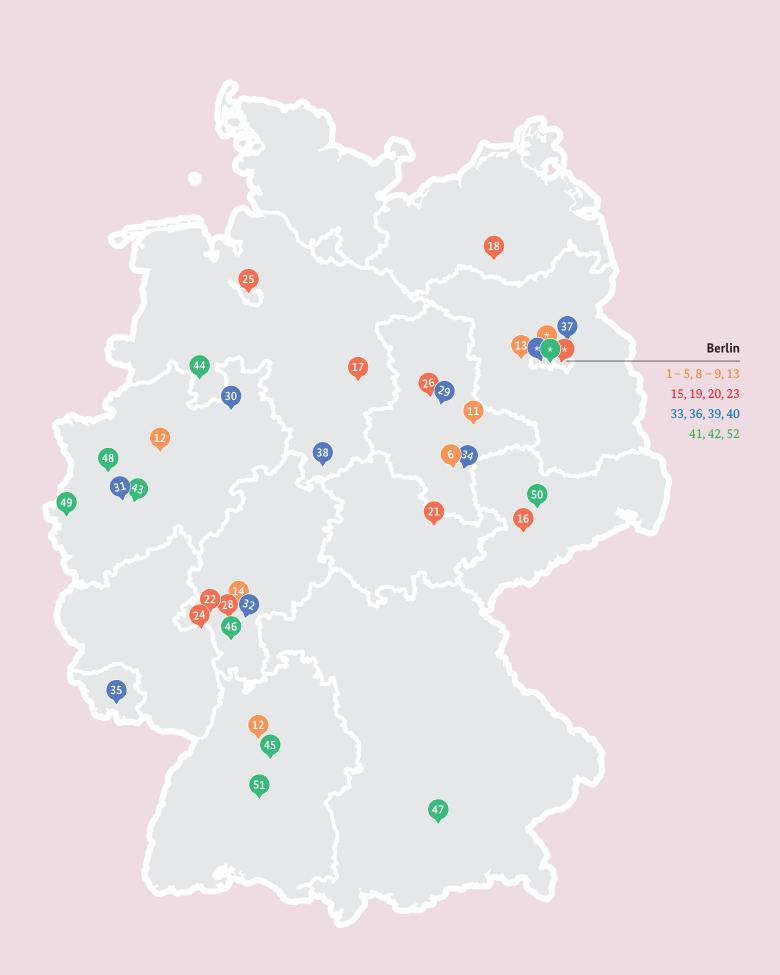


Quelle: Angaben der Lokalen Koordinierungsstellen; N=6.194.

Abbildung 14: Projekttypen der Einzelmaßnahmen in den Lokalen Aktionsplänen

Projekttypen	Anteil
Aktionstage	12,3 %
Projekte zum Aufbau von Netzwerken	10,4 %
Diskussions- und Informationsveranstaltungen	10,3 %
Projekte der außerschulischen Jugendbildung	10,3 %
Kulturprojekte (Theater, Musicals etc.)	9,0 %
Projekt zur Wissensvermittlung (Vorträge, Seminare etc.)	8,2 %
Schulprojekte	8,1%
Medienprojekte & Ausstellungen	7,3 %
Qualifizierung und Weiterbildung	6,1%
Beratungsangebote	5,4%
Projekte zur Entwicklung von pädagogischen Materialien	2,4%
Fachtagungen und Kongresse	1,6 %
Forschungsprojekte	1,0 %
Andere	7,6%

 $Quelle: Angaben \ der \ Lokalen \ Koordinierungsstellen; \ N=6.194 \ (Mehrfachnennungen \ waren \ m\"{o}glich).$



Modellprojekte im Überblick

Trä	iger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptziel- gruppe	Förderungs- beginn	Förderungs- ende	Bundes- land Durch- führung
Th	emenbereich "Auseinande	ersetzung mit historischem (und aktuellem Antisemitisr				
1	Amadeu Antonio Stiftung	ju:an – Jugendarbeit gegen Antisemitismus und andere Ungleichwer- tigkeitsideologien	Aktueller Antisemitis- mus in der Integrations- gesellschaft	Multiplika- tor/innen	01.12.2011	30.06.2014	Berlin, Nieder- sachsen
2	Anne Frank Zentrum	Ausstellungs- und Bot- schafterprojekt "Anne Frank und wir"	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Jugendliche	01.02.2011	31.12.2013	bundesweit
3	Archiv der Jugend- kulturen e.V.	New Faces	Aktueller Antisemitis- mus in der Integrations- gesellschaft	Jugendliche	01.04.2011	31.03.2014	bundesweit
4	Freie Universität Ber- lin, Center für Digitale Systeme	Zeugen der Shoah. Video-Interviews in der schulischen Bildung	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Jugendliche	01.11.2011	30.06.2014	bundesweit
5	Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutsch- land e.V.	Wir sind Ihr seid Uns werden Alle	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Jugendliche	01.07.2011	30.06.2014	Berlin
6	Hallisches Institut für Medien (HIM) an der Martin-Luther-Univer- sität Halle-Wittenberg	YOUR HISTORY – Mehr Wissen über den Ho- locaust für Kinder und Jugendliche	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Jugendliche	01.04.2011	31.03.2014	länder- übergrei- fend
7	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.	Ortsbegehung – Stadtre- cherchen zu Shoah und Täterschaft	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Jugendliche	01.08.2011	30.06.2014	länder- übergrei- fend
8	Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.)	"Anerkennen, Auseinan- dersetzen, Begegnen"	Aktueller Antisemitis- mus in der Integrations- gesellschaft	Jugendliche	01.03.2011	30.11.2013	Berlin
9	Miphgasch/Begegnung e.V.	Gemeinsam Geschichte schreiben. Didaktische Materialien für interkultu- relles historisches Lernen	Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust	Multiplika- tor/innen	15.03.2011	14.03.2014	bundesweit
10	Multikulturelles Forum e.V.	"Hallo! Schalom! Selam! Privjet! – Gemeinsam gegen Vorurteile"	Aktueller Antisemitis- mus in der Integrations- gesellschaft	Jugendliche	01.05.2011	30.04.2014	Nordrhein- Westfalen
11	Multikulturelles Zent- rum Dessau e. V.	SEMInar_Pro	Aktueller Antisemitis- mus in der Integrations- gesellschaft	Jugendliche	01.04.2011	31.03.2014	Sachsen- Anhalt
12	Stiftung zur Förderung der Jugend in Baden- Württemberg – Jugendstiftung Ba- den-Württemberg	Community 2.1 – Kein Platz für Vorurteile!	Aktueller Antisemitis- mus in der Integrations- gesellschaft	Jugendliche	01.04.2011	31.03.2014	Baden- Württem- berg

Tra	äger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptziel- gruppe	Förderungs- beginn	Förderungs- ende	Bundes- land Durch- führung
13	ver.di Jugendbildungs- stätte Konradshöhe e.V.	"Film ab!" Mediense- minare gegen Antisemi- tismus	Aktueller Antisemitis- mus in der Integrations- gesellschaft	Jugendliche	01.04.2011	05.04.2014	länder- übergrei- fend
14	Zentralwohlfahrts- stelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST)	"Perspektivwechsel - Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit"	Aktueller Antisemitis- mus in der Integrations- gesellschaft	Multiplika- tor/innen	01.02.2011	30.06.2014	Thüringen

15	Amadeu Antonio Stiftung	no-nazi.net – für Soziale Netzwerke ohne Nazis	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen	Jugendliche	01.04.2011	07.07.2014	bundesweit
16	Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) Sachsen e.V.	Mut vor Ort – Arbeit mit Rechten, Jungen und Mädchen	Geschlechterreflek- tierende Arbeit mit rechtsextrem orientier- ten Jugendlichen	Multiplika- tor/innen	01.05.2011	30.04.2014	Sachsen
17	Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost gGmbH/ARUG Braunschweig	Zentrum für demokrati- sche Bildung. Demokra- tiepädagogik in Koope- ration von Staat und Zivilgesellschaft	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen	staatliche und zivilge- sellschaftli- che Akteure	15.03.2011	14.03.2014	länder- übergrei- fend
18	CJD Waren (Müritz)	"A-Ja!" Akzeptierende Jugendarbeit im Landkreis Güstrow	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen	Jugendliche	01.03.2011	31.12.2013	Mecklen- burg-Vor- pommern
19	Cultures Interactive e.V.	Handlungskonzept für die Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen im länd- lichen Raum in Ost- deutschland (HaKo_reJu)	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen	Erzieher/- innen, Lehrer/- innen	01.04.2011	31.05.2014	länder- übergrei- fend
20	Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V.	Fortbildung zum Thema Geschlechterreflektie- rende Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jungen und jungen Männern	Geschlechterreflek- tierende Arbeit mit rechtsextrem orientier- ten Jugendlichen	Multiplika- tor/innen	15.10.2011	30.06.2014	bundesweit
21	Drudel 11 e.V.	OBJEKTIV – Vorurteils- reduzierende Bildungs- programme für Jugend- gruppen	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen	Jugendliche	01.10.2011	01.09.2014	Thüringen
22	Förderverein JVA Holz- straße e.V.	Die Werft – Kulturelle Arbeit und Integration	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen	Jugendliche	01.03.2011	28.02.2014	Hessen

Trä	iger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptziel- gruppe	Förderungs- beginn	Förderungs- ende	Bundes- land Durch- führung
23	Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.	Online-Beratung als Form der qualifizierten Elternarbeit	Qualifizierte Elternarbeit	Eltern und andere Erziehungs- berechtigte	01.02.2011	30.06.2014	bundesweit
24	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung	MAPs – Mediale Aktions- Projekte gegen Rechtsex- tremismus – Motivation, Aktion, Präsentation – Mitmachen – Aktiv sein – Preisgeben	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen	Jugendliche	01.04.2011	31.03.2014	Rheinland- Pfalz
25	LidiceHaus Jugendbil- dungsstätte Bremen	Rechte Jungs, rechte Mädchen – ratlose Eltern – Beratung von Eltern und Angehörigen rechtsextre- mer Jugendlicher	Qualifizierte Elternarbeit	Multiplika- tor/innen	01.05.2011	30.04.2014	bundesweit
26	Miteinander – Netz- werk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.	Rollenwechsel	Geschlechterreflek- tierende Arbeit mit rechtsextrem orientier- ten Jugendlichen	Jugendliche	01.04.2011	30.04.2014	Sachsen- Anhalt
27	multilateral academy ggmbh	"Dortmund den Dort- mundern – Wem gehört die Stadt?"	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen	Jugendliche	01.09.2011	30.06.2012	Nordrhein- Westfalen
28	Sportjugend Hessen	Erlebniswelt Sport – Wir bieten Respekt und ANer- kennung! (RAN!)	Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechts- extrem orientierten Jugendlichen	Multiplika- tor/innen	01.04.2011	31.03.2014	Hessen

Th	Themenbereich "Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich (Kindergarten und Schule)"									
29	Arbeit und Leben Bildungsvereinigung (BV) Sachsen-Anhalt e.V.	INO und KIVI: In statt Out – Kinder für Vielfalt!	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Erzieher/in- nen, Lehrer/- innen	01.06.2011	31.05.2014	Sachsen- Anhalt			
30	ARBEITERWOHL- FAHRT Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V.	Vielfalt in der Kita	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Erzieher/in- nen, Lehrer/- innen	01.07.2011	30.06.2014	Nordrhein- Westfalen			
31	AWO Arbeit und Quali- fizierung gemeinnützi- ge GmbH Solingen	Fit für Vielfalt – Inter- kulturelle Elternarbeit – Kitas/Schulen und Migranten im Dialog	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Eltern und andere Erziehungs- berechtigte	01.11.2011	30.06.2014	Nordrhein- Westfalen			
32	Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach (EKO)	Modell eines gemeinsa- men Bildungstages als Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule in kulturell heterogenen Grundschulklassen	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Erzieher/in- nen, Lehrer/- innen	01.08.2011	31.07.2014	Hessen			

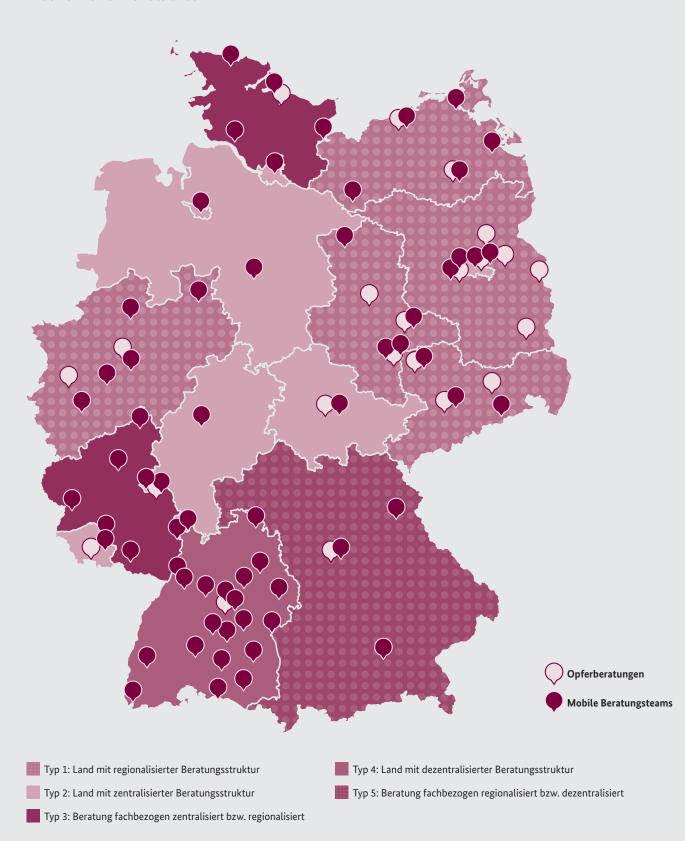
Träger		Projektbezeichnung Unterthema Hauptzi gruppe		Hauptziel- gruppe	Förderungs- beginn	Förderungs- ende	Bundes- land Durch- führung
33	FiPP e.V. – Fortbil- dungsinstitut für die pädagogische Praxis	Vielfalt! – Grundschule als Ort für ein demokrati- sches Miteinander	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Erzieher/in- nen, Lehrer/- innen	01.05.2011	30.04.2014	Berlin
34	Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.	Vielfalt nutzen. Diversity Management an Grund- schulen in Sachsen-Anhalt.	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Kinder	01.04.2011	31.03.2014	Sachsen- Anhalt
35	gabb Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitslosenberatung und Beschäftigung Burbach mbH	Vie.Le – Vielfalt Leben	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Kinder	01.11.2011	31.10.2014	Saarland
36	Jugend Museum Schöneberg	Heimat Berlin – Migrati- onsgeschichte für Kinder	Historisches Lernen mit Grundschulkindern	Kinder	01.04.2011	30.04.2014	Berlin
37	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.	Vielfalt leben lernen – Diversity-Strategien an Grundschulen entwickeln und umsetzen	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Kinder	01.10.2011	30.09.2014	länder- übergrei- fend
38	Jugendhilfe Göttingen e. V.	KiSS – Kinder in Schule & Sozialraum	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Kinder	01.04.2011	31.03.2014	Nieder- sachsen
39	Stiftung Sozial- pädagogisches Institut "Walter May" (SPI)	VIELFALT GESTALTET GRUNDSCHULE	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Erzieher/in- nen, Lehrer/- innen	01.03.2011	28.02.2014	Berlin
40	Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)	B.u.S Bildung und Spaß	Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich	Kinder	01.03.2011	31.12.2013	bundesweit

Th	Themenbereich "Zusammenleben in der Integrationsgesellschaft"								
41	Alte Feuerwache e.V.	Mehrheit sucht Minder- heit sucht Mehrheit	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	Jugendliche	01.04.2011	31.03.2014	Berlin		
42	Archiv der Jugendkulturen e.V.	Eigenregie	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	Jugendliche	01.04.2011	31.03.2014	länder- übergrei- fend		
43	AWO Arbeit & Qualifizierung GmbH, Solingen	NACHBAR? – MACHBAR! Ein Mediatorenprogramm zur stadtteilbezogenen Konfliktvermittlung	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	Jugendliche	01.09.2011	30.06.2014	Nordrhein- Westfalen		
44	DETO e.V.	cogOS	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	Jugendliche	01.04.2011	31.03.2014	Nieder- sachsen		
45	Forum der Kulturen Stuttgart e.V.	gemeinsam engagiert und kreativ: präventiver Um- gang mit der Ethnisierung von Konflikten	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	staatliche und zivilge- sellschaftli- che Akteure	01.03.2011	28.02.2014	Baden- Württem- berg		

Trä	iger	Projektbezeichnung	Unterthema	Hauptziel- gruppe	Förderungs- beginn	Förderungs- ende	Bundes- land Durch- führung
46	Internationaler Bund Verbund Hessen Bildungszentrum Darmstadt	Integration durch Mento- ring und demokratische Beteiligung	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	Jugendliche	01.06.2011	31.05.2014	Hessen
47	JFF – Institut für Medienpädagogik des JFF e.V.	KAJUTO – Kampagne von Jugendlichen für Toleranz	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	Jugendliche	01.07.2011	30.06.2014	Bayern
48	Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg-Essen	Ethnisierung von Religion und Kultur in der Integra- tionsgesellschaft – Präven- tions- und Fortbildungs- angebote	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	staatliche und zivilge- sellschaftli- che Akteure	01.04.2011	31.03.2014	Nordrhein- Westfalen
49	SJD – Die Falken, OV Merkstein	Integration vor Ort	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	Jugendliche	01.08.2011	30.06.2014	Nordrhein- Westfalen
50	Treibhaus e.V.	Encuentro – Stark in Gesellschaft	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	Jugendliche	01.03.2011	31.12.2013	Sachsen
51	Verein für Jugendhilfe im Landkreis Böblingen e. V. (VfJ)	respekt:leben – Respekt- voll Zusammenleben im Landkreis Böblingen	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell-schaft	Jugendliche	01.05.2011	30.04.2014	Baden- Württem- berg
52	Zukunftsbau GmbH	Ich kann was, was Du nicht siehst!	Ethnisierte Konflikte in der Integrationsgesell- schaft	Jugendliche	01.01.2012	31.12.2014	Berlin

Übersicht über die landesweiten Beratungsnetzwerke

Beratungsstellen von Opferberatungen (OB) und Mobilen Beratungsteams (MBT) in den einzelnen Bundesländern



VI. Anhang 101

Baden-Württemberg

Landeskoordinierungsstelle kompetent vor Ort – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus Schlosstr. 23 74372 Sersheim

Tel: 07741/687734

Internet: www.kompetentvorort.de

Das Beratungsnetzwerk

Ziel des Beratungsnetzwerks ist die Stärkung der Handlungskompetenzen von ratsuchenden Einzelpersonen und Organisationen, die im Alltag mit rechtsextremen beziehungsweise neonazistischen Äußerungen und Handlungen konfrontiert sind. Dazu gehören Betroffene von "Hate crimes" oder menschenverachtenden Äußerungen genauso wie Eltern und Angehörige von rechtsextremen oder rechtsaffinen Jugendlichen. Die Mitglieder des Netzwerks setzen sich für den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen ein, die der politischen Mitgestaltung von Bürger/innen dienen sowie bei der Etablierung einer demokratischen Alltagskultur helfen sollen. Außerdem unterstützen sie Organisationen, die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und andere menschenverachtende Einstellungen durchführen und verstetigen. Das Netzwerk dient den darüber verbundenen Berater/innen als Arena des Kompetenzerwerbs und Ressourcenaustauschs.

Das Beratungsangebot

Baden-Württemberg verfügt über 21 regionale Beratungsstellen zur Mobilen Beratung. Zudem gibt es in nahezu allen 44 Stadt- und Landkreisen im Land fortgebildete "kommunale Berater/innen", die regionale Vorfälle und Gegebenheiten in ihren Zusammenhängen einschätzen und gegebenenfalls eine Erstberatung durchführen können. In begrenztem Umfang sind spezialisierte Opfer- und Elternberatungsangebote verfügbar. Angebote der Distanzierungs- und Aussteigerberatung befinden sich im Aufbau.

Das Beratungsverständnis

Die Beratungsnehmenden werden als Experten und Expertinnen ihrer eigenen Lebenswelt und der lokalen Verhältnisse verstanden. Die Gestaltung des Beratungsprozesses richtet sich an ihren individuellen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Ressourcen aus. Die Beratungskonzeptionen und Handlungsstrategien werden gemeinsam mit ihnen vor Ort entwickelt.





Bayern

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus Herzog-Heinrich-Str. 7 80336 München

Tel: 089/5145868

Internet: www.lks-bayern.de

Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk Bayern steht für eine lebendige Zusammenarbeit von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen, Bündnissen und aktiven Einzelpersonen. Eine stetig steigende Anzahl an Mitwirkenden möchte einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs zu rechtsextremen Problemlagen anstoßen und die Öffentlichkeit dafür sensibilisieren, mit dem Ziel einer kulturell und politisch vielfältigen, offenen und beteiligungsorientierten Gesellschaft.

Das Beratungsnetzwerk ist seit November 2013 nach KQB testiert. Das Qualitätssicherungsverfahren hat im Beratungsnetzwerk des Flächenlands durch neu geschaffene Kommunikationsformen, die Nutzung neuer Medien und klarere Strukturen sowie transparentere Abläufe zu einer Verbesserung der internen Verständigung beigetragen. Aufgrund der beraterischen Ressourcenknappheit kommt der Vernetzung eine wichtige Funktion zu, indem damit Wissen, Expertise und Professionalität erweitert und gebündelt, die Reichweite der Beratungsangebote erhöht und Zugänge eröffnet werden.

Das 2009 vom Innenministerium des Landes Bayern verabschiedete "Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus" soll überarbeitet und dem bestehenden Handlungsbedarf angepasst werden.

Das Beratungsangebot

Neben der regionalisierten Mobilen Beratung gibt es ein zentrales Angebot der Opferberatung und der Elternberatung. Die geschaffenen Strukturen unterstützen ein schnelles und effizientes Agieren im Bedarfsfall vor Ort. Für die Beratungsangebote, insbesondere die Opferberatung, ist jedoch ein weiterer Ausbau im Hinblick auf Struktur sowie Anbindung erforderlich.

Die Ausstiegsberatung ist in Bayern zentral organisiert und dem Bedarf angemessen. Die Distanzierungsberatung befindet sich derzeit im Aufbau. Im Bundesland entstanden in den letzten Jahren – neben den Angeboten des Bundesprogramms – weitere Beratungsprojekte mit ähnlichen Angeboten, die miteinander im Austausch stehen.

VI. Anhang 103

Das Beratungsverständnis

Das Beratungsverständnis der Berater/innen stellt den Bedarf der Ratsuchenden in den Mittelpunkt und verfolgt bei der Entwicklung passgenauer Strategien stets den Ansatz des Empowerment. Gelungene Beratung fokussiert auf die Erweiterung der Handlungsfähigkeiten der Ratsuchenden im Umgang mit der Ausgangssituation durch einen Zuwachs an Wissen und das Aufzeigen von Möglichkeiten zur Vernetzung vor Ort. Neben einer anlassbezogenen Strategieentwicklung soll damit auch eine Etablierung und Verstetigung nachhaltiger, zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen Rechtsextremismus angeregt werden.



Berlin

Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks für Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus Oranienstraße 106 10969 Berlin

Tel: 030/9028-1866

Internet: www.berlin.de/lb/ads/

Das Beratungsnetzwerk

Das Berliner Beratungsnetzwerk ist ein zentrales Vernetzungsinstrument der Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus und gewährleistet die fachliche Zusammenarbeit von Personen, die professionell in der Beratungs- oder Projektarbeit im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus tätig sind.

Das Netzwerk besteht aus Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher und staatlicher Institutionen sowie der Wissenschaft. Es ermöglicht den Austausch aktueller Informationen und Problemlösungsansätze sowie die Abstimmung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und unterstützt die Landesantidiskriminierungsstelle bei der Weiterentwicklung der Berliner Landespräventionsmaßnahmen.

Leitziel des Berliner Beratungsnetzwerks ist, staatliche Institutionen, Bürger/innen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen zu ermutigen und dabei zu unterstützen, sich für eine politische Kultur einzusetzen, die von Achtung und Respekt gegenüber Andersdenkenden und Minderheiten geprägt ist.

Das Beratungsangebot

Im Land stehen Angebote der Mobilen und spezialisierten Opferberatung zur Verfügung, die über langjährige Expertise verfügen und vorrangig aus Landesmitteln sowie aus Mitteln des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN finanziert werden.

Darüber hinaus existieren die Elternberatung sowie ein Angebot der Antidiskriminierungsberatung. Die Mobile Beratung, die Opferberatung und die Antidiskriminierungsberatung sind Bestandteile der Berliner Landeskonzeption "Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus".

Eine Beratung zur Unterstützung von Distanzierungsprozessen gegenüber rechtsextremen Einstellungen und/oder Gruppierungen befindet sich gegenwärtig im Aufbau.

VI. Anhang 105

Das Beratungsverständnis

Im Kontext des Bundesprogramms zeichnet sich gelungene Beratung dadurch aus, dass der/die Beratungsnehmer/in Akteur bleibt und im Beratungsprozess die Gelegenheit erhält, seine/ihre Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster zu reflektieren und die Fähigkeit dazu weiterzuentwickeln sowie Multiperspektivität herzustellen. Im Ergebnis der Beratung soll der/die Beratungsnehmer/in eigene Lösungsmöglichkeiten unter Nutzung vorhandener eigener oder zusätzlich zu erschließender Ressourcen entwickeln und eine Erhöhung seiner/ihrer Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit erfahren haben.



Brandenburg

Koordinierungsstelle "Tolerantes Brandenburg" Heinrich-Mann-Allee 107, Haus 1a 14473 Potsdam

Tel: 0331/8663560

Internet: www.tolerantes.brandenburg.de

Das Beratungsnetzwerk

Das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg", in das die Aktivitäten des Bundesprogramms integriert sind, steht bereits seit 1998 für eine demokratische Stärkung des Gemeinwesens. Eine langjährige vertrauensvolle Kooperation ermöglicht eine flexible und nutzbringende Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des Netzwerkes "Tolerantes Brandenburg" und der politischen beziehungsweise administrativen Ebene des Landes.

Das Netzwerk verfügt durch die Breite an einbezogenen Akteuren über umfangreiche Beziehungen in die unterschiedlichsten sozialen und kulturellen Bereiche. Basierend auf der Erkenntnis, dass Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt am besten durch eine lebendige, plurale Zivilgesellschaft begegnet werden können, kommt der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und der Qualifizierung staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen zur Stärkung dieses Engagements besondere Bedeutung zu. Das Beratungsnetzwerk ist in eine Landes-, eine Regional- und eine Lokalebene gegliedert. Zwischen diesen sowie der Landeskoordinierungsstelle bestehen vielfältige Arbeitsbeziehungen und ein flexibles Kommunikationssystem.

Das Beratungsangebot

Das Bundesland verfügt über gut ausgebaute und an den Bedarfslagen der Beratungsnehmer/innen orientierte Angebote. Die Mobile Beratung, die Opferberatung und die Schulberatung sind regional angemessen ausgestattet und zentral bei jeweils einem Träger angesiedelt. Die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung wird zentral durchgeführt und ist ebenfalls dem Bedarf angemessen.

Eine schnelle Reaktion nach einer Fallmeldung wird ganz maßgeblich durch die flexible Kommunikationsstruktur innerhalb des Netzwerks ermöglicht. Die Berater/innen erreichen zunehmend konservative Milieus, speziell im ländlichen Raum und finden durch die enge und kollegiale Kooperation mit weiteren Partnern des Brandenburgischen Netzwerks, wie beispielsweise "Zusammenhalt durch Teilhabe" Zugang zu Bereichen wie Feuerwehr und Sport. Durch eine enge Abstimmung einzelner Unterstützungsangebote und deren Kooperation werden kommunale Handlungsmöglichkeiten deutlich erweitert und zudem effizienter.

Das Beratungsverständnis

Der in der Beratung verfolgte offene, moderierende Ansatz schließt das Überwältigungsverbot und das Kontroversitätsgebot ein ("Beutelsbacher Konsens") und erfordert eine ausgewogene professionelle Distanz zu allen am Beratungsprozess Beteiligten, sodass alle Parteien, die zum Gelingen der Beratung beitragen können, gleichberechtigt am Beratungsprozess beteiligt werden.



Bremen

LKS "pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen" Contrescarpe 72 28195 Bremen

Tel: 0421/36159311

Internet: www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de

Das Beratungsnetzwerk

Das Landesberatungsnetzwerk Bremen umfasst Vertreter/innen unterschiedlicher Behörden, Ämter, Träger und Initiativen. Seine Zusammensetzung ist entsprechend heterogen und dynamisch. Es ist Ort gegenseitigen Lernens und der Abstimmung im strategischen Vorgehen gegen rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Entwicklungen im Bundesland. Die Netzwerkmitglieder zeigen Handlungsbedarfe und Problemlagen im Feld auf, die zur gemeinschaftlichen Diskussion und Bearbeitung anstehen. Zugleich erweitert es den Kompetenz- und Ressourcenpool, auf den die Mobile Beratung im Beratungsfall zurückgreifen kann.

Das Beratungsangebot

Das Angebot Mobiler Beratung ist zentral organisiert und steht in engem Austausch mit der Landeskoordinierungsstelle. Darüber hinaus existieren regionale Angebote der Elternberatung und eine Ausstiegs- und Distanzierungsberatung befindet sich im Aufbau.

Das Beratungsverständnis

Die Beratung erfolgt zeitnah auf freiwilliger Basis, ist kostenfrei, vertraulich und auf Wunsch anonym. Ziel der Beratung ist es, "Hilfe zur Selbsthilfe" zu leisten. Die Beratungsnehmenden sollen neue Handlungsmöglichkeiten gewinnen und ihre persönlichen Ressourcen erweitern, um selbstbestimmt Lösungswege entwickeln zu können. Der Beratungsprozess ist stets lösungs- sowie zielorientiert und soll für die/den Beratungsnehmer/in nachhaltig sein. Die Beratung hat auch die Aufgabe, die Stärkung von Zivilgesellschaft voranzutreiben und aktiv für ein demokratisches Miteinander einzutreten.

109

Hamburg

Landeskoordinierungsstelle bei der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung Neumühlen 16–20 22763 Hamburg

Tel: 040/42863-3625

Internet: www.hamburg.de/beratungsnetzwerk/

Das Beratungsnetzwerk

Das Hamburger Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus versteht sich als ein Runder Tisch, an dem die verschiedensten Partner (Organisationen der Zivilgesellschaft, freie Träger und Behörden) interdisziplinär zusammenarbeiten, um Informationen, Erfahrungen und fachlichen Rat auszutauschen und über wirksame Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu beraten. Die Zusammenarbeit im Netzwerk beruht auf gegenseitigem Vertrauen und innerer Verbundenheit seiner Mitglieder. Eine weitere Funktion des Netzwerks ist die gegenseitige praktische Unterstützung der Netzwerkpartner und die Entwicklung und Förderung von Kontakten und Kooperationen zu weiteren Partnern.

Das Beratungsangebot

Im Land ist die Mobile Beratung zentral organisiert. Angebote der Eltern-, Distanzierungs- und Ausstiegsberatung existieren und werden gegenwärtig an die bestehenden Bedarfe angepasst. Im Zuge der Umsetzung des Ende 2013 verabschiedeten Landesprogramms gegen Rechtsextremismus sollen bestehende Opferhilfe-Einrichtungen für die spezialisierte Beratung im Handlungsfeld weiterqualifiziert werden.

Das Beratungsverständnis

Die Beratung im Feld der Mobilen Beratung wird als gelungen betrachtet, wenn sie zivilgesellschaftliches Engagement fördert und wenn gemeinsam mit Betroffenen vor Ort Konzepte, Strukturen und Handlungsstrategien zur Auseinandersetzung mit demokratie- und menschenfeindlichen Erscheinungen entwickelt werden.





Hessen

Beratungsnetzwerk Hessen Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg Wilhelm-Röpke-Str. 6 35032 Marburg

Tel: 06421/2821110

Internet: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk Hessen wurde bereits im Januar 2011 nach KQB-Standards qualitätstestiert. Dieser Prozess hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Netzwerk zu einer gemeinsamen Identität und einer belastbaren, konstruktiven Arbeitsfähigkeit gefunden hat, indem Abläufe im Netzwerk transparenter gemacht sowie Partizipationsmöglichkeiten für alle Mitglieder geschaffen wurden. So wurde das notwendige Vertrauen in der Zusammenarbeit aufgebaut, um den gemeinsamen Beratungsauftrag erfüllen zu können. Im Beratungsnetzwerk schafft die Landeskoordinierungsstelle einen adäquaten Rahmen für einen wertschätzenden Austausch und aktivierende Formen der Kooperation.

Ein intensiver Dialog und eine verbindliche Mitgliedschaft im Netzwerk tragen dazu bei, dass im jeweiligen Beratungsfall eine schnelle und flexible Hilfestellung gewährleistet werden kann. In der Bandbreite und Heterogenität der Mitglieder des Netzwerks findet sich die notwendige Vielfalt an Kompetenzen, Perspektiven und Ressourcen wieder. Zurzeit finden erste Planungsschritte zur Umsetzung eines ergänzenden Landesprogramms zur Prävention und Intervention statt.

Das Beratungsangebot

Das Beratungsangebot ist zentral organisiert – Anlaufstelle für alle Beratungsanfragen ist die Landeskoordinierungsstelle – und umfasst die Mobile Beratung, die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung sowie die Elternberatung. Die Mobile Beratung wird durch sieben fachlich spezialisierte Beratungsteams übernommen, wobei – fallspezifisch – weitere im Netzwerk versammelte Ressourcen nutzbar gemacht werden können.

Die Ansiedlung der Landeskoordinierungsstelle an der Philipps-Universität Marburg ermöglicht eine kontinuierliche wissenschaftliche Auswertung der Beratungsprozesse, um den Wissenschafts-Praxis-Transfer für die Beratung voranzubringen. Ein Angebot für die Beratung von Opfern rechter Gewalt befindet sich im Aufbau.

Das Beratungsverständnis

Auf Basis der vereinbarten KQB-Standards und eines gemeinsam formulierten Beratungsverständnisses tragen alle Beteiligten zu einer Beratungsarbeit bei, deren Anspruch es ist, lösungsorientiert und nachhaltig zu sein. Die Beratungsnehmer/innen werden als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Lebenswelt verstanden. Der Beratungsprozess orientiert sich an deren individuellen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Ressourcen. Grundlegend ist ein wertschätzender und respektvoller Umgang aller Beteiligten in einem vertraulichen Rahmen. Ebenfalls von zentraler Bedeutung ist die Äquidistanz der Berater/innen zu allen Beteiligten des Beratungsprozesses.

Eine Beratung gilt als gelungene Beratung, wenn die Beratungsnehmer/innen neue Handlungsmöglichkeiten gewinnen, für spezifische Problemlagen sensibilisiert wurden, hierzu mehr Wissen erlangen konnten und somit eine Erweiterung der persönlichen Perspektive erfahren haben.



Mecklenburg-Vorpommern

Landeszentrale für politische Bildung Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz Jägerweg 2 19055 Schwerin

Tel: 0385/3020914

Internet: www.mv-demokratie.de

Das Beratungsnetzwerk

Die Beratungsaktivitäten im Rahmen des Bundesprogramms sind in das Landesnetzwerk "Demokratie und Toleranz" eingebettet, das im Auftrag des Landtages und der Landesregierung unter Berücksichtigung der rechtlichen Eigenständigkeit der beteiligten Träger arbeitet. Die Aufgaben des Netzwerks bestehen in der Bereitstellung tragfähiger fachlich qualifizierter Beratungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen sowie in der strategischen Fortentwicklung der Beratungsarbeit. Gemeinsam mit den Akteuren der regionalen Beratungsnetzwerke werden Handlungsstrategien, Kompetenzen und Initiativen entwickelt, die langfristig ein respektvolles und demokratisches Miteinander fördern und Bürger/innen dazu befähigen, antidemokratischen Tendenzen entgegenzutreten.

Mit dem Qualitätssicherungsverfahren wurden sowohl die Arbeit im Landesnetzwerk als auch die Arbeit der einzelnen Beratungsinstitutionen besser aufeinander abgestimmt und homogener gestaltet. Im Nachgang des Verfahrens wurden die Zusammenarbeit der Akteure im Landesnetzwerk vertrauensvoller, die Rollen und Aufgaben klarer und die Verabredungen konkreter.

Das Beratungsangebot

Die Grundlage der Arbeit der professionellen Beratungsangebote bilden das vom Landtag verabschiedete Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" und dessen Umsetzungsstrategie sowie das Regionalzentrumskonzept, wobei das Bundesprogramm zur Absicherung einzelner Beratungsbereiche beiträgt. Die unmittelbare Beratungsarbeit, welche die Mobile Beratung, die Opferberatung, die Elternberatung und die Distanzierungsberatung umfasst, erfolgt in Mecklenburg-Vorpommern regionalisiert. Für jeden Landkreis einschließlich der darin liegenden kreisfreien Städte ist ein Regionalzentrum für demokratische Kultur beziehungsweise ein regionales Beratungsnetzwerk zuständig. Das regionale Netzwerk setzt den Handlungsrahmen und die Regionalzentren können im Netzwerk vorliegende Expertisen zur Analyse, Bewertung und Bearbeitung von Beratungsanfragen nutzen. Derzeit im Aufbau befindet sich ein Angebot zur Ausstiegsberatung.

Das Beratungsverständnis

Das Leitbild des Beratungsnetzwerks definiert als eine gelungene Beratung, wenn die Beratungsnehmenden eine Entfaltung ihrer demokratischen, fachlichen und methodischen Entscheidungs- und Handlungskompetenz erfahren haben, die sie dazu befähigen, ihre Lebens- und Handlungsbedingungen in ihrer alltäglichen Praxis eigenständig zu gestalten. Vernetzung – im Sinne von zuverlässigen und systematischen Kooperationen zwischen den im landesweiten Netzwerk vertretenen Institutionen und Akteuren – bildet das Fundament der Beratung. Eine besondere Stärke liegt dabei in der engen Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen.



Niedersachsen

Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle beim Landespräventionsrat Niedersachsen Am Waterlooplatz 5A 30169 Hannover

Tel: 0511/1205263

Internet: www.lpr.niedersachsen.de/tfks

Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk Niedersachsen setzt sich interdisziplinär aus staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen, Vereinen und Einzelpersonen zusammen, die aus allen Bereichen der Arbeit für Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Wissen und Können bereitstellen. Die Mitglieder des Netzwerks verstehen sich als Multiplikator/innen für die Weiterentwicklung der demokratischen Kultur in Niedersachsen sowie der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Einen wichtigen Eckpfeiler ihrer Arbeit bildet die Aufklärung über Menschen- und demokratische Grundrechte. Ratsuchenden kann durch einen proaktiven Ansatz und die gezielte Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten vor Ort schnell und unbürokratisch Unterstützung angeboten werden.

Das Beratungsangebot

Im Land sind Angebote für die Mobile Beratung, die Elternberatung sowie die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung etabliert. Für die Mobile Beratung stellt die Landeskoordinierungsstelle im Bedarfsfall aus dem Pool der Expert/innen im Beratungsnetzwerk schnell und flexibel ein passgenaues Interventions- beziehungsweise Beratungsteam zusammen. Darüber hinaus befindet sich im Bundesland eine Onlineberatung im Aufbau und es steht in begrenztem Umfang ein spezialisiertes Opferberatungsangebot zur Verfügung.

Zugleich bietet der niedersächsische Landespräventionsrat eine modulare Weiterbildung "Opferberatung im Themenfeld rechter Gewalt" an, um den Bereich "Opferberatung" im Land zu stärken.

Das Beratungsverständnis

Die im Rahmen des partizipativ gestalteten Qualitätsentwicklungsverfahrens des Bundesprogramms formulierten Merkmale "gelungener Beratung" stellen die Grundlage für das beraterische Handeln der verschiedenen Akteure dar.

Von einem gelungenen Beratungsprozess kann dann gesprochen werden, wenn die Ratsuchenden mit Unterstützung der Beratenden neue Erkenntnisse gewinnen und selbstbestimmt ihre Handlungsmöglichkeiten als "Regisseure ihres Lebens" erweitern. Die Beratung orientiert sich dabei an den Bedürfnissen der Ratsuchenden und konzentriert sich darauf, Anregungen zur Analyse, Reflexion und Selbsthilfe zu geben.



Nordrhein-Westfalen

Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in der Projektgruppe "Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus" Haroldstr. 4 40213 Düsseldorf

Tel: 0211/8374594

Internet: www.mfkjks.nrw.de/ministerium/rechtsextremismuspraevention/

Das Beratungsnetzwerk

Das Ziel des "Landesnetzwerks gegen Rechtsextremismus", verortet im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, besteht in der Förderung eines menschenrechtsorientierten und demokratischen Zusammenlebens. In einem dialogischen Prozess zwischen Staat und Zivilgesellschaft werden Maßnahmen für die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus, einschließlich solcher Diskriminierungsformen wie Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Antiziganismus, entwickelt und umgesetzt. Durch die Teilnahme am Qualitätssicherungsverfahren konnte eine Stärkung der zur Zielerreichung erforderlichen Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren innerhalb des Landesnetzwerks gegen Rechtsextremismus erreicht werden.

Das Beratungsangebot

Ergänzend zum Landesprogramm werden durch das Bundesprogramm einzelne der Beratungsangebote abgesichert. Die Angebote der Mobilen Beratung, Opferberatung und Elternberatung wurden regionalisiert, die Ausstiegsberatung erfolgt dagegen zentral.

Die den fünf Regierungsbezirken zugeordneten Beratungsstellen der Mobilen Beratung arbeiten in enger Abstimmung miteinander sowie in Kooperation mit den Trägern der landesfinanzierten Opferberatung und der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aussteigerberatung. Die Vernetzung dient dem gegenseitigen Informations- und Wissenstransfer sowie der weiteren Professionalisierung der Beratung vor Ort und erleichtert eine fachgerechte Vermittlung von Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei konkreten Anfragen.

Im derzeit durch die Landesregierung – unter Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure – erstellten integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus wird zudem die Sicherung dieser Beratungsangebote sowie deren Kooperation mit weiteren Beratungsangeboten im Land vorangetrieben.

Das Beratungsverständnis

Im Rahmen des qualitätsorientierten Verfahrens wurden mit der Mobilen Beratung eine Falldefinition, Beratungsstandards und Dokumentationsinstrumente erstellt, um das Beratungshandeln in den Beratungsstellen zu homogenisieren. Derzeit werden die Kriterien für eine gelungene Beratung erarbeitet, in die Überlegungen zur strukturellen Einbindung und Vernetzung mit Kooperationspartnern, zu den Überweisungsstrukturen, zur Passung von Angebot und Nachfrage sowie zur Erreichbarkeit und zum Bekanntheitsgrad der Beratungsanbieter einfließen.



Rheinland-Pfalz

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Abt. Landesjugendamt Rheinallee 97 – 101 55118 Mainz

Tel: 06131/967185

Internet: www.beratungsnetzwerk-rlp.de

Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk ist über das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen sowie einen interministeriellen Arbeitskreis (IMAG) mit der Landespolitik verknüpft. Dort werden alle Aktivitäten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus miteinander abgestimmt und koordiniert. Die vielfältigen Expertisen und Kompetenzen der Mitglieder des Beratungsnetzwerks leisten einen effektiven Beitrag zur Schaffung einer zivilgesellschaftlichen Kultur gegen Rechtsextremismus, verbunden mit der Förderung einer Kultur des Hinsehens und der gelebten Zivilcourage sowie der Toleranz, der Vielfalt und einer partizipativen Demokratie. Es trägt zu einer nachhaltigen Stärkung des Engagements von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Kräften gegen rechtsextreme Haltungen und Aktivitäten bei. Durch das Qualitätssicherungsverfahren wurde Qualität als Querschnittsaufgabe im Beratungsnetzwerk implementiert und wird dem zukünftigen Handeln zugrunde gelegt.

Das Beratungsangebot

Die Mobile Beratung wird durch sieben Beratungsstellen (Beratungsknoten) übernommen. Alle weiteren Angebote, das heißt die Opferberatung, die Elternberatung sowie die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung werden durch eine zentrale Stelle bearbeitet. Das Land ist bestrebt, ein qualifiziertes, situativ flexibles und sozialraumorientiertes Beratungsangebot zur wirksamen Unterstützung von durch rechtsextreme Aktivitäten betroffene Einzelpersonen oder Institutionen bereitzustellen.

Alle Beratungsangebote werden durch das Bundesprogramm abgesichert und arbeiten aufgrund der gemeinsamen Verortung im Landesjugendamt entsprechend eng zusammen. Dies schließt den regelmäßigen kollegialen Austausch in Treffen des Beratungsnetzwerks sowie in regelmäßigen Beratungstreffen zur Unterstützung der regional tätigen Berater/innen der "Beratungsknoten" ein, in denen laufende Aktivitäten abgestimmt und Vorhaben entwickelt werden.

Das Beratungsverständnis

Im Rahmen des Qualitätssicherungsverfahrens – Zertifikat "kundenorientierte Qualitätstestierung für Beratungsorganisationen" (KQB) – entstanden in einem selbstreflexiv angelegten Prozess ein Leitbild, eine Definition gelungener Beratung und ein Prozessflussdiagramm zur Vereinheitlichung des Beratungsablaufs einschließlich eines Falldokumentationssystems und eines Evaluationskonzepts.

Die Beratung gilt dann als gelungen, wenn sie von den Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmern als gut und wertvoll empfunden wird und wenn durch eine reflektierende Kommunikation deren Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit verbessert beziehungsweise erweitert wurden. Ein der Beratung zugrundeliegendes Prinzip ist, dass alle Akteure gleichberechtigt am Beratungsprozess beteiligt werden, die zum Gelingen der Beratung beitragen können.



Saarland

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Stabsstelle Jugend- und Familienpolitik Franz-Josef-Röder-Str. 23 66119 Saarbrücken

Tel: 0681/501-7260

Internet: www.saarland.de/78149.htm

Das Beratungsnetzwerk

Das Landesnetzwerk "TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN" stellt im Saarland ein wichtiges Vernetzungsgremium dar. Hier werden die unterschiedlichen Aktivitäten des Bundesprogramms sowie weiterer landesgeförderter Projekte zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zusammengefasst. Das Beratungsnetzwerk setzt sich für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen verschiedener Lebenslagen, Herkunft, Kultur, Religion und für die Einhaltung der Menschenrechte in einer demokratischen Gesellschaft ein.

Um antidemokratischen Tendenzen vorzubeugen und entgegenzutreten, unterstützt und entwickelt das Beratungsnetzwerk wirksame Strategien gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, inklusive weiterer mit diesen Dimensionen zusammenhängender Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Das Beratungsangebot

Im Saarland gibt es ein Angebot der Mobilen Beratung und eine Opferberatungsstelle, die landesweit agieren. Die bestehende Beratungsstruktur hat sich in der bisherigen Praxis und für die Kooperation mit weiteren im Handlungsfeld aktiven nicht-staatlichen Organisationen bewährt.

Eine gute Vernetzung und langfristig bestehende Arbeitsbeziehungen zu unterschiedlichen Kooperationspartner/innen ermöglichen es, flexibel auf Veränderungen und Herausforderungen zu reagieren, um beispielsweise Angebotslücken zu schließen. Über eine Zusammenführung von operativen und strategischen Partnern sowie die Einbindung weiterer Akteure von außerhalb des Netzwerks sollen die Bekanntheit des Angebots erhöht sowie die Beratungsarbeit optimiert und abgesichert werden.

Das Beratungsverständnis

Im Rahmen des Qualitätsverfahrens wurde zur langfristigen Orientierung ein Leitbild entwickelt, das die grundsätzlichen Werte und Ziele des Beratungsnetzwerks formuliert.

Das Beratungshandeln orientiert sich an den Bedürfnissen der Beratungsnehmenden. Die Beratung ist dann als gelungen anzusehen, wenn die/der Beratungsnehmende seine Perspektiven erweitern konnte. Eine Steigerung der Handlungssicherheit und des Handlungsspielraums durch die Erweiterung der eigenen Kompetenzen soll zugleich dazu befähigen, zukünftig ähnlich gelagerte Herausforderungen und Problemkonstellationen eigenständig zu bearbeiten.

Die Berater/innen übernehmen die Rolle von Unterstützern und Begleitern in Entwicklungs- und Veränderungsprozessen. Die Beratungsnehmenden können sich dabei auf Wertschätzung, Empathie und Offenheit gegenüber ihrer Person und ihrem Anliegen verlassen.



Sachsen

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz Albertstr. 10 01099 Dresden

Tel: 0351/5645526

Internet: www.beratungsnetzwerk-sachsen.de

Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk Sachsen hat sich die Stärkung einer beteiligungsorientierten Demokratie und Zivilcourage sowie die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen, Organisationen und Gewalt zur Aufgabe gemacht. Es unterstützt oder initiiert die Vernetzung, die programmatische Ausrichtung sowie die inhaltliche Arbeit von Bündnissen und Netzwerken für Demokratie in Sachsen und die Umsetzung landes- und bundesweiter Programme zur Demokratiestärkung. Die Vernetzung bietet die Chance, die einzelnen Angebote zu optimieren und ermöglicht es, sie in vergleichbarer Qualität "in die Fläche zu bringen".

In Bezug auf Beratung ist das Ziel des Netzwerks im Allgemeinen und der einzelnen Beratung im Konkreten die Wohlberatenheit der Beratungsnehmer/innen. Das Beratungsnetzwerk ist mit dem Landesprogramm "Weltoffenes Sachsen" verknüpft. Es wird aus Mitteln des Sozial- und des Innenministeriums gefördert und ist im Landespräventionsrat verankert. Im Zuge der vom Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN initiierten Qualitätsentwicklungsprozesse hat sich der gegenseitige Austausch der Akteure intensiviert.

Das Beratungsangebot

Im Land sind je ein Angebot für die Mobile und die spezialisierte Opferberatung fest etabliert, die über regionale Beratungsstellen verfügen und vorrangig aus Landesmitteln sowie aus Mitteln des Bundesprogramms finanziert werden. Darüber hinaus steht ein Angebot der Ausstiegsberatung und in begrenztem Umfang ein Elternberatungsangebot zur Verfügung.

Das Beratungsverständnis

Die Beratung im Land orientiert sich am Bedarf der Beratungsnehmer/innen, ist kontext- und personengebunden, auf Nachhaltigkeit hin angelegt und dem Prinzip des Empowerment verpflichtet. Die Beratung kann als gelungen betrachtet werden, wenn die Beratungsnehmer/innen neue Handlungsmöglichkeiten gewinnen, konkrete Unterstützung erhalten, für die spezifischen Problemlagen sensibilisiert werden und hierzu mehr Wissen erlangen sowie eine Erweiterung ihrer Perspektiven erfahren.

Gelungene Beratung ist lösungs- und zielorientiert, im Falle der Opferberatung parteiisch für die als Opfer Betroffenen. Sie entlastet Beratungsnehmer/innen und ermöglicht ihnen einen Blick nach vorn. Beteiligte im Umfeld sollen in den Beratungsprozess einbezogen werden. Die Beratung ist gemeinwesenorientiert und fördert bürgerschaftliches Engagement.



Sachsen-Anhalt

Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt/Bereich: Integrationsbeauftragte und Prävention von Rechtsextremismus Turmschanzenstr. 25 39114 Magdeburg

Tel: 0391/5674671

Internet: www.beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de

Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus als Teil des Landesprogramms für "Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit" ist in verschiedenen Foren mit den Akteuren der Landespolitik vernetzt. Es wendet sich aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, setzt sich für eine demokratische, menschenrechtsorientierte und von gegenseitigem Respekt getragene Gesellschaft ein und zielt auf die Stärkung demokratischer Strukturen in Sachsen-Anhalt ab.

Von der zunehmenden Vernetzung profitiert das Beratungsnetzwerk durch eine damit verbundene stärkere öffentliche Wahrnehmung als Beratungsinstanz im Themenfeld. Netzwerkstrukturen erleichtern die Kommunikation mit unterschiedlichen Fachressorts und damit eine kurzfristige Klärung von Problemlagen. Die Fachexpertise der Netzwerkmitglieder wiederum setzt Impulse und findet Eingang in die politische Landschaft.

Das Beratungsangebot

Zwischen den Regionalen Beratungsteams und den Opferberatungsstellen besteht eine arbeitsteilige Netzwerkstruktur, die eine flächendeckende Beratungsarbeit im Land ermöglicht und für die Beratungsnehmenden einen niedrigschwelligen Zugang zu den Beratungsleistungen sichert. Neben der im Ministerium für Arbeit und Soziales angesiedelten Landeskoordinierungsstelle unterstützt die Arbeitsstelle Rechtsextremismus als zentrale Recherche- und Analyseinstanz im Themenfeld Rechtsextremismus die Arbeit der Berater/innen der Mobilen Beratung und der Opferberatung durch Weitergabe benötigter Informationen zu rechtsextremen Strukturen und Aktivitäten in Sachsen-Anhalt. Derzeit im Aufbau befinden sich die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung sowie die Elternberatung.

Das Beratungsverständnis

Das im Rahmen des Qualitätsentwicklungsverfahrens entstandene Leitbild und das Prozesshandbuch sichern ein koordiniertes Selbstverständnis und regeln den Beratungsprozess sowie dessen Steuerung und Vernetzung. Eine Beratung ist aus Sicht der Mobilen Beratung erfolgreich, wenn die Beratungsnehmenden für Erscheinungs- und Aktionsformen des Neonazismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert sind, eine erweiterte Perspektive auf die spezifische Problemlage haben, Kontakte zu weiteren demokratisch engagierten Akteuren knüpfen können, aktiv an der Veränderung der Situation mitwirken und zukünftig selbstständig agieren können. In der Opferberatung ist die Beratung gelungen, wenn die Betroffenen alle für sie wesentlichen Informationen und eine Unterstützung erhalten, die ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit befördern, Sicherheit im alltäglichen Leben zurückgewinnen sowie ihre Perspektiven und Forderungen hörbar machen können und Solidarität erfahren. In der Beratung erfahren sie Verständnis, Wertschätzung und Entlastung, sodass sie diese Situation als geschützten Raum erleben.



Schleswig-Holstein

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein Düsterbrooker Weg 92 24105 Kiel

Tel: 0431/9883130

Internet: www.beranet-sh.de

Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk orientiert sich in seiner Arbeit an den Prinzipien einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Die beteiligten Partner erkennen gegenseitig ihre Verschiedenheit und ihren jeweiligen Auftrag und – damit verbunden – ihre unterschiedliche Rolle sowie die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten an und respektieren diese. Auf der Grundlage dieses Respekts findet eine vertrauensvolle Zusammenarbeit statt, die durch Transparenz und Offenheit, aber auch durch Diskretion und einen verantwortungsbewussten Umgang mit sensiblen Informationen bestimmt ist.

Das Beratungsangebot

Im Land existiert ein regional organisiertes Angebot für die Mobile Beratung. Über ein Landesprogramm wurden ergänzend zum Bundesprogramm weitere Beratungskapazitäten geschaffen. Dadurch werden ein flächendeckendes Beratungsangebot sichergestellt und zusätzlich Präventionsarbeit und die Auseinandersetzung insbesondere auch mit Fragen des Alltagsrassismus ermöglicht.

Die Berater/innen des Bundes- und des Landesprogramms kümmern sich jeweils intensiv um regionale Fälle und Vorkommnisse. Zudem gewährleistet die personelle Präsenz der Berater/innen vor Ort die regionale Vernetzung zwischen Bündnissen, Vereinen und Initiativen. Darüber hinaus befindet sich im Bundesland eine Distanzierungs- beziehungsweise Ausstiegsberatung im Aufbau. Das Land unterhält außerdem eine zentrale Elternberatung.

Das Beratungsverständnis

Durch die Etablierung eines Qualitätssicherungsverfahrens können alle Beratungsstellen in Schleswig-Holstein ihr Beratungsangebot zu vergleichbaren Standards anbieten.

Zu einer gelungenen Beratung gehört es, wenn eine kooperative Partnerschaft zwischen Berater/in und Beratungsnehmer/in entstanden ist, in der beide auf Grundlage der Ressourcen des/der Beratungsnehmer/in Lösungen entwickeln. Als Ergebnis einer gelungenen Arbeit in diesem Beratungssystem fühlt sich der/ die Beratungsnehmende mit seinem/ihrem Anliegen ernst genommen, hat die eigene Situation besser verstanden, wurden seine/ihre Sorgen oder Ängste verringert und ihm neue Problemlösungswege aufgezeigt. Er/sie kann mit seiner/ihrer Situation eigenständiger umgehen als vor der Beratung.



Thüringen

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Referat 32 Jugendpolitik Werner-Seelebinder-Str. 6 99096 Erfurt

Tel: 0361/3798774

Internet: www.denkbunt-thueringen.de/denkbunt/beratungsnetzwerk/

Das Beratungsnetzwerk

Das Beratungsnetzwerk Thüringen arbeitet für ein demokratisches, menschenrechtsorientiertes Miteinander und unterstützt das Engagement gegen Rechtsextremismus, unabhängig davon, welchen demokratischen Parteien und Organisationen die einzelnen Akteure sich zugehörig fühlen. Die Mitglieder haben es sich gemeinsam zur Aufgabe gemacht, themenspezifische Beratung bei Konfliktsituationen mit rechtsextremem, antisemitischem, fremdenfeindlichem und diskriminierendem Hintergrund vor Ort anzubieten. In der Arbeit des Beratungsnetzwerks werden die Verschiedenheit der beteiligten Partner und ihre jeweiligen Aufträge anerkannt. Damit ist verbunden, ihre Rollen sowie die unterschiedlichen Handlungsansätze zu respektieren. Die Zusammenarbeit im Netzwerk wird von gegenseitigem Vertrauen getragen, das sowohl durch Transparenz und Offenheit als auch durch Diskretion und einen verantwortungsbewussten Umgang mit sensiblen Informationen geprägt ist.

Das Beratungsangebot

Im Land sind je ein Angebot für die Mobile und die spezialisierte Opferberatung etabliert, die aus Landesmitteln und Mitteln des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN finanziert werden. Darüber hinaus stehen Angebote der Distanzierungs- und Ausstiegs- sowie der Elternberatung zur Verfügung. Alle Beratungsangebote sind fest in den Strukturen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verankert. Ergänzend existieren eigene Beratungsangebote bei Sport und Feuerwehr, die sich an die innerverbandlichen Strukturen richten.

Das Beratungsverständnis

Im Rahmen der Qualitätsentwicklungsverfahren des Bundesprogramms haben die Beratungsangebote ihre Schlüsselprozesse definiert und dokumentiert. Diese werden kontinuierlich angepasst und fortentwickelt.

Eine Beratung ist dann gelungen, wenn sie zu einer spürbaren Verbesserung der Handlungs- und Entscheidungskompetenz der Beratungsnehmenden führt und sie zu eigenständigem Handeln in ihrem jeweiligen Umfeld befähigt.

Glossar

Mobile Beratung

Die Mobile Beratung unterstützt mit ihrer Arbeit unterschiedliche Akteure in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen und rassistischen Strömungen und Übergriffen sowie menschenfeindlichen Positionen in Kommunen und Regionen. Das Angebot kann von Kommunalen Trägern, Politik und Verwaltung, Schulen, Jugendeinrichtungen, Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften, Gruppen und Initiativen sowie Einzelpersonen in Anspruch genommen. Im lokalen Dialog wird mit den Beratungsnehmenden eine Praxis entwickelt, die es diesen ermöglicht, auf der Basis der eigenen Ressourcen nach Lösungen zu suchen. Das Ziel besteht in der Stärkung und Entwicklung einer umfassend demokratisch verfassten Gemeinschaft durch regionale Demokratisierungsprozesse und eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung.

Im Rahmen der Arbeit zur Stärkung der lokalen Demokratie erfolgen unterschiedliche Formen der Beratung, Moderation und Information. Neben der Erarbeitung von lokalen Situationsbeschreibungen und der Mitwirkung an der Entwicklung von lokalen Handlungskonzepten und strategien werden auch Beratungen und Schulungen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt angeboten oder Fragen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit besprochen. Desweiteren werden Hintergrundinformationen über die neonazistische Szene vor Ort oder aktuelle regionale Erscheinungsformen neonazistischer Tendenzen bereit gestellt.

Opferberatung

Die Opferberatung unterstützt Betroffene rechter Gewalt sowie deren soziales Umfeld bei der Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen der Gewalttat und stärkt deren Handlungsfähigkeit. Darüber hinaus erhalten Betroffene auf Wunsch Unterstützung, um gesellschaftlich zu intervenieren und die Rahmenbedingungen vor Ort zu verändern.

Als Ausgangspunkt für eine Beratungsarbeit gilt physische Gewalt einschließlich des Versuchs, wobei die Wahrnehmung der Betroffenen – also die Opferperspektive – für diese Bewertung ausschlaggebend ist.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist es – im Sinne einer Einmischung – über den Einzelfall hinaus dazu beizutragen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen so zu verändern, dass marginalisierte Gruppen nicht mehr von rechter Gewalt und Ausgrenzung bedroht sind.

Die Opferberater/innen übernehmen umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsleistungen für direkt und indirekt Betroffene, insbesondere die psychosoziale Beratung und die Beratung in rechtlichen Fragen sowie die Begleitung zu Behörden oder medizinischen Einrichtungen. Daneben dient eine aktive Fallrecherche als Grundlage für die Ansprache von Betroffenen und die Dokumentation der Gewalttaten dient dem gesellschaftlichen Diskurs über Ursachen und Wirkungen rechte Gewalt.

Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Ausstiegs- und Distanzierungsberatung richtet sich an Mitglieder der rechten Szenen sowie Sympathisant/innen, die diese Szenen verlassen beziehungsweise sich vom Rechtsextremismus lösen wollen. Das Beratungsangebot umfasst Beratung und weitere Hilfestellungen bei der gegebenenfalls notwendigen Neuorganisation der Arbeits- und Lebensverhältnisse und soll auch die ideologische Neuausrichtung der Klient/innen befördern. Im Einzelfall richtet sich die Unterstützung auch darauf zu verhindern, dass sich Personen den rechten Szenen und rechtsextremer Ideologie (weiter) hinwenden. Das Angebot umfasst darüber hinaus bedarfsweise auch Maßnahmen, die der Persönlichkeitsstabilisierung dienen sollen (insbesondere psychotherapeutische Leistungen).

Elternberatung

Elternberatung richtet sich an Personensorgeberechtigte und weitere (Familien-)Angehörige, die Unterstützung im Umgang mit Heranwachsenden suchen, die latent oder manifest rechtsextreme Einstellungen zeigen und/oder rechten Szenen angehören, sowie entsprechende Selbsthilfestrukturen. Das Beratungsangebot umfasst die Klärung des jeweiligen Sachverhalts, Hilfestellungen bei der Bewältigung der Situation und erfolgt gegebenenfalls im Zusammenwirken mit Akteuren der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Elternberatung im Kontext von Rechtsextremismus kann Element von Erziehungs- oder Familienberatung sein, die durch entsprechende Fachdienste und -stellen im Verantwortungsbereich der örtlichen Jugendämter angeboten wird, oder in sie münden.

Antidiskriminierungsberatung

Antidiskriminierungsberatung ist ein Angebot von Beratungshilfen für Menschen, die von Benachteiligung oder Belästigung aufgrund bestimmter Merkmale, wie ethnische Herkunft/zugeschriebene Rasse, Geschlecht, Behinderung und ähnlichem (Diskriminierungsmerkmale) betroffen sind. Der Schwerpunkt der Beratung liegt vor allem im Bereich psychosozialer Hilfen sowie Beratung zu rechtlichen Fragen, insbesondere im Kontext des Antidiskriminierungsgesetzes (AGG). Fachlich orientiert sich die Beratungsarbeit am "horizontalen Ansatz", der auf die empirisch gesicherte Tatsache reagiert, dass Benachteiligungen in der Regel nicht nur aufgrund eines Diskriminierungsmerkmals erfolgen. Neben der Beratungsarbeit unmittelbar mit Klient/innen stellen Prävention, Sensibilisierung – etwa durch Öffentlichkeitsarbeit – und politisches Lobbying wichtige Arbeitsfelder von Antidiskriminierungsarbeit dar.

Statistiken zur Förderstruktur

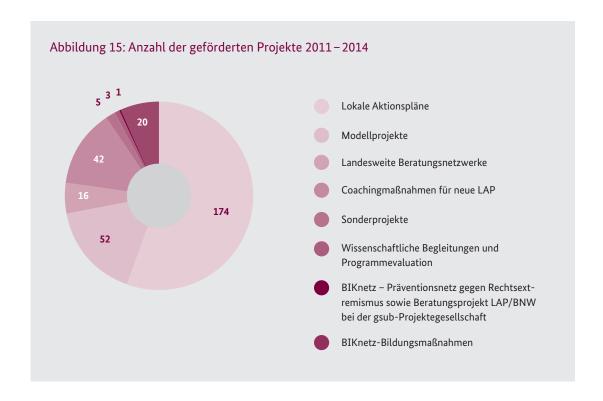


Abbildung 16: Mittelbereitstellung pro Jahr am Beispiel 2013

Projektart	Förderhöhe 2013
Lokale Aktionspläne	10.321.600,00 €
Modellprojekte	4.029.983,87 €
Landesweite Beratungsnetzwerke	4.275.677,76 €
Coaching-Maßnahmen	548.118,70 €
Sonderprojekte	717.782,20 €
Wissenschaftliche Begleitung und Programmevalution	1.350.674,83 €
BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus sowie Beratungsprojekt LAP/BNW bei der gsub-Projektegesellschaft	1.105.355,19 €
BIKnetz-Bildungsmaßnahmen	66.017,44 €

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Referat Öffentlichkeitsarbeit 11018 Berlin www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 030 20179130 Montag – Donnerstag 9 – 18 Uhr

Fax: 030 18555-4400

E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115**

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: Juni 2014, 1. Auflage

Gestaltung: neues handeln GmbH

Bildnachweis: Titel, Seite 4, 8, 28, 40, 80: Regiestelle TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN;

Seite 20: gsub-Projektegesellschaft mbH

Text: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend;

Kapitel 3, 5.3, 5.4: Deutsches Jugendinstitut e.V.;

Kapitel 4.1: gsub-Projektegesellschaft mbH;

Kapitel 4.2: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.;

Kapitel 5.1: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.,

Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung

im sozialen Bereich gGmbH, Deutsches Jugendinstitut e.V.;

Kapitel 5.2: Univation - Institut für Evaluation Dr. Beywl & Associates GmbH

Website: www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de **Druck**: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG

- * Jeder Anruf kostet 14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.
- ** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de; 7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.